

@evolution

■ Nr. 23 Aug./Sept. 2004

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

BRUNNEN
PRO

Mehr Lebensfreude durch weniger Arbeit für alle

Gesundheit braucht kein Wirtschaftswachstum!

Gesundheit durch körperliche
Bewegung und gesunde Ernährung

Auswirkungen der Geldreform
auf die Unternehmensverfassung

Wie gestaltet sich die Börse
nach der Geld- und Bodenreform?

Aus dem Alltag eines
gestressten Verlegers

Beispiel eines mißlungenen Anschlusses:

**Ostdeutsch –
eine Zone auf Abwegen**

Alternativen, denn Protest allein genügt nicht!

**Sozialabbau in Ost-
und Westdeutschland**

Gegen die Gefährdung durch eine Rezession:

**Kann man sein
Geldvermögen retten?**

Regiowährungen als Übungsfeld

**für die ökonomische
Alphabetisierung**

Ist jede Zinskritik faschismusverdächtig?

**Widerlegung alter und
neuer Vorurteile**

Unendliches Wachstum als Selbstzweck?

Vor kurzem machte der Ukrainer Leonid Stadnik in Deutschland Schlagzeilen: Er ist mit 2.53 Metern der grösste lebende Mensch der Welt. Und obwohl bereits 33 Jahre alt, wächst er immer noch. Denn seit er als Kind an einem Hirntumor operiert wurde, ist bei ihm das Zentrum gestört, welches das Körperwachstum reguliert und im Erwachsenenalter zum Stillstand bringt. Leonid Stadnik leidet unter seiner Körpergrösse. Sie bereitet ihm Mühe, denn er passt im wahrsten Sinn nur schwer in seine Umgebung, wegen seiner Knie- und Hüftschmerzen musste er seinen Beruf als Tierarzt aufgeben, und Schuhe mit der Grösse 66 findet er kaum.



Heute war auch im Schweizer Radio von Wachstum die Rede. Nur lautete die Schlagzeile ganz anders: Unter den „Aufstellern der Woche“ stand die Studie des Wirtschaftsdachverbandes economiesuisse im Zentrum, welche für das laufende Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 2 Prozent voraussagt. Endlich sei wieder berechtigte Hoffnung vorhanden, aus dem Jammertal der stagnierenden Wirtschaft in eine rosigere Zukunft aufzubrechen und zum Beispiel die Arbeitslosigkeit zu senken, waren sich der Moderator und der Vertreter der economiesuisse einig.

Was für den einen ein existenzielles Problem darstellt, darin sehen die anderen offenbar die Lösung. Die Schweiz ist zwar das reichste Land der Welt, und auch sie verfügt über eine beträchtliche Schubgrösse: Sie lebt auf fünffach zu grossem Fuss, das heisst, sie beansprucht fünfmal mehr Energie und Rohstoffe, als das Land zur Verfügung stellen kann. Und dennoch wollen auch hier die meisten weiter wachsen. Seltsam – denn eigentlich lebt Leonid Stadnik uns ja vor, was das letztlich heisst. Der Ökonom E.F. Schumacher hat einst klipp und klar gesagt: „Unendliches Wachstum passt nicht in eine endliche Welt.“ Wir jedoch verschliessen offensichtlich die Augen vor dieser grundlegenden Einsicht und meinen, dass ausgerechnet das, was uns unsere heutigen Probleme beschert hat – nämlich das wirtschaftliche Wachstum – uns auch wieder daraus heraus führen werde.

Wäre es da nicht vielmehr an der Zeit zu fragen, weshalb auch in unserer Wirtschaft das „Wachstumsregulationszentrum“ gestört ist, weshalb sie gezwungen ist, ständig weiter zu wachsen – obwohl das gar nicht möglich ist. Dann nämlich besteht die Lösung nicht mehr darin, diesen Wachstumswahn blind zu befriedigen, sondern uns und unsere Gesellschaft von ihm zu heilen. Lesen Sie mehr dazu in dieser inspirierenden Ausgabe der r-evolution.

Auf nachhaltiges geistiges Wachstum!

Hans-Peter Studer

Inhalt

Zur aktuellen Politik

- 3 Ostdeutschland - eine Zone auf Abwegen
- 5 Sozialabbau in Ost- und Westdeutschland
- 8 Gesundheit braucht kein Wirtschaftswachstum

Arbeitsbedingungen nach der Geldreform

- 13 Auswirkungen der Geldreform auf Unternehmensverfassung und Börse
- 15 Aus dem Alltag eines gestressten Verlegers

Eine Analyse von Helmut Creutz

- 16 Kann man sein Geldvermögen retten ?

Hilft Regiogeld?

- 18 Ökonomische Alphabetisierung par excellence: Der Gießener Justus
- 20 „Tschüss Euro - Das Kiezgeld ist da“
- 21 Social Value statt Shareholder Value

Aus aktuellem Anlass

- 22 Pressespiegel
- 26 Vorurteile gegen eine Zinskritik
- 29 Ein Besuch in Tschernobyl

Serie

- 24 ABC der Volkswirtschaft

Aus den Regionalgruppen

- 30 INWO Schweiz
- 36 INWO Österreich
- 38 INWO Deutschland

Rubriken

- 41 Sie fragen – wir antworten
- 42 Leserbrief
- 43 Buchbesprechungen
- 46 Agenda

Zum Schmunzeln

- 44 Neues von alten Bekannten

Bitte beachten! Der deutschen und der österreichischen Ausgabe liegt ein Fragebogen bei. Wir bitten Sie um Mithilfe bei der zukünftigen Gestaltung unserer Zeitschrift.

Die „r-evolution“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der drei Mitgliedsorganisationen der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die INWO setzt sich für ein gerechtes Geldsystem ohne Zinsdruck, Inflation, Deflation und Schuldenkrise ein. Für ein Bodenrecht, das allen einen Anteil an der

Nutzung sichert und Spekulationsgewinne einiger Weniger verhindert. Vereine und Gruppen mit vergleichbarer Zielsetzung sind eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die „r-evolution“ ersetzt das traditionsreiche Schweizer Blatt „evolution“ sowie den deutschen „INWO-Rundbrief“ als Mitgliederzeitschriften. Ein

„evolutionärer“, sprich allmählicher, friedlicher Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems fängt mit einer „Revolution“ im Herzen und im Geiste der Menschen an – mit einer bewussten Entscheidung, für eine gerechtere, freiheitlichere und nachhaltigere Zukunft aktiv zu werden.

Ostdeutschland - eine Zone auf Abwegen

Blühende Landschaften versprach uns Helmut Kohl. Nachdem dies nicht richtig gelang, machte unser derzeitiger Kanzler den „Aufbau Ost“ zur Chefsache.

Selten haben die Phrasen der Volksparteien ihr Ziel so weit verfehlt! Im ganzen Land ist der nach der Wende entstandene Optimismus Skepsis und Frust gewichen. ...Kein Wunder, bei 18,5 Prozent Arbeitslosigkeit im Osten!

Was haben unsere Parteien so verkehrt gemacht? Wissenschaftler zeigen sich genauso ratlos¹.

Doch warum sind selbst renommierte Ökonomen nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen und dem Osten den Anschluß zu ermöglichen und das trotz großer fi-

So wurden z.B. zwischen 1991 und 1995 allein 100 Milliarden Mark aus den Sozialkassen für den angeblichen „Aufbau Ost“ abgezweigt. (vergl. Der Stern 23.6.96)

nanzierender Spielräume?

Mit der gewaltigen Summe von 1250 Mrd. Euro² konnte der deutsche Staat praktisch nichts bewirken. Statt einer wirtschaftlichen Angleichung wurde eine Angleichung des Lebensstandards angestrebt, der aber zum wesentlichen Teil nicht aus dem eigenen wirtschaftlichen Vermögen erschlossen wurde. Die Wiedervereinigung ist ein Paradebeispiel, dass die Schulökonomie in währungspolitischen Belangen ziemlich hilflos ist.

Welche Perspektiven eröffnen sich heute für den Osten Deutschlands?

Dazu sollten wir erst einmal die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten.

Mit der Währungsreform wurde die Alte DDR-Mark im Verhältnis von 1:1 (ausgenommen größere Sparguthaben) in die Westmark umgetauscht. Dies entsprach niemals dem realen Umtauschkurs (ca. 1:4). Für den Bürger war es erst einmal schön, bekam er doch jetzt so viele Westmark wie vorher Ostmark. Doch was bedeutete dies für die ostdeutschen Unternehmer? - Sie konnten ihre Preise nicht vervierfachen (so wie sich die Löhne vervierfachen), da sie mit den Westprodukten konkurrieren mussten (die viel produktiver hergestellt sind). Daraus ergab sich, dass die meisten ostdeutschen Unternehmen auf einen Schlag unrentabel wurden und Pleite machten. Dazu kam der psychologische Aspekt,

dass viele erst einmal von den Ostprodukten die Nase voll hatten und zu Westprodukten übergangen. Daraus ergab sich ein weiterer Nachfrageausfall für die Ostunternehmen.

Auf diese Weise bescherten wir Ostdeutschen dem Westen einen wirtschaftlichen Aufschwung, da die erhöhte Nachfrage die Produktion im Westen wieder steigen ließ. Dazu kam, dass viele Westfirmen die insolventen Ostfirmen übernahmen und damit weitere Fördermittel einstrichen. Zum größten Teil flossen so die vielen Transferleistungen wieder direkt in die Taschen der westdeutschen Konzerne. Keynes hätte sich kein besseres Investitionsprogramm ausdenken können.

Der Osten - oder das zweite Mezzogiorno

Italien bietet sich zum Vergleich an. Dort hat man seit fünfzig Jahren in etwa das gleiche Problem mit einer rückständigen Region. Auch hier hat man mit sämtlichen Mitteln vergeblich versucht, die wirtschaftliche Anknüpfung zu erreichen. Inzwischen werden viele Stimmen im Land laut, die eine Teilung des Landes fordern.

Italiens Versuche, gegenzusteuern, teilen sich in verschiedene Phasen:



Durch den Ausbau der Infrastruktur ging man von einer Entwicklung der privatwirtschaftlichen Industrie aus. Diesen Weg ging man auch im Osten Deutschlands mit der Sanierung unserer Autobahnen und Bundesstraßen.

In der zweiten Phase nahm man Abstand von der flächendeckenden Förderung und konzentrierte sich auf sogenannte Wachstumspole, da trotz Förderung sich nur wenige Betriebe ansiedelten, waren es vor allem Staats-



Felix Wilke, Wildau-Wentdorf/Brandenburg, geb.1983. Nach dem Abi nun Zivildienst im Krankenhaus. Seit 2002 Mitglied der INWO, Autor von www.freiwirtschaft.com

3



Vincent van Gogh:
Alte Fabrik

Foto: visipix.com | van Gogh

4

unternehmen, die im Süden produzierten. Sind die Analogien nicht eindeutig? Gerade jetzt werden immer mehr Stimmen laut, man müsse vom Gießkannenprinzip Abstand nehmen und sich auf einige Standorte konzentrieren. Und ist nicht die Verlagerung vieler Verwaltungs- und Beamtenapparate in den Osten ein ähnliches Mittel wie die Ansiedlung von Staatsunternehmen?

Die dritte Phase sollte den wirtschaftlichen Ausgleich schaffen, indem besonders Unternehmen angesiedelt werden sollten, die Folgeindustrien anziehen. So kam es zu Auto- und Chemie-Standorten.

Auch im Osten, heute mit dem Schlagwort High-Tech, wurde und wird versucht, Unternehmen mit Folgeindustrien anzulocken.

Seit Ende der 80er Jahre ist das Problem nicht besser geworden, rückte jedoch aufgrund wirtschaftlicher Probleme in den Hintergrund. Seitdem haben die Abwanderungsströme wieder zugenommen.

Politik und Wirtschaft versagen im Osten

Wie man sieht, durchläuft der Osten die selben Phasen, und ich muss leider sagen, er wird genauso wenig erfolgreich sein, wie der versuchte Disparitätenausgleich in Italien. Trotz einiger Wachstumspole wird der Osten

Wenn man vorher gefragt hätte: „Was ist euch die deutsche Einheit wert?“ hätten alle gesagt: „Alles.“

Nur war das nicht so viel, wie sie heute kostet.

Ignaz Bubis (1927-99), dt. Finanzfachmann, Vors. Zentralrat der Juden in Deutschland

als Ganzes sich eher weg vom Westen, als zu ihm hin entwickeln. Und wir können alle nur auf den Tag warten, an dem der Finanzstrom aus dem Westen versiegt.

Doch das Schlimmste an der Sache ist, dass Wirtschaft und Politik trotz der gigantischen Geldsumme und dem Beispiel vor Augen, wie die Angleichung mißlingt, nicht in der Lage sind, dem Osten eine ordentliche Perspektive zu bieten!

Geradezu lächerlich sind derzeitige Bemühungen der Regierung, den Osten zu einer Sonderwirtschaftszone umzuwandeln (mit staatlichen Lohnzuschüssen etc.). Diese könnte im Extremfall zu einer Abwanderung von Unternehmen aus dem Westen sorgen, was das Problem lediglich verlagern würde. Größter Effekt einer Sonder-

wirtschaftszone wird statt der Schaffung neuer Arbeitsplätze vielmehr die Umwandlung von regulären in staatlich unterstützte Arbeitsverhältnisse sein.

Nebenbei gesagt, kämpfen viele Gemeinden heute schon mit Nullsteuern und geldwerten Leistungen um die Unternehmen. Mit dem Ergebnis, das große Unternehmen jene Gemeinden gegeneinander ausspielen.

Doch welche Perspektiven gibt es angesichts der zahlreichen misslungenen Versuche eine Region auf ihre Beine zu stellen?

Als größtes Problem kann man den Geldabfluß sehen (Konsum im Osten, Produktion im Westen). Dieser verhindert die Entwicklung einer eigenständigen wirtschaftlichen Substanz. Mit Transferleistungen nur für eher unsinnige Projekte, z.B. große Flughäfen?, Rennstrecken, Chipfabriken, Luftschiffhallen etc. kommen wir nicht weit.

Neue Perspektiven durch freiwirtschaftliche Reformen

Die freiwirtschaftliche Sicht bietet hier gänzlich neue Perspektiven. Mit einer Geldreform könnte im Osten eine regionale Währung eingeführt werden (wenigstens als Parallelwährung). Nur so könnte die Kaufkraft der Leute auch im Osten aktiviert werden. Ein flexibler Wechselkurs würde bewirken, dass der Kurs der Westwährung steigt, da der Warenstrom gen Osten verläuft, und somit nach mehr „westlichem“ Geld verlangt werden würde. Im Gegenzug würden die Ostprodukte im Vergleich zu den Westprodukten deutlich billiger werden. Der Absatz dieser Produkte würde boomen. Neue Fabriken und Arbeitsplätze würden entstehen, so lange, bis ein annähernd gleiches Niveau wie im Westen erreicht wäre. All das kostet keine Mark! Klar ist, dass diese NEUE WÄHRUNG mit einer Umlaufsicherungsgebühr versehen werden sollte, damit am Ende des „Ostbooms“ keine Krise wegen spekulativer Hortungen³ entstehen kann.

Sollten unsere Politiker nicht diesen einen Versuch unternehmen, die Einheit zu vollenden? 🗳️

Anmerkungen:

¹ DER SPIEGEL 29/2002

² DER SPIEGEL Titelthema 15/2004

³ Mit Hortungen ist hier gemeint, dass die Rendite, die Unternehmen erwirtschaften können und der Zins unter die magische Grenze von 3% wandern und somit Gelder nicht mehr in langfristige Anlagen umgewandelt, sondern liquide gehalten werden (Bar/Giralgeld), diese Gelder fehlen nun dem Wirtschaftskreislauf und dieser Mangel führt zu Krisen.

Sozialabbau in Ost- und Westdeutschland

Demonstrationen gegen einen Sozialabbau sind berechtigt, auch ein Beleg dafür, dass Menschen nicht mehr alles hinnehmen und ihren Widerstand bekunden. Gewerkschaften und auch ATTAC nutzen die Regierungsreformen von ROT/GRÜN, um Menschen zu motivieren, sich gegen die Sparmaßnahmen und Kürzungen der staatlichen Sozialleistungen zur Wehr zu setzen.

Soweit, so gut.

Die Proteste beschränken sich aber auf Forderungen an die Politik, den Staat, Alternativen stehen nicht zur Diskussion. Der Sozialstaat soll erhalten bleiben, das liegt auch im Interesse derer, die ihren Platz in den staatlichen Bürokratien besitzen. Das gesetzliche Regelwerk der Sozialkassen wird immer komplizierter, unüberschaubarer und im Prinzip werden die Zwangsversicherten als unmündige Menschen behandelt. Ignoriert wird, dass die Mehrheit der „Zwangsversicherten“ eine Alternative befürworten, wonach sie selbst über Art und Umfang eines Versicherungsschutzes entscheiden und bestimmen. Das größte Vertrauen in Deutschland besitzt der ADAC, nicht die Parteien und Gewerkschaften. Das hat seinen Grund. Der ADAC, mit mehr Mitgliedern als sämtliche Parteien und Gewerkschaften zusammen, bietet nicht nur Hilfe bei einem Unfall, sondern auch Kranken-Unfallversicherungen zu günstigen Bedingungen. Auch das ist eine Solidargemeinschaft. Autofahrer sind beim ADAC nicht pflichtversichert, sie sind es freiwillig und die meisten werden zu ihrem Glück auch nie einen „gelben Engel“ benötigen. Bei der Autohaftpflichtversicherung besteht ein gesetzlicher Zwang, aber jeder Autofahrer kann selbst entscheiden, bei welcher Versicherung er sich versichert, auch zu welchen Bedingungen, die bekanntlich sehr verschieden sind.

Bürger schließen auch zusätzliche Krankenversicherungen ab, ebenso Lebensversicherungen oder andere Vorsorgevereinbarungen.

Dass ein demographischer Wandel auch Probleme bedeutet, gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringt, lässt sich nicht abstreiten und auch nicht die Tatsache, Antworten für die Zukunft finden zu müssen. Innovationen sind gefragt. Warum gründen Gewerkschaften keine eigene Sozialversicherung? Warum bieten Libertäre keine Gesundheitskasse an?

Das Ansehen der traditionellen Gewerkschaften schwindet im Eiltempo. Allein die IG-Metall verlor 10 Prozent ihrer Mitglieder. Eine Wende ist nicht in Sicht. Der DGB erscheint bereits als ein Auslaufmodell, hatte 1993 noch 10,3 Millionen Mitglieder, 2002 nur noch 7,7 Millionen. Der Abwärtstrend bewirkte, dass ein Tochterunternehmen des DGB mit äußerst rüden Methoden Mitarbeiter entlässt, was Gewerkschaftsfunktionäre anderswo heftig anprangern. Für Leute, die von einer Entlassung bedroht sind, setzt sich der DGB gewöhnlich lautstark ein; es dürfen nur nicht die eigenen sein. Beim Berufsbildungswerk setzt der DGB auf einen radikalen Sparkurs.

Den Generationenvertrag hinterfragen

Im Rahmen der Agenda 2010 sind höhere Eigenleistungen an die Krankenkassen zu leisten, auch wurden zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Renten gekürzt, um die jüngere Generation zu entlasten.

Der sogenannte Generationenvertrag wurde vom ersten Kanzler der Republik vertreten und Konrad Adenauer pflegte zu sagen, Kinder werden immer geboren. Nur, die Geburtenzahlen sinken weiter. Die vergangene Entwicklung hat nichts mit sozialer Not zu tun, vielmehr veränderten sich die Wertvorstellungen, war die Reise nach Kuba, der neue BMW und vieles andere wichtiger als gerade der Nachwuchs. Das ist eine Tendenz in allen wohlhabenden Staaten, auch in Singapur und dort schrieb die Regierung junge Menschen an, doch mehr Kinder in die Welt zu setzen.

Richtig ist, dagegen gab es eine Klage beim Bundessozialgericht Karlsruhe, dass die Beiträge der Rentenversicherung fremdverwendet wurden (1996 34 Prozent versicherungsfremde Leistungen), der Finanzierung der deutschen Einheit dienten und im Vergleich mit den entschiedenen höheren Pensionen der Beamten, den Zuzahlungen im Öffentlichen Dienst, schnitten die Rentner schon immer ungünstiger ab, sind die Renten im Durchschnitt niedriger als allgemein bekannt ist.

Die Mehrheit der Rentner in der BRD ist gut versorgt, aber das haben sie auch der eigenen Vorsorge zu verdanken, Ersparnissen, Versicherungen, Wohneigentum und auch den zusätzlichen Betriebsrenten. Betroffen von den Sparmaßnahmen sind wesentlich die Bezieher niedriger Renten und Arbeitslose.

Ein Moloch „Staat“?

„Wir haben bereits eine mehr als 50%ige kommunistische Staatswirtschaft“, so Kurt Zube 1977 in seinem Buch „Manifeste des Friedens und der Freiheit“ und diese Tatsache, dass inzwischen mehr als die Hälfte der Einkommen über die Besteuerung vom Staat kontrolliert



Uwe Timm, geb. 1932, Konstrukteur, langjährig freigestellter Betriebsrat, Funktionär der IGM, libertärer Publizist, zahlreiche Buchbeiträge, Artikel auch in freiwirtschaftlichen Zeitschriften, letzte Edition „Gesammelte Schriften“ Veröffentlichungen von 1955 bis 2002, Hrsg. der Zeitschrift *espero*.

5



Foto: visipix.com | van Gogh

Vincent van Gogh: Verzweifelter Mensch



Ein Staat demonstriert Stärke

und ineffizient verteilt wird, wird übersehen und stattdessen die Illusion verbreitet, der Moloch Staat müsse nur noch mehr gefüttert werden, also noch mehr Steuern und Belastungen.

Die Umverteilung der Steuern und Kredite erfolgt über den Staat und daraus resultiert das Steigen der Staatsquote. Eine Gesetzesflut und ständig mehr Rechtsverordnungen verstärken den Machtzuwachs des Staates, entmündigen den Bürger.

Der Staat ist unproduktiv und von dem, was er an die Bürger verteilt, bedienen sich die Verteiler großzügig selbst (ohne Nullrunden), was der Grund dafür ist, warum man die permanenten Kosten des Staates (staatliche Verwaltung, Pensionen) totschweigt. Auf dem Prüfstand finden sich weder die Zahlungen an mächtige Konzerne (Vergünstigungen, Subventionen), noch die Staatsverschuldung mit ständig steigenden Zinslasten. Der Bundeshaushalt wird jährlich mit mehr als 40 Milliarden Euro Zinsen belastet und die Gemeinden können notwendige Investitionen nicht tätigen, weil sie sich in der Schuldenfalle befinden.

Schleswig – Holstein, um nur ein Bundesland zu nennen, muss wegen einer Verschuldung von mehr als 23 Milliarden Euro jährlich 900 Millionen Euro Zinsen aufbringen. Es gibt also genügend Gründe, warum das Thema „Geld“ mehr Beachtung findet. Alternativen für ein dynamisches, dienendes Geld.

Fleißig wird der Irrglaube verbreitet, Otto von Bismarck



Foto: visipix.com | Keller, Hannes, Niederglatt

Den Generationenvertrag hinterfragen

sei der Vater der sozialen Gesetzgebung, was gar nicht stimmt. Seine Zielsetzung war es, Bestrebungen der eigenen Emanzipation, den sozialen und kirchlichen Vereinigungen, Hilfskassen, Genossenschaften, solidarische Vereinigungen, das Wasser abzugraben und den Arbeiter, der ja auch als Soldat gebraucht wurde, an den Staat zu binden. „Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen

Agenda Deutschland

„Auch die vom Staat getragenen Klassen handeln rational: Sie wollen keineswegs, dass der Staat schrumpft, würde das doch den Trog leeren, an dem sie sich laben.“

Josef Joffe:

„So ist es! Und nicht wenige, die heute demonstrieren, möchten selbst an den Trog.“

„Die Behauptung, dass Studiengebühren unsozial seien, ist übrigens so verbreitet wie falsch. Unsozial ist es vielmehr, kleine Lohnsteuerzahler, die nie auch nur in die Nähe von Hochschulen kommen, immer stärker zu belasten, damit die Kinder der Mittelschichten gebührenfrei studieren können...“

Peter Glotz:

„Wohl wahr! Warum soll ein Tischler, der seinen Meisterbrief selbst bezahlt, einem künftigen hochbezahlten Akademiker, sein Studium finanzieren? Für begabte (arme) junge Menschen sollte es Stipendien geben und das wird sogar an Universitäten wie Harvard praktiziert.“

„Das Land (USA) hat seit 1967 ein Gesetz gegen die Diskriminierung der Alten am Arbeitsplatz. In Stellenanzeigen darf kein Wort zum Alter stehen. Nach Amerika ging im vergangenen Jahr auch der angesehene Kölner Immunforscher Klaus Rajewski, der unbeschränkt weiterarbeiten wollte, in Deutschland aber mit 65 emeritiert werden sollte. Er ging, weil man hier wegen seines Alters diskriminiert wird...“

Christian Tenbrock, Wolfgang Uebatus:

„Alte Menschen werden in Deutschland diskriminiert. Nicht nur von den Arbeitgebern! Jeder sollte selbst entscheiden können, ob und wie lange er berufstätig sein will. Da sind auch Aussteiger möglich! Demographischer Wandel sorgt dafür, dass die Älteren wieder eine Zukunft besitzen.“

zu gewinnen, oder soll ich sagen bestechen, den Staat als eine soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“

Obwohl die damalige Sozialversicherung miserabel war, Zahlungen ab 70 - aber das kommt ja auch wieder - konnte sich der Grundgedanke, dass der Staat die Menschen aus ihrer eigenen Verantwortung entlässt und die Obrigkeit für das Wohl der Bürger sorgt, durchsetzen. In der Weimarer Republik fielen die Sozialkassen der Inflation zum Opfer, im Dritten Reich flossen die Gelder der „Zwangsversicherten“ in die Rüstung und nach dem zweiten Weltkrieg bekamen wir einen sogenannten Generationenvertrag, nach dem die junge Generation die ältere Generation ernährt. Eine eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ist effizienter, aber eine solche erfordert zwingend eine stabile Währung. Wer heute spart, muss sich darauf verlassen können, dass das Geld seinen Wert behält. Zur Freiheit gehört auch die soziale Sicherheit.

Zwar berücksichtigt die Europäische Zentralbank in ihren Kriterien einen Stabilitätsfaktor, aber damit bleibt die Währungsstabilität durch den Staat, insbesondere durch Staaten wie Deutschland und Frankreich, mehr als gefährdet. Mit bloßen Protesten gegen einen Sozialabbau ist es nicht getan. Auch nicht mit abgestandenen



Arbeiter protestieren

Ideologien. Aber wie steht es mit den Alternativen der Linken, Libertären, Globalisierungsgegner, Sozialisten, Anarchosyndikalisten, Anarcho-Kapitalisten, Freiwirte, Liberalen? Sie werden in den nächsten den nächsten Ausgaben der Zeitschrift ESPERO* unter die Lupe genommen: Z.B.

- Attac (Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen),
- GWR (Graswurzelrevolution),
- Direkte Aktion (Freie Arbeiterunion),
- Magazin Eigentümlich frei (Libertarians),
- evolution (Freiwirtschaft usw.)

* zu beziehen über den Autor per Email: Utespero@aol.com

7

Schreiblust(ig)?

Die INWO hilft weiter

Wollten Sie nicht schon immer noch treffender schreiben? Die INWO bietet Ihnen unter der Leitung von Wolf Schneider (Zeitschrift „Connection“) einen Kurs an:

Geschichten erzählen lernen rund um Geld, Wirtschaft und das Leben:

- Wie bastle ich einen guten Text?
- Woraus besteht eine Geschichte?
- Subjektives und objektives Schreiben.
- Körper, Geist und Seele eines Textes
- Unkompliziert und verständlich schreiben und dabei doch alles Wichtige sagen

Ein Kurs speziell für INWO-Schreiber, Amateure ebenso wie Profis.

Termin nach Vereinbarung

Ort: Connection-Seminarhaus in Niedertaufkirchen

(Oberbayern, etwa 100 km östlich von München)

Preis: 200 Euro/Person inkl. Unterkunft und Verpflegung - wird auf Anfrage übernommen, wenn sich der Schreiber oder die Schreiberin mit Mitarbeit bei der INWO- Mitgliederzeitschrift „r-evolution“ revanchiert.

Die Platzzahl ist beschränkt auf acht bis zwölf Interessierte. Informationen über den Seminarleiter finden Sie unter: www.schreibkunst.com.

Anmeldung bei: Beate Bockting,

E-Mail: bockting@muenster.de, Tel.: 0251 - 2075277



Foto: visipix.com | Keller, Hannes, Niederglatt

Besser schreiben – nicht nur davon träumen!

Gesundheit braucht kein Wirtschaftswachstum

Derzeit werden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von über 2 Billionen Euro (Bruttoinlandsprodukt) produziert.¹ Können Sie sich diese Größenordnung überhaupt vorstellen? Pro Jahr muss jeder Mensch (vom Säugling bis zum Rentner) Dienstleistungen und Waren im Wert von über 24.000 Euro verbrauchen! Und damit die Wirtschaft weiter wachsen kann, muss dieser Betrag auch ständig weiter ansteigen.



8 Detlef Quart, 1966, als Techniker im Maschinenbau und im Architekturbereich tätig. Langjährige Erfahrung mit psychologischen Themen. Ein- und auch in wirtschaftliche und ökonomische Themenbereiche. U.a. als Publizist tätig. www.blauesdreieck.de

Wirtschaftswachstum ohne Ende?

Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und mit Waren übertoll gefüllten Läden und Einkaufszentren, könnte man durchaus zu der Erkenntnis kommen, dass weiteres Wirtschaftswachstum zumindest in nächster Zukunft überflüssig wäre. Jedoch, haben Sie jemals einen Politiker oder Wirtschaftsexperten sagen hören, ab welcher Größenordnung von hergestellten Waren und Dienstleistungen eine gesunde Obergrenze erreicht wäre? Haben Sie jemals gehört, dass ab einer Wirtschaftsleistung von beispielsweise 2,5 Billionen Euro im Jahr sämtliche Bürger ausreichend mit Waren und Dienstleistungen versorgt wären und ein Wachstum darüber nicht notwendig ist? Sicherlich haben Sie so etwas von anerkannten Autoritäten noch nie gehört.

Künstliches Wachstum

Wenn die Grundbedürfnisse der Menschen weitestgehend befriedigt wären, könnte man die Arbeitszeit so gestalten, dass überwiegend noch Arbeiten nötig wären, den bisherigen Standard beizubehalten. Natürlich möch-

te man immer mal etwas Neues und Besseres konsumieren und auch unangenehme Arbeiten durch neue Techniken erleichtern. So wird es auch immer wieder etwas Neues zu produzieren geben. Nur muss man deshalb nicht ständig die gesamte Menge an produzierten Waren und Dienstleistungen steigern. Ganz im Gegenteil, durch neue Technologien kann man sogar sehr viel Arbeit einsparen. Da man aber aufgrund der Zins-Problematik ständiges Wirtschaftswachstum benötigt, muss eine riesige Werbeindustrie immer mehr an Waren und Dienstleistungen an den Mann und die Frau bringen. Man

muss also eine künstliche Nachfrage erzeugen. Der Index für das Wirtschaftswachstum ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), welches in der Öffentlichkeit so oft für das Wohl und Wehe der Gesellschaft herangezogen wird. Es enthält die Summe sämtlicher in einer Volkswirtschaft hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen. Und aus diesem „sämtlichen“ an Waren und Dienstleistungen ist zu ersehen, dass dort also auch alle Leistungen ins Gewicht fallen, die durch Not und Leid und Verschlechterung von Lebensbedingungen der Menschen erbracht werden. Das BIP ist also kein Wohlfühlbarometer, denn es landen neben vielen positiven Errungenschaften auch die Behandlung von Krankheiten, Klinikaufenthalte, Geräte die im Krankenhaus eingesetzt werden, Physiotherapie, die Umsätze der Pharmaindustrie, der Ärzte und der Apotheken usw. nach dieser Berechnung auf der Habenseite der Gesellschaft. Wenn man mit Krankheit und Leid der Menschen hohe Umsätze und Gewinne erzielen kann, ist da ein Wunder, dass es immer mehr kranke Menschen gibt und die Kosten für die Krankenkassen ständig steigen?

Als Folge dieser Zusammenhänge werden immer mehr ursprüngliche natürliche Bedürfnisse und die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt:

Körperliche Bewegung

Viele Menschen haben ständig einen Mangel an körperlicher Bewegung, vor allem gesunder Bewegung an frischer Luft und Sonnenlicht. Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Menschen auf dem Arbeitsweg und im Privatleben auf Verkehrsmittel angewiesen sind und daher sich meistens im Sitzen fortbewegen. Die Automobil- und Ölindustrie sind zu wichtigen Wirtschaftsfaktoren geworden und so werden die Entfernungen, die es zu überbrücken gilt, immer weiter. Ohne ein Automobil fühlt man sich heutzutage beinahe wie amputiert, denn die gesamte Gesellschaft wird darauf ausgerichtet. So verliert man immer mehr den Kontakt zur Natur. Auch auf der Arbeit wird meistens in Räumen und im Sitzen gearbeitet. Auslauf bekommt man bestenfalls in der Mittagspause, aber auch die ist knapp bemessen. Als Folge des ständigen Bewegungsmangels funktioniert bei vielen Menschen der Stoffwechsel nicht richtig und dies führt zusätzlich durch falsche Ernährungsweisen zu körperlichem Übergewicht.

Sport- und Schönheitsindustrie als Ausgleich

Sicherlich ist es sinnvoll, sich in der Freizeit als Ausgleich körperlich zu betätigen. Damit jedoch niemand



Auch ein Autounfall steigert das BIP

te man immer mal etwas Neues und Besseres konsumieren und auch unangenehme Arbeiten durch neue Techniken erleichtern. So wird es auch immer wieder etwas Neues zu produzieren geben. Nur muss man deshalb nicht ständig die gesamte Menge an produzierten Waren und Dienstleistungen steigern. Ganz im Gegenteil, durch neue Technologien kann man sogar sehr viel Arbeit einsparen. Da man aber aufgrund der Zins-Problematik ständiges Wirtschaftswachstum benötigt, muss eine riesige Werbeindustrie immer mehr an Waren und Dienstleistungen an den Mann und die Frau bringen. Man

einfach nur in der Natur umherläuft, wird aus einer einfachen sportlichen Betätigung ein Lifestyle produziert. Zusätzlich werden körperliche Idealvorstellungen, garniert mit Stars und Prominenten, in den Medien verbreitet, so dass möglichst jeder seine eigene körperliche Statur als mangelhaft wahrnimmt. Vor allem Frauen sind zum eigenen Körper oftmals kritisch eingestellt und so können kleinste Abweichungen vom Idealmaß zum großen Problem werden. Aber auch Männer werden immer mehr dementsprechend manipuliert, woran Fitness- und Sonnenstudios, Diätmittelhersteller, Sportbekleidungsfirmen und Sportgerätehersteller und viele andere sehr gut verdienen können. Und damit immer mal wieder etwas Neues verkauft wird, wechseln Trends im Jahresrhythmus. Nicht zu vergessen sind noch Schönheitschirurgen, die dann eingreifen, wenn Fitnessprogramme, Hungern und Diäten nicht mehr helfen.

darf im Urlaub. Ständige Umsatzsteigerungen seit den sechziger Jahren in dieser Branche resultieren u.a. aus einer ständigen Zunahme von Arbeiten in geschlossenen Räumen und Büroarbeit, die überwiegend im Sitzen vollzogen werden. Dadurch fehlt den Menschen auch die Abwechslung, die die Natur mit ihren Veränderungen im Wetter, den Jahreszeiten und der Landschaften bietet. Dieses muss dann gewissermaßen im Urlaub als Crashkurs nachgeholt werden. Anstatt also die Arbeits- und Lebensbedingungen den Bedürfnissen der Menschen anzupassen und diesen auch im Alltag mehr Freizeit und Erholung zu gönnen, wird ein Industriezweig aufgebaut, der mit dem resultierenden Mangel kräftigen Umsatz macht. Obendrein wird durch ständig wachsenden Fahrzeug- bzw. Flugzeugverkehr und Massentourismus die Umwelt geschädigt.

Schlafmangel

Schon man Morgen beginnt für viele Menschen bereits der Stress, denn die meisten kommen unausgeschlafen zur Arbeit. Dies wird in unserer leistungsbetonten Gesellschaft auch als normal angesehen, weil die Bedürfnisse der Menschen immer mehr an die von Maschinen angepasst werden - und die könnten rund um die Uhr laufen. Der Schlafraub hat bereits im letzten Jahrhundert mit der Industrialisierung und der Erfindung der Glühbirne begonnen und wurde später noch gesteigert durch die Reiz- und Informationsüberflutung des Fernsehens. So hat sich die durchschnittliche Schlafdauer seit etwa 120 Jahren um 20 Prozent von neuneneinhalb auf durchschnittlich siebeneinhalb Stunden verringert.² Durch die Technik wurde die Produktion rund um die Uhr möglich. Viele Firmen produzieren im Mehrschichten-Betrieb mit Arbeitszeiten bis tief in den Abend oder auch die Nacht hindurch. Damit die Bänder nicht still stehen, müssen Zulieferer ihre Teile jederzeit pünktlich nachliefern. Dienstleistungsfirmen sind durch das Internet für ihre Kunden pausenlos erreichbar und arbeiten im 24-Stunden-Rhythmus. Doch für den Verlust an Menschlichkeit muss der moderne Mensch einen Preis bezahlen – das Wohlfühl und die Gesundheit. Wäre es nicht logisch, dass ausgeschlafene Angestellte mehr Leistung und bessere Arbeitsergebnisse erbringen würden?



Foto: visipix.com | Keller, Esther, Niederglatt

Den Bewegungsdrang nicht unterdrücken

9



Foto: visipix.com | Dalgali, Uemitt, Zurich

Viel körperliche Bewegung in frischer Luft und Sonne

Tourismusindustrie als Ausgleich

Als Ausgleich für mangelnde Bewegung, Luft und Sonne fungiert auch die Tourismusindustrie. Je größer die Entbehrungen im Alltag, desto wichtiger der Nachholbe-

Gefühle

Menschen sollten am besten wie Maschinen denken und handeln. Die Computertechnik hat das Funktionieren von Maschinen schon weit in den Alltag integriert. Gefühle dagegen würden im automatisierten Leben nur stören. Schon in der Schule lernt man vor allem Dinge, die der Industrie und Wirtschaft dienen, wie Physik, Mathematik oder Informatik. Dagegen werden Fähigkeiten, die man im zwischenmenschlichen Miteinander benötigt, wie z.B. Kommunikationsfähigkeit, Empfindungsfähigkeit oder Kompromissfähigkeit so gut wie gar nicht gefördert. Auch wird die Phantasie der Kinder und Kreativität kaum angeregt. Das Ergebnis sehen wir überall in der Gesellschaft. Man sollte immer sachlich und emotionslos sein, nie einen Fehler machen und möglichst alles wissen.

Wer einen hohen IQ besitzt, ist besonders angesehen. Dabei muss man gar nicht wie ein Computer alles auf der Festplatte, sprich im Kopf haben. Wichtig ist zu wissen, wie und wo man sich Informationen beschaffen kann, wenn man diese benötigt. Emotionale Intelligenz und Sozialkompetenz werden im Arbeitsleben kaum erwartet und wenn in der Beratung mal der Magen knurrt, ist es einem peinlich. Dabei sind Fehler und Signale des Körpers allzu menschlich. Gefühle sind out und wer keine zeigt, gilt schon im Jugendalter als

„cool“ - wird also anerkannt. Doch ewig lassen sich Gefühle nicht unterdrücken, was die hohen Zahlen an Depressionen und Süchten in den Industrieländern erklärt.

Ernährungsdesigner

In unserer Überflussesgesellschaft - wie sie oft genannt wird - müsste man annehmen, dass es an Lebensmitteln keinen Mangel geben kann. Der Bedarf an Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten ist auch vollständig und oft genug sogar im Übermaß gedeckt. Noch vor 80 Jahren waren Getreide, Gemüse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Obst und gelegentlich auch Milchprodukte überwiegend die Grundlagen unserer Ernährung. Doch sank der Verbrauch (kg pro Jahr und Person) in den Jahren 1900 bis 1990 bei Getreide von 139 auf 74, Kartoffeln von 138 auf 73 also jeweils etwa um 50%, währenddessen sich der Verbrauch von Fleisch 47 auf 100 und Fisch

von 6 auf 14 etwa verdoppelte.³ Das ist auch nicht verwunderlich, denn es ist für das Wirtschaftswachstum einträglicher, Pflanzen in Fleisch zu verwandeln. Dabei könnte man in einem Jahr pro Hektar Land beispielsweise 2000 kg Bohnen, 6000 kg Karotten, 10000 kg Tomaten, 12000 kg Sellerie, aber nur 50 kg Rindfleisch herstellen. Der Wasserverbrauch für die Erzeugung von 1 kg Weizen beträgt ca. 60 Liter, für 1 kg Fleisch aber 2000 bis 15000 Liter.⁴ Das hat zur Folge, dass sich die meisten Verbraucher von zuviel tierischen Fetten und zu wenig frischem Obst, Gemüse und Pflanzenfetten ernähren. Die Industrie macht es auch den zeitlich gestressten Menschen einfach, das falsche zu essen. Ihre Produkte schmecken dank vieler Geschmacksveredler besser, sind billiger, schnell in der Zubereitung und auch einfach in der Anwendung. Food Designer, Marketingexperten und Sensoriker arbeiten daran, den wirksamsten Geschmack und ein ansprechendes Aussehen zu entwickeln. Dabei werden mittlerweile über 7500 verschiedene industriell gefertigte Zusatzstoffe wie Geschmacks-Ersatzstoffe und -Verstärker, Backhilfen, Farben, Emulgatoren, Stabilisatoren, Schmelz-Salze, Verdickungsmittel und Konservierungsstoffe zugesetzt.⁵ Die generierten Kunstprodukte werden dann mit viel Werbung unter die Leute gebracht.

Suchtmittel

Zusätzlich werden in die Nahrung immer mehr abhängigmachende Inhaltsstoffe - die eine morphinähnliche Komponente besitzen - wie z.B. Zucker, Kakao und Glutamat eingebaut. Dies soll das Verlangen nach dem Produkt zusätzlich verstärken. Bei der industriellen Produktion von Zucker werden schon viele lebenswichtige Stoffe entfernt, so zum Beispiel Mineralien und Ballaststoffe. Oft wird behauptet, Süßigkeiten würden Zucker in das Blut pumpen und so zu mehr Energie und besserem Denkvormögen verhelfen. In Wirklichkeit wirkt Zucker kurzfristig beruhigend. Sie fühlen sich weniger angespannt und nervös und können sich dadurch besser konzentrieren. So sind Stresssituationen im Beruf und Privatleben besser zu ertragen. Ist der Lebensstil jedoch von Dauerstress und Hetze geprägt und gibt es immer wieder Frustrationserscheinungen und Entbehrungen, so greift man regelmäßig gern nach diesem freiverfügbaren Beruhigungsmittel. Die langfristigen Wirkungen von regelmäßigem Zuckerkonsum sind allerdings bedenklich. Zucker ist ein schlimmer Nährstoffräuber, das sieht man schon an Millionen Diabeteskranken. Zucker macht zudem abhängig. Durch häufigen Verzehr von zuckerhaltigen Nahrungsmitteln bekommt man immer mehr Appetit auf Süßes. So trinkt man zuckerhaltige Limonaden, isst



Foto: visipix.com | Mankiang, Prajuab, Bangkok

Arbeiten, arbeiten rund um die Uhr, aber nicht abheben!



Lebensfreude durch wandern, Spiel und Freundschaften

zwischen durch leicht erreichbare Süßigkeiten wie Kekse, Kuchen oder Schokolade, was den Appetit immer mehr steigert. Zucker funktioniert wie viele Abhängigmacher: Es muss die Dosis immer mehr gesteigert werden um den gleichen Effekt an Befriedigung zu erreichen. Wer sich mal die Mühe macht und beim Einkauf die Liste der Zutaten bei den Produkten aus dem Supermarkt beachtet wird feststellen, dass Zucker (oder Ersatzstoffe wie z.B. Saccharose) mittlerweile fast überall zugesetzt werden. Auch da, wo man ihn gar nicht unbedingt vermutet, nämlich u.a. auch in Obstsaften, Salatsoßen, Wurst und Senf.

Zielgruppe Kinder und Jugendliche

Als Zielgruppe für den Absatz an gezuckerten Produkten sind für die Nahrungsmittelindustrie besonders Kinder und Jugendliche interessant, denn Ernährungsgewohnheiten – haben diese sich erst mal etabliert – sind nur schwer zu ändern. Schon Babynahrung ist gesüßt. Mit Limonaden, Cola-Getränken, Ketchup (30 % Zucker), Hamburgern (Soße mit 23% Zucker) und vielerlei anderen bunten gezuckerten Fastfood-Produkten werden unsere Kinder und Jugendlichen voll auf süß getrimmt.⁶ Auch Molkereiprodukte wie Joghurts sind laut Stiftung Warentest keine vernünftige Zwischenmahlzeit für Kinder, denn auch diese sind meistens zu fett und enthalten zwischen 13 bis 25 Prozent Zucker zugesetzt.⁷ Da Zucker die Darmflora massiv schädigt und verändert, fehlt auch die eigene Produktion von B-Vitaminen durch Darmbakterien. Dieses Vitamin ist aber für die Energieversorgung der Nerven, also für eine gute Denkleistung wichtig. Der Mangel an Vitamin B₁ führt deshalb zu Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen. Der Verdacht drängt sich auf, dass die in letzter Zeit so viel diskutierten schlechten Schulleistungen (Stichwort Pisastudie) und auch die immer mehr zu beobachtende Hyperaktivität unserer Kinder auf einen chronischen Mangel an B-Vitaminen zurückzuführen ist.

Eine besonders bedenkliche Entwicklung sind neue alkoholische Getränke mit Zuckergehalt – sog. Alcopops – die bei Jugendlichen immer beliebter werden. Als Folge des süßen Fruchtgeschmacks entwickeln junge Menschen immer früher einen regelmäßigen Alkoholkonsum. Süchte sind so vorprogrammiert. Durch den hohen Zuckergehalt in vielen Nahrungsmitteln der Industrie schmecken den meisten Menschen insbes. unseren Kin-

dern naturbelassene und frische Lebensmittel gar nicht mehr. So wird man zum abhängigen und willigen Konsumenten der Produktdesigner.

Obst und Gemüse

Leider sind auch frisches Obst und Gemüse kein Garant für gesunde Ernährung, denn ihnen mangelt es häufig - verursacht durch eine intensive Landwirtschaft - an Vitalstoffen, also an Vitaminen, Mineralien und Spurenelementen. Über einen Zeitraum von 10 Jahren wurden von mehreren Labors in Deutschland und der Schweiz

Untersuchungen über den Gehalt an Vitalstoffen in unserem Obst und Gemüse durchgeführt. Das Ergebnis zeigt einen starken Abwärtstrend. Hier einige Beispiele: Bei Kartoffeln sank der für eine gesunde Knochenbildung notwendige Kalziumgehalt um 70% und im Brokkoli um 56%, das Vitamin B₆ - es wird für die Freisetzung und Verwertung von Energie aus Eiweiß benötigt - sank im Spinat um 59% und in Bohnen um 61%, das für das Immunsystem wichtige Vitamin C im Spinat um 58%; und der für die Blutbildung bedeutende Gehalt an Folsäure nahm bspw. in Karotten um 57% und im Brokkoli um 52% ab, und das in nur 10 Jahren!⁸ Durch den Mangel an Vitalstoffen fühlen sich viele Menschen ständig ausgelaugt, müde und erschöpft. Deshalb gibt es mittlerweile einen riesigen Markt an Nahrungsergänzungsmittelherstellern, die mit immer wieder neuen und teuren Zaubermitteln um Kunden werben. So sinnvoll eine Substitution von Vitaminen, Mineralien und Spurenelementen durchaus ist, wird auch hier aus der Not der Menschen ein Geschäft gemacht.

Gesundheit

Die meisten Menschen sind von der Werbung geblendet, so dass sie mehr auf Äußerlichkeiten als auf Inhalte ach-

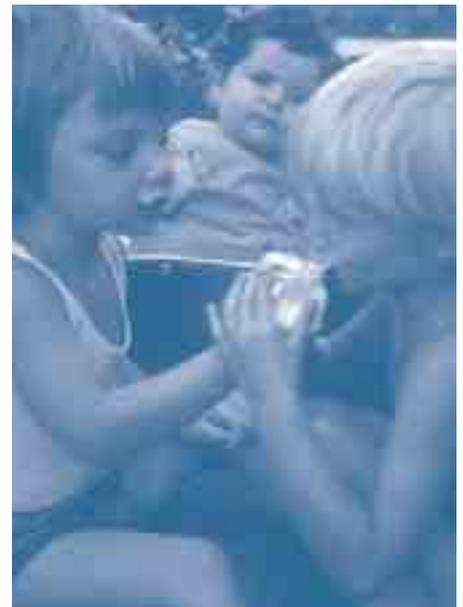
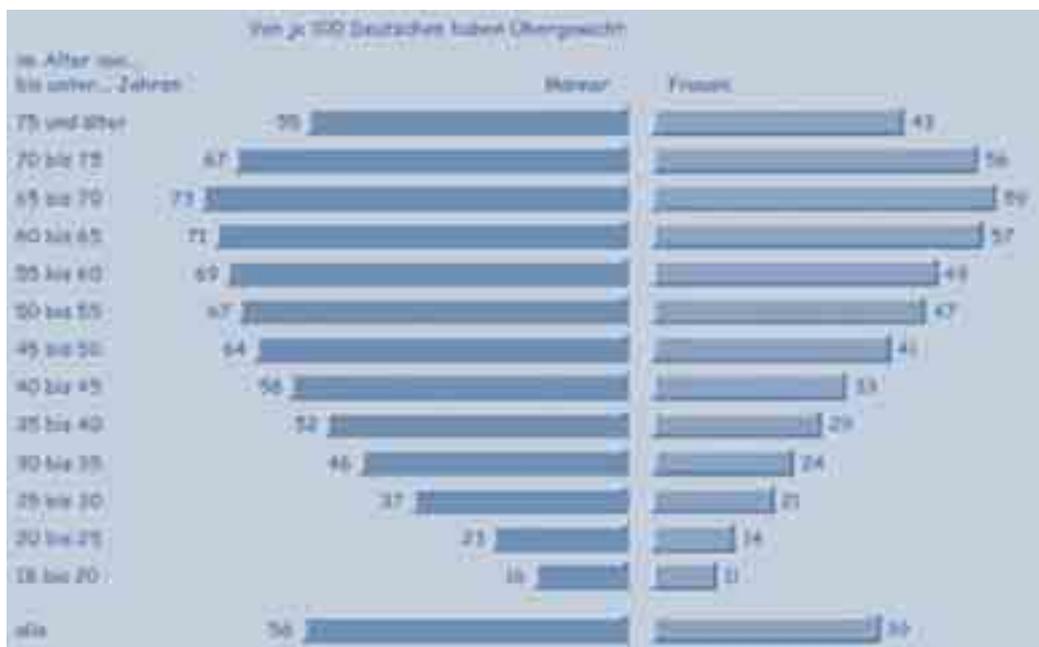


Foto: visipix.com | Veith, Mali, Aarau

Früh übt sich: Naschen ist süß!



ten. Deshalb ist es vielen wichtiger ihr Geld z.B. für technische Spielereien, Autos, Statussymbole oder Markenbekleidung auszugeben, als ihren Lebensstil zu ändern und sich gesund zu ernähren. Aber auch bei den Lebensmitteln selbst, wird mehr auf ideales Aussehen als auf den Gehalt an Vitalstoffen geachtet. Es ist aber fatal, gerade bei der Nahrung sparen zu wollen, denn billig können Lebensmittel nur durch Massentierhaltung und Großfeldwirtschaft sein. Und hier kommen, um die Ertragsverluste so gering wie möglich zu halten, Insektizide und Herbizide zum Einsatz. Die Käufer schauen nur nach dem Preis, ohne zu bedenken, dass sie später ein Vielfaches für mögliche gesundheitliche Spätfolgen ausgeben müssen. Intensive Landwirtschaft, exzessiver und einseitiger Anbau verringert die Nährstoffe in der Nahrung. Konservieren und Bestrahlen, langes Lagern, weite Transportwege und falsche Zubereitung schädigen Lebensmittel und machen so die Menschen auf Dauer krank. Jeder

zweite Erwachsene und jeder fünfte Jugendliche sind übergewichtig. Mit zunehmenden Alter ist es sogar schon jeder dritte -verursacht durch jahrzehntelange Fehl- bzw. Mangelernährung.⁹ Viele Frauen leben in ständiger Diät. Fast jeder leidet an Karies, einer Folge von zu hohem Zuckerkonsum. Diabetes, Allergien, hoher Blutdruck, Herz- und Kreislauferkrankungen, Osteoporose und viele Arten von Krebs sind die Folge jahrzehntelanger ungesunder Ernährung und unzureichender körperlicher Betätigung.

Die Lösung

Um diese Kosten zu senken und die Volksgesundheit zu fördern brauchen wir jedoch kein Mehr an symptombe-

kämpfenden Dienstleistungen und ungesunden Nahrungsmitteln. Wir brauchen keine billigen oder genmanipulierten Lebensmittel, sondern weniger, aber gesundes Fleisch, frisches und gesundes Obst und Gemüse. Wir brauchen nicht noch mehr verkaufte Autos und Verkehr, der die Umwelt schädigt, sondern mehr Zeit der Menschen für Luft,

Sonne und Bewegung. Wir brauchen also Bewegung in den Beinen statt auf den Straßen. Statt die unmittelbare Umwelt der Menschen immer mehr zu verbauen, so dass sie im Urlaub in Naturparadiese fliehen müssen, sollte man die Umwelt hier in Deutschland schonen und erhalten. Auch sollte man hohe Umsatzzahlen und Gewinne der Pharmaindustrie als Zeichen sehen, dass etwas Entscheidendes in der Gesellschaft fehl läuft. Die meisten Krankheiten haben ihre Ursachen in schlechten Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen. Anstatt, dass die Menschen flexibler im Sinne der Wirtschaft und des Kapitals werden, sollte also die Wirtschaftsform den Erfordernissen der Menschen angepasst werden. Wir brauchen einen Wechsel zur Qualität, statt eine ständige Steigerung in Mengen! Dafür gilt es das Finanzsystem zu reformieren, damit eine humane Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen entsprechen kann. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt! 🏠

Quellenverzeichnis:

- <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p0240121.htm>; Statistisches Bundesamt
- http://www.flexible-unternehmen.de/kv0404_02.htm; Strategische Nickerchen am Arbeitsplatz von Rolf Degen (Teil 2)
- <http://www.service-umweltbildung.de/FILE/ernaehru.pdf>; Langbein/Mühlberger/Skalnik 1995, S. 608.
- Christian Opitz „Gesundheit für Mensch und Erde“; Hans-Nietsch-Verlag
- Neue Kronen Zeitung, Wien, 1998. Serie „Vorsicht, Essen!“
- <http://people.freenet.de/gesundheitsprobleme/>; Zucker die süße Sucht
- http://www.testberichte.de/stiwa/ptests_811.html; Stiftung Warentest 11/2000 S. 76 - 82
- Analyse des Schwarzwaldsanatoriums Obertal 1996 und des Geigy-Konzerns aus der Schweiz 1985: Obst und Gemüse - Mineralien und Vitamine, gestern und heute –
- http://www.fressnet.de/l_statistik.htm; Statistisches Bundesamt

Auswirkungen der Geldreform auf Unternehmensverfassung und Börse*

Mit „Unternehmensverfassung“ wird hier das Verhältnis bezeichnet, in dem die Träger des Unternehmens zueinander stehen: der Unternehmer, die Mitarbeiter, die Kapitalgeber und diejenigen, die den Boden zur Verfügung stellen.

Geld wird über die Geldreform nach Gesell zu einem funktionsfähigen Tauschmittel gemacht. Die Einkommen werden dann sofort in den Geldkreislauf zurückgegeben und nicht mehr mit Blick auf Zinsgewinne zurückgehalten. Damit ist das Konjunkturproblem gelöst. Damit wird auch der Arbeitsmarkt entspannt. Es wird Vollbeschäftigung herrschen, ja Arbeit wird auf einmal knapp werden. Vollbeschäftigung heißt, dass die arbeitenden Menschen selbst bestimmen, wie viel sie sich einbringen (Vollbeschäftigung heißt nicht: arbeiten bis zum Umfallen).

Die Vollbeschäftigung durch die freiwirtschaftliche Geldreform hat grundlegenden Einfluss auf die Unternehmensverfassung. Wenn Arbeit knapp ist, verliert der Lohn seine herkömmliche Bedeutung als Ausgleich für einen Interessenkonflikt, der darin besteht, dass der Mitarbeiter möglichst viel Lohn für möglichst wenig Arbeit will, der Unternehmer aber das genaue Gegenteil. Bei Vollbeschäftigung kann der Unternehmer über den Lohn nicht mehr verhindern, dass der Mitarbeiter sein Desinteresse an der Arbeit deutlich macht. Lohn wird daher als Steuerungs- und Motivationsinstrument unbrauchbar. Der Mitarbeiter muss jetzt am Ertrag der Arbeit beteiligt werden, damit er Interesse an der Arbeit hat. Beteiligungsverhältnisse statt Lohnverhältnisse überwinden den Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Mitarbeiter. Die über die Geldreform erreichte Vollbeschäftigung wird das Verhältnis Unternehmer - Mitarbeiter auf eine neue kooperative Basis stellen.

Es gibt Varianten des Beteiligungsverhältnisses: der Gewinn wird an alle Mitarbeiter gleichmäßig verteilt; jede individuelle Einzelleistung wird honoriert. Optimal ist ein Mittelweg, eine Kombination aus beiden Extremen, damit sowohl das Interesse des Unternehmens als Gemeinwesen berücksichtigt ist als auch die Arbeit des einzelnen Mitarbeiters honoriert wird.

Die neue Geldordnung ändert aber nicht nur Entscheidendes für die Lage des Mitarbeiters gegenüber dem Unternehmer (motivierter Beteiligter statt unmotivierter Lohnempfänger). Sie ändert auch Entscheidendes für die Lage des Unternehmers gegenüber den Kapitalgebern, deren Geld in der Firma steckt. Bisher war der Unternehmer ein Gefangener der Kapitalgeber, die ihm Geld nur gegen Absicherung liehen, wenn er unternehmerisch so handelt, dass die Geldgeber dies erfolgversprechend fanden. Das heißt, der letzte Entscheidungsträger in unternehmerischen Fragen war nicht der Unternehmer (obwohl er es am besten wissen müsste), sondern der Kapitalgeber. Durch die neue Geldordnung, bei der gespartes, vor allem kurzfristig angelegtes Geld „rostet“, keine Zinsen bringt und daher in Fülle im An-

gebot ist, ist der Sparer darauf angewiesen, einen Unternehmer zu finden, der ihm das Geld abnimmt und damit etwas unternimmt. Die Kapitalgeber sind also auf den Unternehmer angewiesen. Dies drückt sich aus in niedrigen Kreditzinsen, in weniger Kontrolle der Banken gegenüber dem Unternehmen und damit in mehr Selbständigkeit des Unternehmers (knapper Faktor) gegenüber dem Sparer und Kreditgeber (ausreichendes Angebot). Der Sparer bzw. die Bank will jetzt nur noch Wertaufbewahrung seines Geldes und kann sich deshalb große Ansprüche, in der Unternehmensführung mitzusprechen, nicht mehr leisten. Der Unternehmer ist vom Diktat des Kapitals befreit und kann über unternehmerische Fragen selbst entscheiden. Es entsteht eine Vertrauensbrücke vom unbedarften Sparer über die Bank als Dienstleister (mit viel Angebot an Geld) bis zum sachkundigen Unternehmer in Kooperation mit seinen Mitarbeitern. Heute ist der Unternehmer dagegen ein Beauftragter des Kapitals. Der eigentlich Handelnde ist der Geldgeber; der Unternehmer ist nur Beauftragter des Kapitals auf dem Schleudersitz. Dagegen wird sich bei den neuen Verhältnissen die Arbeit kooperativ um den Unternehmer scharen, während das Kapital dienend von außen kommt.

Fritz Andres, geboren 1946, Ausbildung als Jurist, berufliche Tätigkeit: Leitung eines mittelständigen Unternehmens. Seit 1987 im Vorstand des Seminars für Freiheitliche Ordnung, Bad Boll

13



Foto: visipix.com | Lienhard, Hr., Schweiz

Freilich kann der Unternehmer auch heute den Konflikt mit dem Kapital umgehen, indem er seine Firma mit Eigenkapital ausstattet, sofern er welches hat. Eigenkapital ist aber eine widersprüchliche Vermischung von Unternehmer und Sparer. Im Unternehmen sollte kein Eigenkapital sein, das im Zweifel mitgenommen wird, wenn der Unternehmer die Firma verlässt.

Genug Arbeitsplätze in schöner Gegend

* aus einem Vortrag aufbauend auf: Zur Zukunft der Unternehmensverfassung, in: Fragen der Freiheit Jg. 1999, Heft 250, Seite 17-47

Eine etwas andere Börse



Foto: visipix.com | Fomanek, Lada, Switzerland

Die neuen Unternehmensbedingungen können sich in ganz unterschiedliche Rechtsformen einbinden bis hin

zur vollgenossenschaftlichen Unternehmensform, bei der jeder Mitarbeiter gleichermaßen Unternehmer und an Unternehmensentscheidungen mit beteiligt ist. Das Gleichheitsprinzip im Unternehmen hat allerdings seine Grenzen. In einem Unternehmen müssen drei Bereiche gesehen werden: die Leistungsseite (sie braucht die Freiheit der Entscheidung; der Akteur ist vor allem Leistungsträger), die Begegnungsseite (sie braucht die Gleichheit; der Akteur ist vor allem Mensch) und die Ertragsseite (sie braucht Geschwisterlichkeit; der Akteur ist vor allem Ertragsempfänger).

Es gibt auch Unterschiede zwischen Wirtschaftsunternehmen und Bildungsanstalten. Ein Unternehmen soll Gewinn abwerfen, Bildungsanstalten dürfen dies gerade nicht; sie sollen ja gerade materielle Ressourcen in Bildungsbemühungen umsetzen.

Die Börse nach der Geld- und Bodenreform

Bei der Börse sind drei Bereiche zu unterscheiden: die Börse der Unternehmensbeteiligungen (Kapitalbörse), die Börse, die an Naturgegebenheiten anknüpft (Boden, Ressourcen), die Börse der Devisen.



Foto: visipix.com | Keller, Hannes, Niederglatt

Mitdenken und Verantwortung tragen in der neuen Unternehmensform

Zu a) Da Geldreform Konjunktur stabilisiert und den Zins gegen Null bringt, gibt es kaum Raum für Börsen. Denn wo es keinen Ausschlag der Werte mehr gibt, gibt es auch keinen Anreiz mehr für die „Wette“. Das Spektakuläre der Wertentwicklungen entfällt weitgehend. So werden Optionsscheine etc. kein interessantes Geschäft mehr versprechen.

Die Börse wird eine sinnvolle Rumpffexistenz weiter führen durch die Abtretbarkeit von Krediten, Staatsanleihen,

etc. Langfristige Kredite gebe ich leichter, wenn ich den Kredit bei eigenem Bedarf weitergeben kann. Diese Funktion bleibt der Börse noch, was aber nicht auf möglichst hohe Gewinne abzielt, sondern eher auf Sicherheit bei der Kreditgabe.

Zu b) Spekulation mit Boden und Rohstoffen scheidet durch die Bodenreform aus. Die Bodenschätze sind vergemeinschaftet und als Geschenk für die ganze Menschheit begriffen. Ein internationales Rohstoff-Regime wird festlegen, wie viele Reserve in welcher Zeit entnommen werden darf, so wie umgekehrt heute schon (teilweise) international auch die Schadstoff-Emissionen normiert sind. Rohstoffentnahmen werden nicht mehr aus Spekulationsgründen durchgeführt (künstliche Schwemme bzw. Knappheit).

Bei der Luft wird man zu entsprechenden Maßnahmen schneller kommen als beim Boden und den Bodenschätzen. Wenn die Luft erst als gemeinschaftliches Gut erkannt ist, wird es zu der Frage kommen, warum dieses Verfahren nicht auch auf den Boden angewandt werden soll. Die Bodenreform könnte buchstäblich „aus der Luft“ kommen. Leider hat Kioto eine „Börse der Luft“ eingerichtet. Der Luftraum wurde entsprechend den Nationalgrenzen national verteilt und als kostenlose Besitzstände den Nationalstaaten attestiert („Luftraum“). Dies führte zu einem Emissionshandel. Das Emissionsrecht wurde käuflich. Besser wäre es gewesen, die Emissionen zu besteuern. Dann hätten sich keine Preise für Emissionen gebildet.

Zu c) Devisenspekulationen fußen auf der Ungleichheit und dem Schwanken verschiedener Währungen. Heute gibt es extrem hohe Devisenumsätze, die ca. fünfzig mal höher sind als dies für den zwischenstaatlichen Handel gebraucht würde („Devisenhändler“). Währungsspekulation setzt eine hohe Liquidität voraus. Nach der Geldreform ist die Liquidität aber belastet („rosten des Geld“). Dadurch werden die Devisengeschäfte verteuert, eher unattraktiv und zurückgehen. Die Tobinsteuer, also die Steuer auf Gewinne aus Devisenhandel, tut das ihre, um Devisenhandel zu minimieren.

Am Ende dieser Ausführungen zu den Bereichen Unternehmensverfassung und Börse stand die Frage nach der didaktisch-methodischen Umsetzung. 🏠

Aus dem CGW-Rundbrief Ausgabe 04/1-März 2004: Protokoll von Dieter Fauth (ohne die Abschnitte „Natur und Geist“ und „Der Generationenverbund“) zusammengefasst durch Rudolf Mehl

Aus dem Alltag eines gestressten Verlegers

Wie sich Geist mit Geschäft, eine himmlische Vision mit irdischen Notwendigkeiten verbinden lässt und man den resultierenden Alltag meist im Fegefeuer verbringt, beschreibt hier ein Verleger am eigenen Beispiel. Auch wenn Pioniere es generell schwer haben mögen – im bürokratisch erstarrten Deutschland vielleicht noch mehr als anderswo.



Geld ist vor allem Geist, nicht Materie

Spirituelle Menschen (und die sich dafür halten) bezeichnen Geld gerne als „materiell“ und drücken ihre Abscheu aus vor der (nur) materiellen Welt, mehr noch „dem Materialismus“, und meinen damit meist unsere gelddominierte Welt, von der Liza Minelli sang: „Money makes the world go ‘round.“ Sie wollen sich nicht dem Reich der Materie, dem Mammon unterwerfen - so weit, so gut.

Geld ist jedoch vor allem ein geistiges Produkt, ein Ergebnis von Vertrauen, Glauben und Organisation. Auch wenn es vielfach in der Form von Münzen und Scheinen kursiert, ist die materielle Form des Geldes zweitrangig, es ist ja nur die Hardware, auf der das geistige Programm gerade läuft - über Konten läuft es mindestens genauso gut wie über goldene Münzen, und dort hat es keine materielle Substanz mehr. Nicht die ziemlich irrelevante Materie des Geldes, seinen Geist müssen wir erkennen, wenn wir ihn ändern wollen! Wenn wir eine Welt erschaffen wollen, in der nicht mehr die Menschen dem Geld („Gott Mammon“) dienen, sondern das Geld den Menschen. Ob Silvio Gesell nun Recht hat oder nicht - wir müssen nicht nur unsere Gesellschafts-, sondern auch unsere Geldordnung kritisch betrachten, und

wir sollten uns erlauben, mit Alternativen zu experimentieren, so wie damals 1932 im Tiroler Wörgl oder so wie heute mit alternativen Währungen in Argentinien, Japan, Kanada, Ithaka (USA) und auch, in Ansätzen, in Deutschland.

Der heutige Neoliberalismus ist jedenfalls nicht der Weisheit letzter Schluss. Die heutige Wirtschaftsordnung

Die 225 reichsten Menschen der Welt haben so viel Geld zur Verfügung wie die drei Milliarden ärmsten. Pro Kopf ist das Verhältnis 13 Millionen zu eins.

behindert nicht nur Pioniere wie mich oder Greta Tüllmann* und Unternehmen wie die taz, Cap Anamur, Amnesty International und andere. Sie macht die Armen immer noch ärmer und die Reichen immer noch reicher. Und weil soziale und ökologische Folgekosten in unseren Unternehmensbilanzen nicht auftreten, „rechnen sich“ Unternehmen, die Waffen herstellen, die Umwelt zerstören oder mit Entlassungen die Börsenkurse nach oben treiben, während sich ökologische, soziale und spirituelle Projekte meist „nicht rechnen“.

Laut Angaben der UNO leben 1,2 Milliarden Menschen von weniger als 1 Dollar pro Tag; die 225 reichsten Menschen der Welt hingegen haben ungefähr so viel

Geld zur Verfügung wie die drei Milliarden ärmsten zusammen, jeder Einzelne von ihnen hat also im Durchschnitt gut 13 Millionen mal mehr Geld zur Verfügung als ein Mensch aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Soll das so bleiben? Ich kann den Reichtum der Reichen ohne Neid betrachten, aber ich sehe dort keine starken Kräfte, das Los der Armen zu verbessern. Die Reichen wollen vor allem ihren Reichtum erhalten – eine Welt, in der sie nicht bangen müssten, selbst in die Armut abzustürzen, sondern in der jeder genug hat, wäre jedoch für alle besser. 🙏

Auszug aus: „Auf der Suche nach dem Wesentlichen“, Kapitel Tanz ums Geld“ von Wolf Schneider, Krummwich bei Kiel 2003, © bei Königswinter Verlag. Mit freundlicher Genehmigung des Autors

* Verlegerin der Frauenzeitschrift „ab 40“



Wolf Schneider, Jahrgang 1952, wuchs in Süddeutschland auf und studierte in München Naturwissenschaften und Philosophie. 1968-1977 ausgedehnte Reisen in Europa und Südasien, 1976 buddhistischer Mönch in Thailand, 1977 Sannyas bei Osho in Poona. Seit 1985 Herausgeber der Zeitschrift connection. Vielseitige Tätigkeit als Autor, Redakteur, Schreibcoach und Leiter von Schreibkursen.

Kann man sein Geldvermögen retten? Analyse einiger Vorschläge zur Vermögenssicherung

„Die große Rezession von 1990“, so der Titel eines Buches von dem US-Wirtschaftswissenschaftler Ravi Batra. Aufbauend auf geschichtlichen Beispielen und Abläufen und untermauert mit aktuellen Zahlen über die Nachkriegsentwicklungen der Geldmenge, der Vermögen sowie inflationärer und deflationärer Wirkungsmechanismen, ging er von einem Szenario aus, das den Titel seines Buches zu rechtfertigen schien.



16 Helmut Creutz, Jg. 1923. Autor des Standardwerks „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, das 2001 als 5., komplett überarbeitete und erweiterte Neuausgabe im Econ-Verlag erschien.

Dass der von ihm vorausgesagte Wirtschaftszusammenbruch größeren Ausmaßes damals nicht eintraf, wissen wir inzwischen. Das Buch wäre darum einer Erwähnung kaum noch wert, wenn der Autor seinen Lesern nicht am Ende „konkrete Maßnahme zur privaten Vermögenssicherung“ vorgeschlagen hätte. So empfahl er seinen Lesern, nur ein Drittel ihres Geldvermögens auf normalen Bankkonten zu belassen, ein Drittel dagegen in ein Banksafe einzuschließen und das letzte Drittel, als jederzeit verfügbare Barreserve, zu Hause zu deponieren.

Die Situation in unseren Tagen

Auch heute nehmen die Warnungen wieder zu, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine Weise aufschaukeln, die - bedingt vor allem durch Überentwicklungen im monetären Bereich - in einer deflationären Rezession ebenso enden könnten wie in einer großen Inflation, bei der die Ersparnisse im Gleichschritt mit den Verschuldungen vernichtet würden. Sicherlich sind solche Befürchtungen nicht unbegründet. Wer die heutigen Entwicklungen auf den Finanzmärkten zur Kenntnis

ist. So betrachtet, lässt sich der heutige Globalisierungsprozess als fast zwanghaften Rettungsschritt in diesem Kettenbriefsystem deuten, der jedoch aus geografischen Gründen der letzte noch mögliche wäre. Denn durch Raketen auf Mond und Mars kann man zwar Teile der zuviel vorhandenen anlagensuchenden Geldmittel neutralisieren, aber kaum zur Lösung des eigentlichen Problems beitragen. Hierfür wären größere Vernichtungen oder - wie der österreichische Ökonom Schumpeter es bezeichnete - „schöpferische Zerstörungen“ erforderlich, möglicherweise sogar kriegerischer Art. Kein Wunder, dass angesichts dieser Entwicklungen auch heute von diversen Seiten Patentrezepte zur Absicherung gegen diese Crashgefahren angeboten werden. Ähnlich wie bereits von Ravi Batra wird auch hier häufig eine Drittelung des privaten Geldvermögens mit entsprechenden Umschichtungen vorgeschlagen, z.B. je ein Drittel in Gold, Schweizer Franken und Bargeld.

Was ist von solchen Ratschlägen zu halten?

Um diese Absicherungen beurteilen zu können, muss man sich zuerst einmal die Größe jener Geldvermögenwerte vor Augen führen, um die es dabei geht: Ende 2002 lagen die gesamten Geldvermögen in Deutschland bei 5.933 Milliarden Euro und hatten damit knapp das Dreifache der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) erreicht. Von diesen 5.933 Milliarden entfielen 3.731 auf die Privathaushalte, 1.901 auf die Unternehmen und 301 Milliarden auf den Staat. Verteilt man die 3.731 Milliarden der privaten Geldvermögen auf die 38 Millionen Haushalte, dann ergibt sich im Durchschnitt für jeden Haushalt ein Betrag von rund 98.000 Euro und für die vorgeschlagenen Drittelungen demnach rund 33.000 Euro.

Die Größe der Drittel-Beträge erscheint zwar noch recht überschaubar, aber bei allen Haushalten zusammen gefasst ergibt sich für jedes Drittel jeweils eine Summe von rund 1.250 Milliarden. Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Größenordnungen?

a) beim Gold:

Da der Goldpreis heute bei rund 10.000 Euro je Kilogramm liegt, würde die Goldhaltung im Durchschnittswert von 33.000 Euro für jeden Haushalt rund 3,3 Kilogramm erfordern. Für alle 38 Millionen Haushalte zu-



...Und sie bauen Rettungsboote.

nimmt, die Größenordnungen der wachsenden Geldvermögen, Schulden, Zinsströme und der damit verbundenen Umverteilungen von der Arbeit zum Besitz, kann die Gefährlichkeit und Explosivität dieser Entwicklungen nur bestätigen. Denn wie bei Kettenbriefen oder Pyramidenspielen ist auch unser vom Kapital dominiertes Wirtschaftssystem nur bei ständig wachsenden Mitspieler- und Umsatzzahlen funktionsfähig, was wiederum nur mit stetigem Wirtschaftswachstum halbwegs zu realisieren

Foto: visipix.com | Glogg, Peter, Switzerland



...Und sie bauen Rettungsboote

sammen aber ergäbe sich eine Goldmenge von 125.000 Tonnen. Dies entspricht dem Vierfachen der auf 30.000 Tonnen geschätzten Goldmenge, die heute von den Notenbanken in der ganzen Welt gehalten wird (in Deutschland z.B. 3.440 und den USA 8.135 Tonnen)! Das heißt, selbst wenn die Notenbanken ihr ganzes Gold veräußern würden, wäre der Bestand an Gold zur Deckung des Bedarfs der deutschen Anleger nicht ausreichend.

Zu welchen Turbulenzen und Preisauftrieben der daraus resultierende Nachfrage-Überhang auf den Goldmärkten führen würde, lässt sich kaum erahnen. Aber nicht nur der Erwerb, sondern auch die Unterbringung und Absicherung der privaten Goldschätze - sofern erwerbbar - dürfte nicht ganz problemlos sein.

b) beim Bargelddrittel:

Zu kaum geringeren Problemen als beim Gold würde auch die angeratene Bargeldhaltung von 33.000 Euro pro Haushalt führen. Zwar würden die dafür erforderlichen 66 Fünfhunderter-Noten noch in einer Brieftasche Platz finden, aber der sich daraus ergebende Gesamtbedarf an Bargeld in der Größenordnung von 1.250 Milliarden würde die vorhandene Bargeldmenge in Höhe von 112 Milliarden Euro um rund das Elfache übersteigen! Bedenkt man, welche Zeit zur Produktion der heute ausgegebenen Euro-Banknoten benötigt wurde, dann kann man sich ausmalen, wie lange es dauern würde, bis alle Haushalte ihre Bargeld-Rücklagen in Höhe von 33.000 Euro in der Hand hätten! und welche latenten Inflationsgefahren mit einer solchen Aufblähung der Geldmenge verbunden sein würden, bedarf sicher keiner weiteren Erläuterungen!

Im Zuge der erforderlichen Bargeldabhebungen käme es jedoch zu einem vielleicht noch größeren Problem. Denn wenn die Konten um 1.250 Milliarden Euro geplündert werden, dann wären die Banken gezwungen, in gleicher Höhe Kredite zurück zu rufen, womit das heutige Bankkreditvolumen, das bei rund 3.000 Milliarden Euro liegt, um mehr als ein Drittel abgebaut werden müsste! - Eine Kreditreduzierung und -rückzahlung in dieser Größenordnung aber ist selbst in besten Konjunkturphasen für eine Wirtschaft nicht verkraftbar!

c) und beim letzten Drittel Schweizer Franken.

Hier geht aus den Ratschlägen meist nicht eindeutig hervor, ob dabei an Anlagen oder ebenfalls an Bargeldhaltungen in Schweizer Franken gedacht ist. Angesichts der

Tatsache, dass der Bargeldbestand in der Schweiz, trotz relativer Höhe, nur ein Bruchteil des deutschen Bargeldbestandes ausmacht, würde eine Abhebung in bar die Schweizer Nationalbank also noch weit mehr überfordern als das bei der Bundesbank der Fall wäre! Es ist ganz sicher, dass die Schweiz schon bei einem Beginn solch massiver Hortungsnachfragen die Kassen für Ausländer dicht machen müsste! Aber auch ein Umtausch von Euro-Geldanlagen in schweizerische Frankenwerte in den angesprochenen Größenordnungen würde nicht nur die dortigen Märkte völlig auf den Kopf stellen, sondern zur Abwicklung der Geschäfte, also der Hereinnahme der Euro, die Schweizerische National-



Mit Massenarbeitslosigkeit beginnt die Wirtschaftskrise

bank zu einer Ausweitung der Zentralbank-Geldmenge zwingen, die jede Vorstellung sprengt. Zusammenfassend kann man über die Vorschläge „zur Rettung der Vermögen“ also nur den Kopf schütteln, vor allem angesichts ihrer katastrophalen Folgen! Als Geheimtipp unter der Hand weitergegeben, könnten solche Ratschläge möglicherweise für einige wenige von Vorteil sein. Öffentlich verbreitet sind sie jedoch nicht nur unrealistisch, sondern vor allem unverantwortlich. Denn schon eine Umsetzung durch fünf oder zehn Prozent der Haushalte, würde genau jenen Finanz- und Wirtschaftscrash auslösen, vor dem die Berater die Bürger warnen und angeblich sogar schützen wollen! Wirklich zu retten wären unsere Geldvermögen nur durch solche Maßnahmen, mit denen die Fehlstrukturen im monetären Bereich überwunden werden. Diese Überwindung sollte darum auch das Anliegen aller Menschen sein, die sich – wie auch diese Zeitschrift - für die Welt und ihre Zukunft mit verantwortlich fühlen. Auch auf der Titanic hätte ein Kurswechsel des Schiffes mehr Menschen gerettet als jeder Tipp an Einzelne, sich aus den Möbeln ihrer Kabine ein Floß zu bauen! 🚢

Ökonomische Alphabetisierung par excellence: Der Gießener Justus

Für Zündstoff sorgte auf dem Treffen des Regionetzwerks in Witzenhausen das Modell des Gießener Justus, das von Winrich Prenk vorgestellt wurde (www.giessener-justus.de). In seiner provokanten Art fordert dieser Regionalwährungstyp alle Anhänger des relativ auf Sicherheit bedachten Chiemgauer-Modells heraus.



Ralf Becker Dipl. Kaufmann, Mitglied der INWO D und der CGW. Er arbeitete als Referent für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ beim katholischen Hilfswerk Misereor und engagierte sich im deutschen Nachhaltigkeitsrat und der Erlassjahr-Kampagne. Derzeit ist er im Regionetzwerk aktiv.

18

Die eigenartige Geldschöpfungs-Konstruktion des Justus führte zu zahlreichen kritischen Fragen, die sich schließlich in anerkennendes Staunen wandelten. Somit kann der Justus als ideales Lehrmittel zur Bewusstwerdung des Systems unseres derzeitigen Euro-Geldes eingestuft werden.

Der gedankliche Ausgangspunkt der Gießener Initiatoren ist eindeutig unser heutiges Zinssystem, dem durch eine umlaufgesicherte Komplementärwährung entgegen gewirkt werden soll. Dabei betont der Justus von Anfang an die Abkopplung vom Euro durch einen Wechselkurs von 1 (Justus) zu 1,50 (Euro).

Frage: Wie kommen die Justus in Umlauf?

Die Händler unterschreiben eine Darlehenserkklärung von 150,- Euro und erhalten dafür 100,- Justus. Wenn ein Händler zusätzliche Justus benötigt, wird der Darlehensvertrag erhöht. D.h., der Justus wird – anders als der Chiemgauer – nicht gegen Euro in Umlauf gebracht, sondern durch eine Dezentralbank aus dem Nichts geschöpft. Mit anderen Worten: Die beteiligten Unternehmen bekommen einen zinslosen Kredit in Justus. Dies bedeutet zusätzliche Kaufkraft für die Region, die von den Unternehmen selbst in Umlauf gebracht wird.

Frage: Wie ist der Justus gedeckt?

Vom Charakter her sind die Justus von Unternehmen ausgegebene Warengutscheine. Der Justus ist eine warengedeckte Währung. Jeder Unternehmer, der Justus in Umlauf bringt, verpflichtet sich zur Annahme derselben und deckt die Währung so durch seine auf Lager gehaltenen Waren.

Wer überprüft die Warendeckung?

Die Überprüfung der Warendeckung des Justus erfolgt derzeit durch die Beobachtung seines Wechselkurses zum Euro (dem Maßstab, mit dem im Moment eventuelle Inflationsraten des Justus gemessen werden). Verschlechtert sich der Wechselkurs zum Euro, sind im Vergleich zu den angebotenen Waren zu viele Justus im Umlauf – die Dezentralbank muss Kreditverträge mit den angeschlossenen Unternehmen kündigen und zieht so umlaufende Justus wieder ein.

Welche Sicherheit haben die Verbraucher denn ohne Euro-Bindung in der Hand – z.B., wenn einige der beteiligten Händler Insolvenz anmelden?

Grundsätzlich verpflichten sich alle Händler und die Dezentralbank, Justus gegen eine 5 %ige Gebühr in Euro zurück zu tauschen. Wenn ein Händler Konkurs anmeldet, müssen die von diesem ausgegebenen Justus von den anderen beteiligten Händlern eingelöst werden. Das Risiko ist damit auf alle Unternehmen verteilt. Wie im Euro-System funktioniert die Währung also unabhängig von der Beständigkeit einzelner Unternehmen. Auch der Euro ist ja letztlich nur warengedeckt und funktioniert trotz zigtausender Unternehmenspleiten pro Jahr.

Was motiviert beteiligte Unternehmen zum Mitmachen?

Mit den Komplementärwährungen soll der Deflation entgegen gewirkt werden. Die beteiligten Unternehmen erlangen über einen zinslosen Kredit direkt zusätzliche Kaufkraft, die sie selbst in Umlauf bringen.

Durch die Umlaufsicherung und die damit erhöhte Liquidität versprechen sich alle Beteiligten darüber hinaus zusätzliche Umsätze und die Belebung der regionalen Wirtschaft. Bei einem zu erwartenden Zusammenbruch des Euro-Systems soll der Justus zudem als Rettungsboot dienen.



Gibt es ein Vereinssystem wie beim Chiemgauer?

Da von den Kaufleuten eine Privatperson nicht länger als Ausgabestelle einer Komplementärwährung akzeptiert wird, ist zur Zeit ein Verein in Gründung. Im Darlehensvertrag wird das Justus-Bündnis als Marketingagentur bezeichnet, das Gutscheine druckt und liefert.

Wie funktioniert die Umlaufsicherung?

Der Justus ist ein Ablaufgeld. Die Laufzeit von sechs Monaten ist wie auf Lebensmittelverpackungen eingekerbt. Nach dem Ablaufdatum ist eine Rücktauschgebühr von 5 % fällig. Durch die verschiedenen Ablaufdaten entsteht beim jeweiligen Geldbesitzer der Druck, diese Währung möglichst schnell wieder auszugeben.

Frage: Gibt es eine Begrenzung der Ausgabemengen?

Es gibt zu Anfang keine Begrenzung, wie viele Justus herausgegeben werden. Das Gießener Umfeld ist sehr groß, der Markt wird lange nicht mit Justus gesättigt sein. Wenn zu viele Justus im Umlauf sind, kann der zukünftige Verein als Dezentralbank auf Basis der Darlehensverträge Justus aus dem Verkehr ziehen.

Langfristige Entwicklung:

Der Initiator Winrich Prenk rechnet damit, dass langfristig die Geschäftsbanken die Regiogelder verwalten werden.

Heftiges Ringen um Umlaufsicherungsgebühren im Regionetzwerk

Auf dem Regionetzwerk-Treffen in Witzenhausen am 15.5.04 wurden bereits Qualitätsstandards für Regionalwährungen festgeschrieben:

Das Regionetzwerk bemüht sich - zum Schutz der Idee der Regionalwährung und zum Schutz von Unternehmen und Verbrauchern - um einen hohen Qualitätsstandard von Regionalwährungen. Regio-Initiativen haben schriftlich erklärt, dass sie folgende acht Qualitätsstandards einer Regionalwährung einhalten werden:

1. Ein Gewinn für die Gemeinschaft

Ziel ist eine sozial und ökologisch nachhaltige Regionalentwicklung.

2. Gemeinnützig ausgerichtet

Alle Gewinne des Rechtsträgers der Regionalwährung werden gemeinnützigen Zwecken zugeführt, ehrenamtliche Mitarbeit ist erwünscht.

3. Professionell umgesetzt

Der Regionalwährung liegt eine tragfähige Konzeption zugrunde und die notwendigen Kompetenzen sind bei den Mitarbeitenden vorhanden.

4. Transparent für die Nutzenden

Die Regionalwährung wird allgemein verständlich erklärt, die wichtigsten finanziellen Daten werden veröffentlicht, z.B. im Internet, und die Organisation ist offen für Rückkopplung und Kritik.

5. Demokratisch kontrolliert

Die grundsätzlichen Entscheidungen werden in demokratischen Verfahren beschlossen, die Regionalwährung beschränkt sich auf eine überschaubare Region, es findet eine Überprüfung durch Fachleute statt.

6. Eigenständig finanziert

Auf Dauer wird eine Selbstfinanzierung durch die Beteiligten der Regionalwährung angestrebt.

7. Umlaufgesichert

Die Regionalwährung bewirkt einen störungsfreien Geld-



Ein erklärendes Schattenspiel

fluss in der Region - dazu dient langfristig eine Umlaufsicherungsgebühr.

8. Kreisläufe bildend

Regionale Kreisläufe zur Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse sollen gefördert werden.

Die Diskussion geht weiter

Im Regionetzwerk, der Arbeitsgemeinschaft für Regionalwährungen, wird weiterhin intensiv über die Verbindlichkeit von Umlaufsicherungsgebühren für Netzwerk-Mitglieder diskutiert. Der beim Netzwerk-Treffen in Witzenhausen vorerst gefundene Kompromiss definiert Umlaufsicherungsgebühren als langfristiges Qualitätskriterium für Regionalwährungen.

Während der Diskussion und Abstimmung über gemeinsame Qualitätsstandards des Netzwerks wurde von Jonas von Poser und Dag Schulze zunächst klargestellt, dass die regionale Beschränkung allein noch keine Umlaufsicherung im engeren Sinne darstellt.

Insofern garantiert eine Regionalwährung an sich eben noch keine Belebung des Wirtschaftskreislaufs. Ca. 80-90 % der TeilnehmerInnen des Netzwerktreffens votierten daher für die Festschreibung einer (zwingenden) Umlaufsicherungsgebühr als Qualitätskriterium für Regionalwährungen des Netzwerks.

Um jedoch nicht zu dogmatisch Andersdenkende auszuschließen, einigte man sich schließlich auf folgende Kompromissformulierung: „Die Regionalwährung bewirkt einen störungsfreien Geldfluss in der Region - dazu dient langfristig eine Umlaufsicherungsgebühr“.

Seit dieser Beschlussfassung geht die Diskussion im Netzwerk munter weiter, da diese Formulierung von einigen als zu strikt empfunden wird. Man darf also gespannt sein, wie diese Diskussion im Regionetzwerk sich in den folgenden Monaten entwickelt – in jedem Fall ist das Thema Umlaufsicherungsgebühr sehr präsent in der Regiogeld-Szene.

Ralf Becker
Mail: Becker.NRW@gmx.de

„Tschüss Euro – Das Kiezgeld ist da“

... titelte das Boulevardblatt Berliner Kurier. Und weiter hieß es „beim Umweltfestival durften die Berliner schon mal üben...“. Die Premiere der Regionalwährung für die Hauptstadt „BERLINER Wertgutschein“ fand am 6. Juni auf Europas größtem Öko-Markt, dem Umweltfestival in Berlin statt. Berliner Morgenpost, Neues Deutschland und weitere Zeitungen berichteten positiv.



Alexander Woitas Diplombetriebsingenieur, geboren 1967, lebt in Berlin. Berufserfahrung als Projektmanager, INWO-Mitglied seit 1998, aktiv bei BING und dem Projekt der BERLINER Regiowährung.

Stimmt der Titel im Berliner Kurier auch nicht ganz - der BERLINER soll den Euro nicht ersetzen, sondern ergänzen - so ist mit dem Wort „üben“ ganz richtig beschrieben, wozu die eintägige Aktion beim Umweltfestival dienen sollte: es sollten erstmalig Erfahrungen im Umgang mit dem BERLINER gesammelt werden bevor es im September im Bezirk Prenzlauer Berg richtig losgeht. Auch Umweltminister Jürgen Trittin und Grünen-Politiker Christian Ströbele gehören zu denen, die den BERLINER ausprobiert haben.

Insgesamt wurden rund 700 BERLINER mit den Werten ein und fünf BERLINER an Besucher eins zu eins gegen Euro getauscht. 25 Händler akzeptierten den BERLINER als Zahlungsmittel. Am Abend wurden rund 2/3 der ausgegebenen BERLINER bei den Händlern gegen Euro zurückgetauscht. Die restlichen sind wohl als Andenken in den Taschen von Sammlern verschwunden.

Händler, Besucher und das BERLINER-Team hatten ihren Spaß. Die Resonanz war überwiegend positiv. Kritische Stimmen fragten vor allem nach dem Sinn für die Konsumenten oder bezweifelten die Wirkung der BERLINER als Unterstützung für die regionale Entwicklung. Das Modell bleibt erklärungsbedürftig, auch wenn die hohe Medienpräsenz des BERLINERS seit April diesen Jahres und die hohe Bekanntheit des Chiemgauers die Kommunikation der Idee des Regiogeldes sehr vereinfacht.

Die Initiatoren des Projekts zeigen sich überzeugt, dass der BERLINER langfristig einen positiven Beitrag zum Erhalt der Gewerbevielfalt, zur Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe, zur Unterstützung gemeinnütziger Projekte und zur Identifikation mit der Region Berlin-Brandenburg leisten wird.

Das Projekt hat bereits viele wichtige Partner in der Region gewonnen: zusätzlich zu den 25 Händlern des Umweltfestivals liegen 40 Absichtserklärungen von Gewerbetreibenden vor, die den BERLINER akzeptieren wollen. 300 interessierte Privatleute beziehen bereits den BERLINER-Newsletter. Neben der Grünen Liga, dem Zu-

sammenschluß der ökologischen Bewegungen der neuen Bundesländer, unter deren Dach der BERLINER ent-



Grünenpolitiker Christian Ströbele freut sich über seinen BERLINER

steht, sponsert die Bundesdruckerei das Projekt: die Scheine für das Umweltfestival wurden dort kostenlos gedruckt. Jüngst hat der Gesamtverband des Einzelhandels Land Berlin e.V. zugesagt, den BERLINER für die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen anzunehmen und das Projekt durch Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Durch eine Förderung der Projektagentur Zukunftsfähiges Berlin ist der Berliner zudem offiziell in den Agenda 21 Prozeß in Berlin eingebunden.

In Kürze werden weitere interessante Meldungen erwartet. Wer Interesse an dem Projekt hat, kann sich unter www.berliner-regional.de in den kostenlosen Email-Newsletter eintragen. Auf der Homepage wird zudem erklärt, wie der Berliner genau funktioniert. Dort können auch Unterstützer eine Erklärung sowie an der Teilnahme Interessierte eine Absichtserklärung herunterladen und ausgefüllt an Berliner Regional senden. ☺

Kontakt:

Alexander Woitas
Berliner Regional
c/o Grüne Liga Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
Fon 030-443391-0
Mail: woitas@berliner-regional.de



Morgens: Eine von drei BERLINER-Wechselstellen ist aufgebaut



Einer von 25 Händlern, die den BERLINER als Zahlungsmittel akzeptierten

Foto: Christiane Kobus



1 BERLINER, Edition Umweltfestival

Social Value statt Shareholder Value

ist die Devise der 1939 gegründeten Genossenschaft Schweizer Reisekasse REKA. Alleinerziehende mit Kindern und einkommensschwache Familien kommen dank dem Check-System der REKA zu vergünstigten oder sogar kostenlosen Ferien in der Schweiz.

Eine erstaunliche Komplementärwährung - weitgehend unbemerkt von der internationalen „Komplementärwährungsszene“ - ist der REKA Check. Beindruckend sind die Zahlen. Im Jahr 2003 wurden REKA-Checks im Wert von 493,1 Millionen Schweizer Franken in Umlauf gebracht. 2700 Arbeitgeber, darunter sieben der zehn größten schweizer Unternehmen, bieten die Checks ihren Arbeitnehmern als Lohnnebenleistung an. 850.000 Haushalte mit über 2 Millionen Menschen nutzen REKA Checks als Zahlungsmittel. In der Schweiz gibt es 6700 Tourismusbetriebe wie Bahnen, Hotels, Restaurants und Reisebüros, die REKA Checks akzeptieren. Selbst Benzin kann bei allen schweizer BP und AVIA Tankstellen bezahlt werden.

Aus den Überschüssen des Unternehmens fließen jährlich 15 Millionen Franken in die Ferienhilfe. Für Gratis- und Rabatterien wurden 2003 beispielsweise über 2 Millionen Franken aufgewendet. Weitere 3.0 Millionen kamen einem Fonds für Familienferien zugute, der eine familienfreundliche Preisgestaltung von Ferienwohnungen ermöglicht.

Die REKA-Genossenschaftler des als Genossenschaft organisierten Unternehmens verzichten zugunsten des guten Zwecks auf eine Verzinsung ihrer Einlage.

Aber wie funktioniert das Ganze?

Arbeitnehmer können REKA Checks als Lohnnebenleistung von ihrem Arbeitgeber erhalten. Dieser kauft zum Beispiel Checks im Wert von Fr. 1000.- bei der REKA, zahlt dafür abzüglich eines Initialrabatts von 1,5% Fr. 985.- und gibt die Checks an Stelle von Fr. 800.- dem Arbeitnehmer, zahlt also zusätzliche Fr. 185.- als Lohnnebenleistung. Der Arbeitnehmer hat dann REKA Checks im Wert von Fr. 1000.-, für die er nur Fr. 800.- aufwen-

den mußte. Bei den Akzeptanzstellen wird mit den Checks eins zu eins wie mit Franken bezahlt. Diese tauschen die eingenommenen Checks gegen eine Rücktauschgebühr von 3-4% bei der REKA gegen Franken und schließen damit den Kreislauf.

Der Vorteil für den Arbeitgeber liegt darin, dass er für die Lohnnebenleistung im Wert von Fr. 200.- nur Fr. 185.- gezahlt hat. Zudem ist diese Art der Lohnnebenleistung in der Schweiz entsprechend der Informationen der REKA von Sozialabgaben befreit. Hätte der Arbeitgeber die Lohnnebenleistung in Franken ausgezahlt wären weitere ca. 15% Sozialabgaben angefallen, was die Kosten für den Arbeitgeber im Beispielfalle auf Fr. 230.- statt Fr.

185.- erhöht hätte. Der Arbeitnehmer hat zusätzliche Kaufkraft erhalten und kann diese in einem attraktiven Netz von Akzeptanzstellen umsetzen.

Nicht zu vergessen natürlich der soziale Aspekt: Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterstützen mit den REKA Checks Ferienvergünstigungen für Alleinerziehende und finanziell schlechter gestellte.

Es wäre interessant zu prüfen, ob dieses System auch in Deutschland funktionieren könnte. Vielleicht können die neuen Regioinitiativen à la Chiemgauer sogar etwas daraus lernen...



Die REKA- Checks im Wert von 10 und 50 Schweizer Franken

21

Alexander Woitas



Ferien auf der Alm

Pressespiegel

Im fünften Programm des **WDR**-Radios war Prof. Rolf Peffekoven zu Gast. Der Finanzwissenschaftler sprach am 23.6.2004 in der Sendung Morgenecho über den Zinswahnsinn. Klaus Popp kommentiert Auszüge.

Zunächst wurde Peffekoven nach den Zinsgewinnern gefragt: „Gibt es jemanden, der davon profitiert, wenn der Staat immer mehr Kredite aufnehmen muss?“ Das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrates antwortete:

„Da gibt es natürlich Leute, die davon profitieren, denn wenn das nun auch noch verbunden ist, wie es sich andeutet, mit steigenden Zinsen, werden natürlich diejenigen zu nächst mal Gewinne machen, die dem Staat diese hohen Kreditbeträge zur Verfügung stellen, sozusagen die Gläubiger der Staatsschuld.“

Man könnte noch ergänzen, dass dies Leute sind, die es sich leisten können, langfristig relativ hohe Summen zu verleihen. Ganz im Sinne der INWO fährt er dann fort:

„Nur gesamtwirtschaftlich gibt es letzten Endes bei so hoher und andauernder Verschuldung mehr Verlierer als Gewinner. Und vor allen Dingen belasten wir mit dieser hohen Verschuldung ja zukünftige Generationen und nehmen den nächsten Jahren schon jede budgetpolitische Flexibilität, weil die Zinszahlungen ja immer stärker anwachsen.“

Herr Peffekoven, Sie haben die Gefahr erkannt! Helfen sie mit, die notwendigen Schritte zu einem dauerhaften Null-Zins-Niveau einzuleiten. Ihrem Schlusssatz ist zuzustimmen:

„Und gerade in Anbetracht der Probleme, die vor uns liegen, brauchen wir flexible Haushalte und nicht Haushalte, die mit Zinszahlungen praktisch blockiert sind und gar nicht mehr variiert werden können.“

Ich möchte sie lediglich dahingehend ergänzen, Herr Peffekoven, dass dies in gleicher

Weise auf die privaten Haushalte und auf die Wirtschaft im ganzen zutrifft. Wir brauchen eine Finanzarchitektur, die auch ohne ständig steigende Geldvermögen und Schuldenberge funktionieren kann.

Unter der Überschrift „Wie merke ich, dass der Staat pleite ist?“ bietet die **BILD**-Zeitung am 6.5.2004 überraschende Erkenntnisse: Der Staat ist bald pleite und die Zinsen sind schon jetzt der zweitgrößte Ausgabenposten.

„Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind die Staatsschulden um das 120fache gestiegen. Stand: 1350 Milliarden Euro. In diesem Jahr droht eine weitere Rekordverschuldung: 80 Milliarden bei Bund, Ländern und Gemeinden. Die Zinsen sind schon der zweithöchste Ausgabenposten.“

Einen Ausweg hat die BILD wie immer auch parat, wenn auch keinen besonders originellen: Mehr Wachstum würde helfen, meint der Autor. „Aber gerade die Staatsschulden verhindern das.“

Ursache dafür sind aber nicht die Staatsschulden. Die Schulden sind das Symptom eines fehlerhaften Geldsystems.

Die Wahl eines früheren Gewerkschaftsbosses ließ Brasilien hoffen. Luiz Inacio Lula da Silva sorgte denn auch für neue Rekordzahlen: leider nur in Sachen Arbeitslosigkeit und Zinszahlungen.

Die Sparpolitik des neuen Hoffnungsträgers führte zu einer Arbeitslosenquote von 21 Prozent. Der österreichische **STANDARD** berichtet am 27.5.2004 über die Verzweiflungstaten arbeitsloser Brasilianer und hat erstaunliche Zahlen zusammen gestellt.

„Lulas rezessive Sparpolitik machte ihn zum Lieblingskind der Wall Street. Im ersten Amtsjahr erzielte Lula - der früher oft lautstark ein Schuldenmoratorium forderte - ei-

nen Sparrekord von 66 Mrd. Real. Die Sparwut dient der Tilgung der öffentlichen Schulden. Die gezahlten Zinsen erreichten 2003 allerdings ebenfalls einen Rekord von 142 Mrd. Real (rund 42 Mrd. Euro).“

Der reale Leitzins liege derzeit bei etwa zehn Prozent. Für Kredite kassierten Banken aber bis zu 50 Prozent!

Nirgendwo auf der Welt wird derzeit deutlicher, welche Folgen ein Geldsystem hat, das durch den Zins zu einer ständigen Umverteilung von Arm zu Reich führt.

Normalerweise halten sich die Chefs der deutschen Rechnungshöfe in der Öffentlichkeit zurück. Wegen der dramatischen Schuldenlage sehen sie sich aber nun laut **SPIEGEL** online vom 7.5.2004 gezwungen, die Politik von Bund und Ländern deutlich zu kritisieren.

„Die Staatsverschuldung habe einen Stand erreicht, der Gestaltungsspielräume immer mehr einschränke. Es stünden keine Mittel mehr für zukunftsrelevante Aufgaben zur Verfügung, beklagen die Rechnungshöfe in dem Papier. Schuld sei ein unseriöser Umgang mit den öffentlichen Finanzen.“

Die Rechnungshöfe fordern mehr kaufmännische Sorgfalt und eine Verbesserung der Einnahmenseite durch eine Vereinfachung des Steuerrechts und die Bekämpfung von Steuerbetrug.

Die INWO fordert statt dessen, den Ursachen für die grundgesetzwidrige Verschuldung von Bund und Ländern auf den Grund zu gehen.

Mathias Binswanger schreibt in der größten Ostschweizer Tageszeitung **TAGBLATT** am 27.4.2004 über die neue Konsumwut. Vor allem die Jugendlichen lebten über ihre Ver-

hältnisse - in der Schweiz wie auch in Deutschland.

Der Professor für Volkswirtschaft berichtet über einen grundlegenden Wandel im Konsumverhalten vor allem junger Menschen. Die Handy-Generation kaufe lieber jetzt und zahle später. Ganz wie es die Wirtschaft immer öfter wünscht. Entscheidend sei es, den Kaufwunsch zu stärken. Eine Finanzierung lasse sich dann schon finden. Folge des Wandels: Immer mehr Menschen sind schon in jungen Jahren hoffnungslos verschuldet. Dafür brummt die Wirtschaft.

„Was es braucht, ist letztlich eine Doppelmoral, die uns einmal mehr die Amerikaner konsequent vorleben. Auf der einen Seite werden puritanische Ideale wie Sparen und Fleiss gepredigt und auf der anderen Seite wird ein grosser Teil der Bevölkerung dazu animiert, sich hemmungslos zu verschulden. Wirtschaftlich ist das allerdings sehr erfolgreich, denn die amerikanische Wirtschaft wächst mit beachtlichen Raten.“

Der Wachstumszwang der Wirtschaft geht auf einen Fehler im Geldsystem zurück. Weil die Geldvermögen immer schneller anwachsen, muss auch die Wirtschaft ständig wachsen - ganz offensichtlich mit allen verfügbaren Mitteln.

Die überregionale Tageszeitung **DIE WELT** analysiert am 23.6.2004 den Entwurf für den Bundeshaushalt 2005. Die Autorinnen verweisen dabei auf die schwerwiegende Schulden- und Zinsproblematik.

Für den Schuldendienst habe Eichel für 2005 gut 41 Mrd. Euro angesetzt. Nach dem Rentenzuschuss sei dies der zweitgrößte Einzelposten. Sollten die Zinsen auf absehbare Zeit wieder steigen, werde die Schuldenlast sogar nochmals schwerer.

Nur die Rentenkasse komme den Bundesfinanzminister noch teurer (78 Milliarden Euro) zu stehen als die Zinslast. Nur sehr

selten wird das so deutlich gesagt.

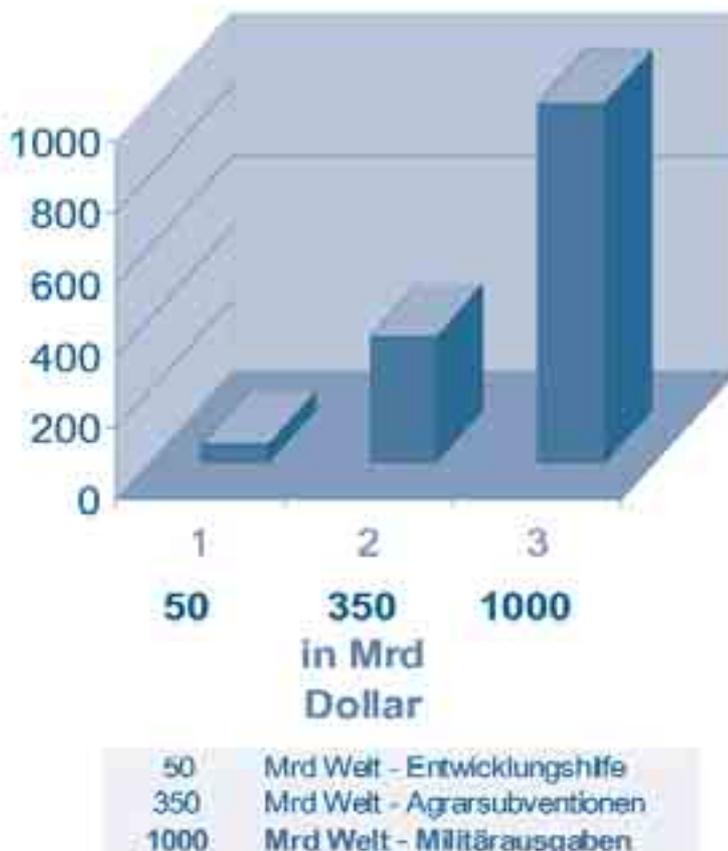
Welch dramatische Auswirkungen ein höherer Zinssatz hätte, lässt sich leicht ausrechnen. 1,325 Billionen Euro Schulden haben Bund, Länder und Kommunen laut tageschau.de zusammen. An Zinsen werden jährlich fällig...

- bei einem Schuldzinssatz von 4 %:
53.000.000.000 = 53 Milliarden
- bei einem Schuldzinssatz von 5 %:
66.250.000.000 = 66,25 Milliarden
- bei einem Schuldzinssatz von 6 %:
79.500.000.000 = 79,5 Milliarden

Die Links zu sämtlichen Artikeln und weitere aktuelle Einträge finden Sie unter www.INWO.de/Presse.

23

Das Ergebnis von menschlicher Dummheit, Arroganz und Machtmißbrauch



Quelle: Die Presse 1.6.04, Christian Ege Jorgensen

ABC der Volkswirtschaft aus freiwirtschaftlicher Sicht

von Hans-Jörg Willi



Hans-Jörg Willi, Jahrgang 1946, Sekundarlehrer sprachlich-historischer Richtung, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, wohnhaft in Arbon am thurgauischen Bodenseeufer, Ex-Präsident der evangelischen Kirchgemeinde

24

Abwertung

Aktie

Anlage

Arbeit

Aufschwung

Baisse

Bank

Bedarf

Börse

Cash

Crash

Deckung

Eigentum

Finanz

Fonds

Freiwirt

Geld

Gut

Guthaben

Hausse

Hortung

Index

Inflation

Kapital

Kaufkraft

Konkurs

Schuld

Das Wort Schuld kommt von sollen wie englisch should (= sollte) von shall (= sollen). Demnach ist die Schuld ein (Ge)sollt(es), ein zur Rückzahlung bestimmtes Guthaben und als solches eine Vorwegnahme der Zukunft: Mit einer Schuld gibt man vor, schon heute über etwas zu verfügen, was einem – vielleicht – erst später gehören wird. „Man“, das sind die Staaten wie die Privaten. Und hüben wie drüben kommt es zur Überschuldung, zur Nicht-Rückzahlbarkeit der aufgelaufenen Verpflichtungen. Dieser verhängnisvollen Entwicklung wollen die öffentlichen Hände mit Schuldenbremsen entgegenwirken. Dabei wird leicht übersehen, dass jeder Schuld ein Guthaben gegenüber steht und dass beide Seiten zum Wachsen verurteilt sind – durch die Zinseszinswirkung. Das bedeutet: Guthaben können nur entstehen, wo sich Schuldner finden lassen. So gesehen sind Schulden etwas durchaus Begrüssenswertes. Denn wo sich Schuldner ihrer Schuld entledigen, wo Häuslebauer ihre Hypothek abzahlen, da müssen Ersatzschuldner gefunden werden. Sonst schwindet die umlaufende Geldmenge, sinken die Preise und erlahmt die Wirtschaft. Schulden wären bei weitem nicht so drückend, wenn sie lediglich abgetragen, zurückbezahlt und nicht auch noch verzinst werden müssten. Weniger

die Schuldbeträge als die Schuldzinsen würgen die Geldborger. Gemäss Levitikus 25 war vor 2'500 Jahren bei den Israeliten nicht nur jede Zinsforderung verboten. Damals galt zudem jedes 50. Jahr als ein Erlassjahr. Das heisst: Schulden – und dadurch auch Guthaben – wurden jeweils nach sieben mal sieben Jahren erlassen, gestrichen, getilgt. Wohl von daher stammt der Vermerk auf jeder Dollarnote, sie sei das „gesetzliche Schuldentilgungsmittel“. Wenn von Zeit zu Zeit die G-8-Staaten dem einen oder anderen Entwicklungsland einen Schuldenerlass gewähren, so handelt es sich dabei keineswegs um eine eigentliche Tilgung, sondern bloss um eine Verlagerung. Denn dann kommen nicht die überforderten Menschen im Süden, sondern die braven Steuerzahler im Norden für die Rückzahlung auf. Die Gläubiger aber erhalten – anders als bei den alten Israeliten – so oder so ihr Darlehen zurück. Die fünfte Bitte im Herrengebet, nämlich „Vergib uns unsere Schuld(en)!“, beruht auf der levitischen Erlassforderung, auch wenn im Verlaufe der Kirchengeschichte eher sittliche Verfehlungen in diese Bitte hineingedeutet wurden. So kommt es, dass jeden Sonntag landauf und landab, wenn auch kaum bewusst, gegen die zinshafte Schuldenwirtschaft gebetet wird.

Schwund

Früher wurden gewisse Krankheiten Auszehrung und Schwindsucht genannt. Deshalb hat das Wort Schwund einen schlechten Klang – erst recht, wenn es sich um Geld handelt. Aber eigenartigerweise wird der Wertschwund beim Geld geduldet, ja geradezu gepflegt. Denn anders wäre die chronische Teuerung gar nicht erklärbar. Der Geldwertschwund, die Inflation, treibt eben das Geld aus den Kassen und von den Konten in den Umlauf, in den Konsum (Absatz) oder in die Investition (Aufbau), und zwar alles Geld, Bar- und Giralgeld. Gleichzeitig werden die Schuldner zu Lasten der Kreditgeber begünstigt: eine offensichtliche Ungerechtigkeit. Ein zweiter Nachteil der Inflation ist die Hebung des Zinsfusses um den Prozentsatz der Teuerung.

Zwar begünstigt das die Sparer gegenüber den Schuldnern. Aber die schädlichen Wirkungen von Teuerung und Hochzins heben einander keineswegs auf. Das von der Freiwirtschaft geforderte Schwundgeld hingegen hat nur den Vorteil, nicht aber den Nachteil des Schwindens. Denn es betrifft lediglich das Bar-, nicht aber das Spargeld. Und es bewirkt ein Absinken des Zinsfusses bis zu einem Schwanken um null Prozent. Das erleichtert Investitionen in Dinge, die sonst zu teuer sind, wie erneuerbare Energien, nachhaltiges Wirtschaften, Umweltschonung und Kulturpflege. Dadurch entsteht Vollbeschäftigung, aber ohne jenen „Zwang“ zur Überbeschäftigung wie in den 1960er Jahren.

Staat

Das Wort Staat kommt vom lateinischen stare für stehen. Der Staat ist also das (Fest-)stehende, Bleibende, während die Menschen kommen und gehen. Als modernen Staat versteht man eine übergeordnete Einrichtung mit gewählten Behörden für die Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung. So gesehen lassen sich die Kantone wie auch der Bund als Staaten bezeichnen.

Der Staat bildet den Rahmen, in welchem sich das menschliche Tun abspielt. Er bestimmt beispielsweise das Bodenrecht und das Geldwesen als Grundlagen aller wirtschaftlichen und kulturellen Handlungen. Boden und Geld liegen somit unseren Tätigkeiten zu Grunde. Alles Weitere baut darauf auf. Dass noch andere staatliche Festlegungen wie Masseinheiten, Verkehrsbestimmungen und vieles mehr für ein gedeihliches Zusammenleben ebenfalls unabdingbar sind, muss nicht betont werden.

Der Staat bestimmt die Länge eines Meters sehr genau, den Wert eines Frankens jedoch nicht, wenn man bedenkt, dass heute fast alles deutlich mehr kostet als früher. Für etwas, das man vor Jahrzehnten

„Fünferbollen“ oder „Zwanzigerstücklein“ nannte, zahlt man inzwischen ein Mehrfaches von fünf oder zwanzig Rappen. Und dennoch ging der Aufwand für die Lebensmittel an den gesamten Lebenskosten stetig zurück. Trotz ständiger Teuerung sind wir also reicher geworden. Das zeigt sich darin, dass das Einkommen über die Lebensmittelbeschaffung hinaus immer weiter reicht.

Diese Widersprüchlichkeiten haben ihre Ursache in der Fehlkonstruktion des Geldes, genauer: in seinem fehlenden Umlaufanreiz, also in einer Unterlassung des Staates. Staatliche Bestimmungen sind kein Naturereignis, sondern Menschenwerk und als solches korrigierbar. Der Staat verhält sich jedoch seinem Namen getreu, nämlich stabil, im Sinne von konservativ. So kommt es, dass er den Geldfehler nicht korrigiert und lieber die zinshafte Umverteilung von unten nach oben durch Unterstützung schwächerer Gesellschaftsgruppen mittels Steuergeldern auszugleichen versucht. Denn ohne eine solche Rückverteilung würde unser Staat ebenso instabil wie viele jüngere Staatswesen auf der südlichen Erdhälfte.

Teuerung

Unter Teuerung oder Preisauftrieb versteht man den Anstieg des durchschnittlichen Preisstandes, also der Preise im Allgemeinen, und zwar verglichen mit einer entsprechenden Vorperiode, wobei aber auch einzelne Güter im Preis gleich bleiben oder gar billiger werden können.

Auffallenderweise kennt die Sprache – abgesehen von Deflation als Gegenteil der Inflation – keinen direkten Gegenbegriff zu Teuerung. Denn Billigung heisst etwas ganz anderes, nämlich Genehmigung. Das Wort fehlt deshalb, weil es ein Billigerwerden der Güterpreise kaum gibt. Und das wiederum hat seinen Grund im Geldfehler, im fehlenden Weitergambereiz, in der fehlenden Umlaufsicherung. Denn wenn das Geld nicht nur einem gesetzlichen

Annahmewang, sondern auch einem eben solchen Umlaufzwang unterläge, könnten Geldmenge und Geldumlauf dem Wirtschaftsverlauf genau so angepasst werden, dass die Kaufkraft beständig bliebe und nicht dauernd eine drohende Geldwertsteigerung (= Preisstandsenkung) durch eine übermässige Geldmengenausdehnung, also mit einer chronischen Teuerung auf Sparflamme, bekämpft werden müsste.

Gewiss, die meisten Lohnempfänger erhalten von Zeit zu Zeit einen Teuerungsausgleich. Aber dieser kommt stets erst im Nachhinein. Und zudem steckt die Teuerung auch im Zinsfuss, was alle Güterpreise erhöht und dadurch die zinshafte Umverteilung vom Schuldner zum Sparer verstärkt.

Konsum

Konto

Konzern

Kurs

Land

Lohn

Markt

Nachfrage

Pacht

Plan

Politik

Preis

Produkt

Rente

Schuld

Schwund

Staat

Teuerung

Umlauf

Verband

Wachstum

Währung

Wechsel

Wirtschaft

Zins

25

Vorurteile gegen eine Zinskritik

Bei oberflächlicher Betrachtung der Forderung nach Abbau des Zinses stellt sich leicht die Assoziation „NS-Paprole Brechung der Zinsknechtschaft“ ein, die weitere Vorurteile auslöst, wie Faschismus und Rassismus oder seltsame Blüten von Küchenlogik: Kritik am Zins sei Zeichen von Antisemitismus, weil die Juden im Mittelalter als Zinsnehmer „par excellence“ gegolten hätten!



26 Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Derartige Vorurteile bestehen auch gegen Silvio Gesell (1862-1930), seine Wirtschaftstheorie und die Freiwirtschaftsbewegung. Sind sie begründet? Unbelastet durch einen Glauben an Verschwörungstheorien sah Gesell in der Hortbarkeit des Geldes, in dessen Überlegenheit gegenüber den Waren, die Ursache des Zinses und einen entscheidenden Grund dafür, daß Sachkapital- und Geldkapitalzinsen im Zuge einer Wirtschaftsblüte nicht gegen null sinken. Vielmehr häufen sich „durch das System der Zinsen die Capitalien unnatürlich soweit an, daß die Schulden, die diesen Capitalien entsprechen, trotz des besten Willens und angestrengtester Arbeit nicht mehr verzinst werden können und den Bankrott der Schuldner zur Folge haben.“¹

Mit seinem Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ (NWO)² hat der deutsch-argentinische Kaufmann eine Lehre von der Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftswesens vorgelegt, ein Gesamtkonzept, in dem er das Prinzip von Zins und Zinseszins als Hauptursache für progressive Ungleichheit der Einkommensverteilung, Ausbeutung der Arbeit und Wirtschaftskrisen aufzeigt. Seine Lösungsvorschläge sind mit den Begriffen Freiland, Freigeld, Freihandel und Festwährung umschrieben. Zum Beispiel soll mittels einer Umlaufsicherung des Geldes, durch Erhebung von Gebühren auf Liquiditätsspeicherung (Hortung) diese verhindert werden und das Zinsniveau bei stetiger Kapitalvermehrung und zunehmender Bedarfsdeckung (Sättigung) auf null sinken können, ausgenommen die Zinsbestandteile Bankgebühren und Risikoprämien. Somit würden die Arbeiter, zu denen auch der arbeitende Unternehmer zu zählen ist, den vollen Arbeitsertrag erhalten.

Auch J.M. Keynes, der in seinem Hauptwerk Gesell Anerkennung zollt, hat die Auffassung vertreten, die relative Kapitalknappheit könne allmählich überwunden werden, so daß Kapital keinen Zins mehr abwerfen würde.³ (Voraussetzung wäre heute allerdings, daß die Nachfrage nach Kapital nicht mehr laufend künstlich gesteigert würde durch wachsende Staatsverschuldung und Subventionspolitik.) Gesell strebte mit entsprechenden Rahmenbedingungen eine rein marktwirtschaftliche Lö-

sung des Zinsproblems an und keinen Dirigismus, kein willkürliches Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgehen selbst, vorbei an realen Marktverhältnissen.

Gottfried Feder, ein Vordenker der NSDAP

„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft“, so heißt es im Punkt 11 des Grundsätzlichen Programms der NSDAP vom 24.2.1920. In demselben Jahr erschien „Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ von dem NS-Vordenker Gottfried Feder (1883-1941). Diese müsse beim Leihkapital einsetzen. „Der Leihzinsgedanke ist die teuflische Erfindung des Großleihkapitals.“⁴

In seinem Buch „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ (3. Aufl. 1924) erklärt Feder: „Unter Zinsknechtschaft ist zu verstehen die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Geldmächten.“ An anderer Stelle spricht er von der „Zinsknechtschaft des jüdischen Weltwucherkapitals“.⁵

Zentraler Punkt des Federschen Lösungsvorschlags ist die „Finanzierung aller großen öffentlichen Aufgaben – Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege – unter Vermeidung des Anleiheweges durch Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine.“⁶ Zu den öffentlichen Aufgaben zählte er später auch die Rüstungsproduktion. **Feder hat jedoch keinerlei Vorschläge gemacht für zinslose Verschuldungen innerhalb des privaten Sektors, der Staatsbürger untereinander, und einen Abbau des Zinses dafür auch gar nicht gefordert.**⁷

Adolf Hitler war von Feder sogleich sehr angetan.⁸ Feder hat auf das Programm der NSDAP wesentlichen Einfluß gehabt. Er wurde für einige Jahre ihr führender Wirtschaftsexperte.

War Gottfried Feder von Gesell „beseelt“?

Carl Amery meinte, Feder sei von Gesell „beseelt“ gewesen.⁹ Einen Nachweis für diese Behauptung ist er schuldig geblieben. Derartige Annahmen werden oft nachgeplappert und um weitere angereichert, wie Faschismus und Rassismus.

Was ist dran an der Behauptung, Feder sei von Gesell „beseelt“ gewesen? Sind sich die beiden überhaupt jemals begegnet? Ja, in den Tagen, als Gesell Finanzminister in der Münchener Räterepublik war (April 1919). Am Rande einer Versammlung trafen sich im Münchner Restaurant „Ceres“ Gesell, dessen Mitarbeiter Dr. Christen und Feder in Begleitung zweier Mitstreiter. Einer von diesen, ein Freund und Mitarbeiter Hitlers, hat darüber berichtet, und zwar mit sehr abfälligen, häßlichen antisemitischen Ausfällen gegen Dr. Christen.¹⁰



Theophil Christen, schweizerischer Arzt, Anhänger und Freund Gesells

In seinem Buch „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ (3. Aufl. 1924, S. 171) schreibt Feder: „Silvio Gesell gehörte zu den höchst problematischen Existenzen, die in den schlimmsten Zeiten der Münchener Räterepublik an die Oberfläche geschwemmt worden sind.“ Er habe „mit den damaligen jüdischen Bluthunden gemeinsame Sache gemacht“. Auch hier kritisiert Feder Gesells Konzept als „Irrlehre“.

Für einen Einfluß Gesells auf Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“ und umgekehrt gibt es keinerlei Anzeichen, geschweige denn, dass Feder von Gesell „beseelt“ gewesen wäre.

Kritik seitens der Freiwirtschaftler

Vertreter der Freiwirtschaftslehre übten ihrerseits scharfe Kritik an Feders Vorstellungen und am Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten. Einige der Hauptkritikpunkte waren: Verkenning der Ursache des Zinses, das Fehlen einer Kapitaltheorie, einseitige, negative Bewertung des Leihkapitals, diesbezüglich personenbezogenes Feindbild (Juden!), Verstaatlichung des Kredits, der Börsen und Banken, Außerachtlassung des Währungsproblems.

So kam zum Beispiel Dr. B. Uhlemayr 1923 in einem längeren Beitrag zu dem Schluß: „Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten ist dilettantenhaft und deshalb gefährlich. Vom Standpunkt der freiwirtschaftlichen Erkenntnis aus muß es auf das schärfste bekämpft werden. Ein Pakt mit dem Nationalsozialismus ist für uns unmöglich...“¹¹ In demselben Jahr bezeichnete der Freiwirtschaftler Otto Maaß Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“ sogar nur als eine „leere Redenart“.¹² Ein solches Urteil, das den Bemühungen Feders vielleicht nicht ganz gerecht wird, regt dazu an, zeitlich einen Bogen zu schlagen zu der Feststellung Erich Fromms Anfang der vierziger Jahre, Hitler habe sein Versprechen, die Zinsknechtschaft zu brechen, nie eingelöst.¹³

Zehn Jahre früher hatte schon der Kommunist Ernst Niekisch den Hitlerschen „Sozialismus“ als „ein Taschenspielerkunststück der kapitalistischen Ordnung“ bezeichnet. Hitler habe den Unterschied zwischen raffendem und schaffendem Kapital gemacht, „wobei es am Ende keinen reichen Mann mehr gab, dem es verwehrt worden wäre, sich dem schaffenden Kapital zuzurechnen.“¹⁴

Auch Karl Walker, ein führender Wirtschaftstheoretiker der Freiwirtschaftsbewegung, hat noch kurz vor der Machtergreifung den Nazis, speziell auch Feder, gravierende geldtheoretische Defizite und Ratlosigkeit in der Währungsfrage vorgehalten.¹⁵

In Gesells Veröffentlichungen sind Feder und die NSDAP kein Thema.

Gesellianer einflußlos und Feder kaltgestellt

Feder erhielt nach der Machtergreifung Hitlers keine wirklichen Machtbefugnisse.

Er wurde auf den relativ unbedeutenden Posten eines Staatssekretärs für die Wirtschaft abgeschoben. „Die Steuern und der Zinsfuß waren genauso drückend wie früher, von der 'Brechung der Zinsknechtschaft', die Feder – jetzt Staatssekretär – seinerzeit versprochen hatte, konnte keine Rede sein.“¹⁶ Hjalmar Schacht setzte als Wirtschaftsminister im Jahre 1934 Feders Entlassung durch.

Gesell aber und die Freiwirtschaftstheorie waren nicht nur bei Feder auf Ablehnung gestoßen. Gesell war für Hitler ein „rotes Tuch“, wie SA-Stabschef Röhm bemerkt hat.¹⁷ Der Freiwirtschaftsbund wurde bald nach Hitlers Machtergreifung verboten.¹⁸ Einige Vertreter freiwirtschaftlicher Reformvorschläge haben trotzdem versucht, Einfluß auf das Wirtschaftsprogramm der NSDAP zu nehmen, allerdings ohne Erfolg.¹⁹ Ein derartiges Fehlverhalten einzelner kann aber selbstverständlich nicht der Freiwirtschaftsbewegung insgesamt angelastet werden.

NWO und NS-Ideologie unvereinbar

Gesells Geisteshaltung und sein Gesamtkonzept waren a priori unvereinbar mit der Nazi-Ideologie. Er war Kosmopolit, dachte weder nationalistisch noch autoritär. (Gesell hat auch eine internationale Währungseinheit vorgeschlagen.) Die Gleichberechtigung aller Menschen war für ihn selbstverständlich, und er hatte keine Rassenurteile. Von seiner Wirtschaftsordnung erhoffte er sich eine Höherentwicklung der Menschen. Ein Gesellschaftlicher Sozialdarwinismus – auch ein immer wieder erhobener Vorwurf – kann davon aber nicht abgeleitet werden, da sein Gesamtkonzept den Vorstellungen des Sozialdarwinismus nicht entspricht.²⁰

Und statt antisemitischer findet man bei Gesell eher prosemiteische Äußerungen. Zum Beispiel schreibt er 1891: „Die Judenhetzerei ist eine colossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens.“ ... „Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung jüdischen Scharfsinnes.“²¹ Der Begriff Münze meint hier selbstver-



Georg Blumenthal, Anhänger und Freund Gesells, kam aus der Arbeiterbewegung



s. Anmerkung 14

ständig auch das Papiergeld. (Der Verf.)

Und in einem Zeitschriftenartikel Gesells aus dem Jahre 1924 ist zu lesen: „Jeder Herabwürdigung anderer Rassen ist mit Kraft entgegenzutreten.“²²

Seine Kritik an der traditionellen Geldordnung und an den negativen Auswirkungen von Zins und Zinseszins ist also keinesfalls ein Zeichen antisemitischer Gesinnung. Auch der bisweilen zu hörende Faschismusvorwurf trifft völlig daneben. Zahlreiche Mitbürger verschließen weiter vor der Zinsfrage die Augen, weil sie meinen, sie würden andernfalls der NS-Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ folgen. Sie fallen heute noch auf jenen Punkt der NS-Lügenpropaganda herein und haben insofern die Vergangenheit noch nicht bewältigt. ☹

Interesse an einem INWO-Workshop zu diesem Thema? Email senden an: Jens.Hakenes@INWO.de

Anmerkungen:

¹ Silvio Gesell: Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat. 1891. In: Gesell/Gesammelte Werke Bd. 1, 1988, S. 41.

² Erste Auflage unter dem Titel: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. 1916.

³ J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 1936, S. 317.

⁴ Gottfried Feder: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. 1920, S. 5.

⁵ Gottfried Feder: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. 1935, S. 37.

⁶ Vgl. Anm. 5, S. 43.

⁷ So auch Feders Biograph Arthur Herrmann in seinem Buch: Gottfried Feder. Der Mann und sein Werk. 1933, S. 36.

⁸ Adolf Hitler: Mein Kampf. 1939, S. 229.

⁹ Carl Amery: Die philosophischen Grundlagen und Konvergenzen der Alternativbewegung. In: Lüdtke/Dinné (Hg.): Die Grünen – Personen, Projekte, Programme. Stuttgart 1980, S. 13.

¹⁰ Dietrich Eckart in „Auf gutdeutsch“. Wochenschrift für Ordnung und Recht. 1. Jg. 1919, Nr. 19/20, S. 300-302. Eckart war Chefredakteur des Völkischen Beobachters.

¹¹ Dr. B. Uhlemayr: Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP. In: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld. Hefte Juni und Juli 1923. Sonderdruck S. 2f.

¹² Otto Maaß: Die Brechung der Zinsknechtschaft durch G. Feder. In: Wie Anm. 10, S. 13.

¹³ Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. 1941. 2. Aufl. 1983, S. 191.

¹⁴ Ernst Niekisch: Hitler – ein deutsches Verhängnis. 1932, S. 17 u. 25.

¹⁵ Karl Walker: Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung. 3. Aufl. 1932.

¹⁶ Charles Bloch: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. 1970, S. 51 u. 90.

¹⁷ Will Noebe: Geheime Mächte. 1965, S. 102.

¹⁸ Hans-Joachim Werner: Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung. 1990(1989) S. 90/91.

¹⁹ Günter Bartsch: Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. 1994. - Günter Bartsch und Werner Onken: Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand. 1996.

²⁰ Josef Hüwe: Entspricht das Konzept der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ Silvio Gesells den Vorstellungen von Sozialdarwinisten? In: DER DRITTE WEG, 9/1994.

²¹ Silvio Gesell: Nervus rerum – Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen. 1891. In: Gesell/Gesammelte Werke Bd. 1, 1988, S. 140/141.

²² Gesell/Gesammelte Werke Bd. 15, S.109.

Tschernobyl – eine Tragödie nimmt ihren Lauf

Der Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 wird als die „grösste technologische Katastrophe in der Menschheitsgeschichte“ angesehen. Die Nachricht über das Unglück ging wie eine Schockwelle rund um die Welt und 18 Jahre danach werden die Auswirkungen immer sichtbarer. Von Hansjürg Weder, Alt-Nationalrat und Guy Morin, PSR/IPNW, Greenpeace

Millionen von Menschen sind von den Folgen der Katastrophe betroffen. Hunderttausende werden nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren, und riesige Gebiete in Weissrussland, der Ukraine und der russischen Föderation sind noch immer für landwirtschaftliche Nutzung ungeeignet. Die radioaktive Wolke ist auf „leisen Sohlen“ dahergekommen. Man riecht sie nicht, man sieht sie nicht und hört sie nicht. Sie ist einfach da. Allein in Weissrussland geht man von bis zu 10'000 zusätzlichen Schilddrüsenkrebskrankungen aus. Dies ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs.

Radioaktives Leichentuch

Vor 14 Jahren als wir Tschernobyl besuchten, hörten wir eine Frau, die sagte: „Bei uns ist es so schön. Die Landschaft, unser Garten, unser Haus, unser Dorf. Aber über allem liegt jetzt dieses radioaktive Leichentuch. Tschernobyl hat ihr und allen Kindern die Zukunft gestohlen.“ Der Dieb ist nicht zu halten

Nur „Tschernobylstress“

Die Atomwirtschaft, die uns noch immer solche Werke als sicher verkauft, lehnt heute noch den kausalen Zusammenhang zwischen den Krebserkrankungen und dem Reaktorunglück ab, und verweigert jegliche wissenschaftliche Untersuchung. Alle Krankheiten werden dem sogenannten „Tschernobylstress“ (psychologisch bedingte Angst vor radioaktiver Verseuchung) zugeordnet. Wenn wir die Vergangenheit nicht kennen, werden wir die Gegenwart nicht verstehen und für die Zukunft nicht die richtigen Entscheidungen treffen können. Dieser Grundsatz gilt insbesondere für die gesundheitlichen Folgen nach dem Tschernobyl-Unfall.

Was geht eigentlich in Fessenheim?

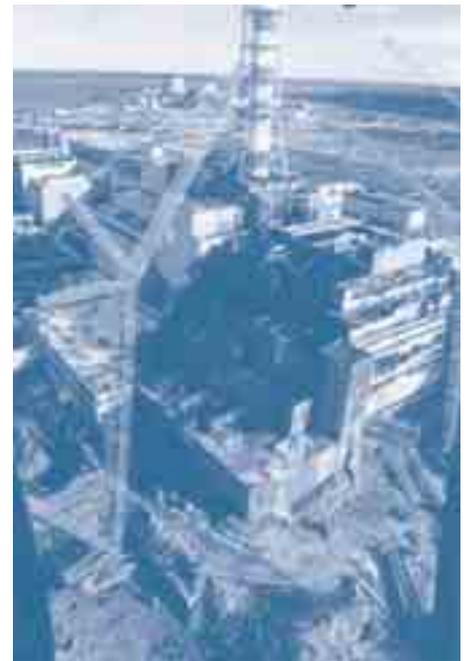
In regelmässigen Abständen kommt es im ältesten Atomkraftwerk von Frankreich, 40 km. unterhalb Basel, zu Störfällen. Im Belüftungssystem des zweiten Reaktors wurde kürzlich ein Fehler festgestellt, nachdem bereits im Januar dieses Jahres ein grober Defekt bekannt wurde. Es sei in keinem Fall zu Verstrahlungen gekommen, sagten die Verantwortlichen. Dieser Satz folgt jeder Havarie auf dem Fuss, so sicher wie das „Amen“ in der Kirche. Doch stimmen tut er nicht, denn in diesem Fall wurden 14 Mitarbeiter verstrahlt!

Überleben – eine Frage der Windrichtung

Unser Leben ist heute eine Frage der Windrichtung. Wenn in Fessenheim morgen ein GAU (grösstmöglicher Unfall) passiert, wird bei Westwind Freiburg und Basel betroffen. Windet es hingegen von Osten, so werden Colmar und Strassburg erheblich gefährdet sein. Es wäre höchste Zeit, dass die politisch Verantwortlichen in Frankreich, Deutschland und der Schweiz diese Atomreaktoren schliessen. Das Überleben für uns und nächste Generationen darf nicht eine Frage der Windrichtung sein.

Gefährliche Titanic-Mentalität

Wie knapp Amerika im Jahr 1979 in Harrisburg einer Grosskatastrophe vorbeigekommen ist, illustrierte seinerzeit der Leiter des Atomkraftwerkes Harrisburg. Es waren bereits ein Viertel der Brennelemente geschmolzen. Um den enormen Druck im Reaktor zu senken, wurden radioaktive Gase „kontrolliert“ freigesetzt. Verseuchtes Wasser war ohnehin bereits ausgetreten. „Wir dachten eine Kernschmelze sei gar nicht möglich, das kann gar nicht passieren, die Kernkraftwerke sind viel zu gut konstruiert“, sagte der Erwähnte. Von der Titanic sagte man auch, das Schiff sei unsinkbar. Trotzdem ging es unter und mit ihr viele Menschen.



Das AKW Tschernobyl nach dem Gau

Alle Atomanlagen schliessen

Aufgrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und ihrer unüberschaubaren Konsequenzen fordern wir, dass alle Kernanlagen – seien sie ziviler oder militärischer Art – geschlossen werden. Gleichzeitig verurteilen wir die Haltung der internationalen Atomenergiebehörde, die aufgrund wirtschaftlicher Interessen ihre Unterstützung der Kernenergie aufrecht hält. Sie tritt mit einer verwerflichen Arroganz die Grundrechte der betroffenen Bevölkerung mit Füßen, in dem sie klare Zusammenhänge zwischen schweren gesundheitlichen Schäden und der Atomkatastrophe von Tschernobyl verleugnet. ☹



„Erklärung zu Handen der Vollversammlung der sozialen Bewegungen am 21. September 2003“

Mit viel Engagement haben die sozialen Bewegungen der Schweiz eine Erklärung verfasst, intern verteilt und zur Stellungnahme aufgerufen. Leider wurden diese Gedanken nie zusammengetragen und publiziert. Wir holen dies exklusiv für Sie knapp 1 Jahr nach dem ersten Treffen und 10 Monate vor dem zweiten nach! Dabei handelt es sich um einen Entwurf mit Korrekturen/der INWO (kursiv gedruckt). Die Ergänzungen in Klammern sind weniger wichtig.

Präambel:

Wir wollen für ALLE Menschen ein gerechtes, würdiges Leben – umgeben von gesunder Natur.

Folgende Gedanken helfen, dieses Ziel zu erreichen:

- **Ökonomisch begründeten Wachstums-ZWANG (Wachstum, das nicht auf natürlichen Bedürfnissen basiert) lehnen wir ab, weil dies zu immer mehr Gewalt führen muss.**
- **Solange die Lebensgrundlagen (die Natur) aus sogenannten ökonomischen Gründen weiter ausgebeutet werden (müssen), lehnen wir EXTREMEN Reichtum einzelner ab.**
- **Solange Menschen ausgebeutet, verhungert, verdurstet, vergiftet usw. werden (EXTREME Armut) lehnen wir EXTREMEN Reichtum einzelner ab.**
- **Einkommen ohne Arbeit (Gandhi: Die 7 sozialen Sünden) lehnen wir ausser für Bedürftige (Benachteiligte, RentnerInnen, Behinderte, Kranke etc.) ab.**

Präambel von Alec Gagneux, die auch von der INWO unterstützt wird!

Einleitung

In der Schweiz, wie in anderen Ländern, spitzt sich zur Zeit die Situation immer mehr zu, anstatt dass Lösungen für die vorhandenen Probleme gesucht werden: prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse nehmen zu, obwohl es «theoretisch» nicht an der Fähigkeit mangelt, den zur Befriedigung der Bevölkerung erforderlichen Reichtum zu schaffen. Die bereits heute minimalen sozialen Errungenschaften werden in Frage gestellt; durch die Erwerbslosigkeit wird der Lohndruck noch mehr erhöht, die Armut nimmt zu; das Phänomen der «working poor», von dem man annahm, es würde zurückgehen, nimmt ein bedrohliches

Ausmass an; die Erde ist in Gefahr; in 250 Jahren Kapitalismus ist es gelungen, die unerschöpflichen Quellen zu erschöpfen: es fehlt an Trinkwasser, das zunehmend den Reichen vorbehalten ist, die Luft ist extrem verschmutzt, die Meere kollabieren, die natürlichen Energiequellen sind geplündert.

Die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Plünderung (von) *der* so genannten «Entwicklungsländer» durch die transnationalen Gesellschaften gehören nur (einem Gesetz) *dem Gesetz des Kapitalismus*. (erfordern eine schärfere Politik) *Das Kapital bedient sich dabei immer stärker der offiziellen Politik; der Prozess wird* begleitet von immer repressiveren Gesetzen und Kriegen.

(Jede) *Alle gegen diese Prozesse sich richtenden Bewegungen* such(t)en in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich nach Lösungen, handel(t)n und bestimm(t)en ihre Strategie. Die Bewegungen sind ein Beweis dafür, dass wir nicht nur passiv erdulden, sondern dass es möglich ist, anders zu handeln. Dank diesen Bewegungen und ihrer weltweiten Zusammenarbeit wird eine andere Welt, *die dringend notwendig ist*, nicht nur möglich, sondern Wirklichkeit werden.

Im Folgenden stellen wir die zentralen Punkte unserer Kritik dar:

Bruch des Gesellschaftsvertrags durch die Herrschenden

Die Rentensysteme, die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung werden als zu teuer bezeichnet. Würden diese Versicherungen vollständig individualisiert und zu reinen Waren, käme dies einem Entzug sozialer Rechte gleich, die von der ArbeiterInnenbewegung im 20. Jahrhundert schrittweise errungen wurden. *Die Kluft und die Spannungen zwischen Armut und*

Reichtum werden (auch dadurch) immer schneller immer grösser.

Die bereits erfolgten Privatisierungen, die laut WTO

auf den öffentlichen Dienst ausgeweitet werden müssen, bedeuten objektiv betrachtet, dass kollektive Güter Privaten angeboten werden, nur um dem Kapital einträgliche Absatzmärkte anzubieten. Mit ihnen kommt ein Prozess *sich ständig beschleunigend(t)* er Kapitalakkumula-

Zweites Schweizerisches Sozialforum 3.-5. Juni 2005

tion nach dem Zweiten Weltkrieg zu (m Abschluss) *einem neuen Höhepunkt. Die Kapitalbesitzer werden sich aber nur dort und nur so engagieren, dass ihnen höhere Profite sicher sind, als bei den Kapitalanlagen der Banken.* Wesentliche öffentliche Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Stromerzeugung und -verteilung, Wasserversorgung, öffentliche Raumplanung) würden von Kapitalgruppen unter Beschlag genommen, denen es *nur um ihren Profit geht. (Die Versorgungsinteressen der Bevölkerung werden dabei missachtet, wie die Praxis bereits zeigt.)*

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit als politische Waffe

Die Plünderung der Ressourcen und die Ausbeutung der Arbeit sowie Kriege verhindern nicht nur die Entwicklung, sondern verursachen immer mehr Elend. Die Erwerbslosigkeit in den Ländern der Dritten Welt (und in Osteuropa) hat Ausmaße erreicht, die jede Hoffnung *für die Betroffenen* auf ein annehmbares Leben schwinden lässt *und Kriminalität und Terrorismus fördert.*

Jeder Anflug von Auflehnung der Bevölkerung gegen diese verzweifelte soziale Lage wird schon im Keim zu ersticken versucht. Die elementarsten Rechte werden mit Füßen getreten. Kritische Stimmen, Menschen, die sich für BürgerInnenrechte einsetzen, werden verfolgt und zur Flucht gezwungen.

Unter diesen Umständen haben viele keine andere Perspektive als auszuwandern, koste es, was es wolle.

Im «Aufnahmeland» werden die Rechte der ImmigrantInnen eingeschränkt und damit ihre Integration massiv erschwert.

Durch ihre Ausgrenzung und die Einschränkung ihrer politischen und sozialen Rechte können die ImmigrantInnen nach Belieben ausgebeutet werden.

Wie alle anderen Marginalisierten bieten sich auch die ImmigrantInnen bestens als Sündenböcke an. Durch populistische Propaganda werden sie leicht für die Übel dieser Gesellschaft verantwortlich gemacht.

Frauen als Hauptleidtragende, Frauen im Kampf gegen die patriarchale Gesellschaft

Trotz der schönen Worte und gesetzlichen Massnahmen werden die Frauen in der Schweiz im Jahr 2003 in der Lohnarbeit diskriminiert und tragen die Hauptlast der Hausarbeit und der Familienpflichten. Die Pläne zur Veränderung der Sozialversicherungen (AHV und 2. Säule) zielen nicht auf eine Verbesserung der prekären Bedingungen von Frauen. Sie werden vielmehr Opfer von Frauenhandel (als neue Form von Sklaverei und Prostitution) und Gewalttaten bis hin zu Mord.

Wir unterstützen den Kampf der Frauen für gleiche

Rechte, gegen Armut und gegen Gewalt. Wir lehnen sexistische Diskriminierung und Frauenunterdrückung, die im patriarchalen System die Regel sind, ab, weil wir eine Welt ohne Unterdrückung und Diskriminierung wollen.

Globale imperialistische Herrschaft

Die amerikanische Militärmacht ist in der Geschichte einzigartig. Sie wird eingesetzt, um (jede) neue soziale Erfahrungen *zu verbinden und* (oder jedes Land, das sich nicht ihrem Diktat unterwirft) *Länder, die eigene Wege der Gesellschaftsgestaltung geben wollen, in deren Entwicklung zu behindern und wenn es notwendig erscheint zu zerschlagen* im Keim zu ersticken.

(nicht JEDE und JEDES schreiben, das klingt zu radikal, dadurch unglaubwürdig) Und selbst in Ländern, die sich unterwerfen, zögern die Vereinigten Staaten nicht, Krieg zu führen, wenn das in ihrem Interesse ist.

Die Vereinigten Staaten *versuchen mit allen Mitteln* (garantieren) Rahmenbedingungen *zu garantieren*, die den (Stärkeren) *finanzstarken Kräften* erlauben, sich durchzusetzen. Sie halten an einem globalen Rahmen fest, in dem alles zur Ware gemacht werden soll, damit sich keine einzige menschliche Tätigkeit den Gesetzen des Profits entzieht, und verteidigen ihre nationalen Interessen, indem sie ihnen gefällige Regeln durchsetzen.

Die Vereinigten Staaten haben «konsensuell» funktionierende internationale Institutionen wie die UNO oder die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verdrängt und sind in den Institutionen dominierend, die Grundlagen für die Handelsbeziehungen festlegen, wie die WTO und der IWF.



Systematischer Einsatz von Kriegen

Krieg, bewaffnete Konflikte und die Gewalt generell werden verharmlost. Das militärische Kräfteverhältnis und Gewaltverhältnisse haben Vorrang vor Verständigungsversuchen. Der Irak-Krieg wurde unabhängig vom Ergebnis der Diskussionen in der UNO beschlossen. In Palästina werden die UNO-Resolutionen nicht angewandt. Palästinenserpräsident Arafat erhält öffentliche Morddrohungen von israelischen Politikern.

Der Irak-Krieg wurde geführt, um die Kontrolle über die Erdölversorgung zu erlangen und diese Erdölgesellschaften aus den Vereinigten Staaten und «befreundeter Ländern» anzubieten und die Vorherrschaft des Dollar auf den Erdölmärkten zu sichern.

Während bewaffneten Konflikten sind Frauen spezifi-

schen Angriffen ausgesetzt. Sie erleben wie die gesamte Zivilgesellschaft die Tragödie des Krieges: die Angst, den Verlust von Angehörigen und ihrem Hab und Gut, den Hunger, das Exil. Zudem werden Frauen und Mädchen entführt, vergewaltigt, ermordet und zu Kriegsbeute. Über die Angriffe auf die Frauen versuchen die kämpfenden Parteien, die Gesellschaftsstruktur des feindlichen Lagers zu zerstören.

Der Krieg ist auch ein Mittel der Bereicherung. Der Waf-fenhandel blüht weltweit, selbst in den ärmsten Ländern der Erde. Dieser Handel blüht auch in der Schweiz.

Soziale Verhältnisse und eine Produktionsweise, die in den ökologischen Selbstmord führen

Die kapitalistische Produktion versucht, möglichst billig zu produzieren. Alles, was zu günstigen Preisen beiträgt, ist daher gut: die Arbeitskraft wird zu gering bezahlt, die Umweltschutzmassnahmen werden ignoriert, die Abfallaufbereitung oder Abgase werden gelehnet. Konferenzen, die sich mit diesen Problemen befassen, werden systematisch sabotiert, wobei die USA eine führende Rolle spielen.

In der aktuellen Konkurrenzsituation müssen Waren billig sein, um verkauft zu werden. Jegliche Massnahme, die ihren *Produktions*-Preis in die Höhe treibt, ist auszuschliessen. Die grundlegendsten ökologischen Vorkehrungen werden da(mit)rum systematisch umgangen.

Monokulturen, intensive Zucht-tierhaltung, der Einsatz von Schadstoffen sind die Regel. Die umweltgerechte biologische Landwirtschaft wird an den Rand gedrängt. Durch die regionale Spezialisierung der Produktion aufgrund der Suche nach optimaler Rentabilität vervielfältigen sich die Transportwege auf absurde, gefährliche und äusserst umweltbelastende Weise.

Die Warengesellschaft regt zum Konsum um des Konsums willen an. Da nur der materiellen Produktion die Eigenschaft zugeschrieben wird, Mehrwert zu schaffen, wird ihr systematisch auf Kosten von Bildung, Kultur, Gesundheit, die als keine Kostenfaktoren angesehen werden, Vorrang eingeräumt. Durch die Werbung wird dieser zerstörerische Konsum gefördert.

Gleichzeitig fehlt es Milliarden Männern und Frauen weltweit am Wesentlichsten, sie verhungern oder erfrieren, sind ohne Unterkunft und völlig mittellos.

Die Schweiz: weder unschuldig noch sozial neutral

Der diskrete Charme der internationalen Finanz:

Die Schweiz ist ein kleines Land, das in der interna-tionalen

Finanz eine grosse Rolle spielt. Ihr Bankgeheimnis zieht Kapital an und ist für die Geldwäscher und Steuerhinterzieher ein wahrer Segen. Die Schweizer Banken knüpfen ihre Netze in der ganzen Welt und beteiligen sich voll und ganz am Wettlauf um Profite.

Multis mit starkem Interesse an der neoliberalen Globalisierung:

Die Schweizer Multis sind alles andere als (Engel) *vor-bildlich*. Pharma-, Lebensmittel- und Industriekonzerne beteiligen sich (fröhlich) *mit aller Härte* an der Aufteilung des globalen Kuchens. Sie profitieren weitgehend von der globalisierten Dimension, um mit billigen Arbeitskräften aus Drittweltländern zu produzieren und zu überbewerteten Preisen der industrialisierten Länder zu verkaufen.

Selektive Neutralität:

Der Schweiz liegt sehr an ihrer Neutralität ...??, um global die imperiale (amerikanische) Politik *der Superreichen und Multis* zu unterstützen. Die Banken und die schweizerische Regierung (standen vorbehaltlos hinter dem Apartheidregime) *stehen Apartheitsregimen und Diktaturen zu unkritisch gegenüber*.

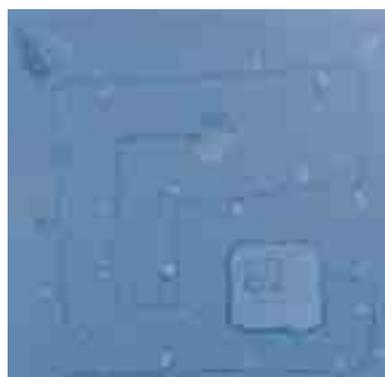
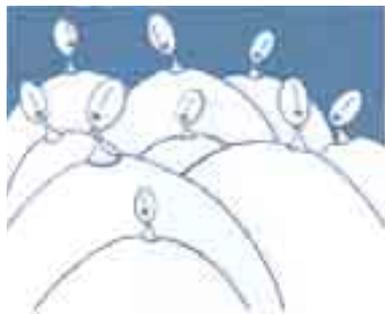
Das wollen wir erreichen:

Ein offenes Netzwerk aufbauen

Wir, die sozialen Bewegungen, setzen uns dafür ein: unsere Tätigkeit auszuweiten ausgehend von unseren jeweiligen Besonderheiten und Tätigkeitsbereichen, die Gesellschaft von morgen zu entwerfen, die Mittel zu bestimmen, um zu dieser Gesellschaft zu gelangen. (*Nicht wieder der alte Klassenkampf! Für das kämpfen, was unmittelbar erreicht werden kann. Idee:.)* Uns einsetzen und gegenseitig unterstützen um kleine Schritte, die unmittelbar erreichbar sind, auch zu realisieren. Wir rufen die sozialen Bewegungen, die in ähnlichen Bereichen aktiv sind, auf, zusammenzuarbeiten und unter Achtung der Meinungsvielfalt unsere Synergien zu nutzen. Die Sozialforen sind Instrumente, um diesen Prozess sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu fördern.

Die sozialen Bewegungen werden *aufgebaut* in der Konfrontation mit dem Neoliberalismus und *gegen den* Ausverkauf der Gesellschaft, im Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und patriarchale Herrschaft, in der sich Männer und Frauen ungeachtet ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Vorlieben, ihrer geographischen und sozialen Herkunft, Kultur, Religion und Denkweisen ausdrücken können (, *aufgebaut*).

Eine andere Welt ist möglich *und notwendig* (*diese Ergänzung, weil das Wort MÖGLICH nur auf eine von verschiedenen Möglichkeiten binweist - dies besonders in französischer Übersetzung. Wir steuern aber nicht eine diverser Möglichkeiten an, sondern haben NOTWENDIGE Veränderungen - im wahrsten Sinne des Wortes - als Ziel*), ja, aber welche und wie? Dieser Frage müssen (*und wollen*) sich die sozialen Bewegungen dieses Landes zuwenden, und aus diesem Grund müssen (*und wollen*) wir uns auf regionaler, europäischer und weltweiter Ebene weiter vernetzen.



Die beiden Logos „figures“ des Schweizer Sozialforums

Auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft

Das Problem: Seit mindestens 12 Jahren (Rio Konferenz von 1992) wird sehr viel über Nachhaltigkeit geschrieben und geredet. Verändert hat sich aber sehr wenig, denn die Marktgesetze behindern das Handeln. Die Preise sprechen nicht die Wahrheit, weil sie die sozialen und ökologischen Kosten ignorieren. Der neoliberale Kapitalismus beutet Menschen und Natur aus. Von Pierre Fornallaz.

Eine zukunftsfähige Wirtschaft kostet betriebswirtschaftlich mehr. Die Preise für Produkte und Dienstleistungen erhöhen sich um die internalisierten sozialen und ökologischen Kosten. Sie sprechen wieder die Wahrheit. Volkswirtschaftlich ändert sich aber nichts, denn diese Kosten - ob internalisiert oder nicht - müssen von der Allgemeinheit ohnehin bezahlt werden.

Was wird heute getan?

Die weltweiten sozialen und ökologischen Probleme können nicht länger verdrängt werden. Es wird deshalb schon heute an der Schaffung einer zukunftsfähigen Wirtschaft gearbeitet. Grüne und ethische Geldanlagen versprechen noch höhere Geldgewinne, ISO-Normen 9001 und 14001 sind geschaffen worden, zu Themen wie Spirit in Business und Triple Bottom Line werden ganze Kongresse veranstaltet. Es wird in der heutigen Wirtschaft alles getan, was sich kurzfristig zahlt. Dabei werden tatsächlich teilweise auch ökologische und soziale Mängel korrigiert, aber die Denkweise bleibt die Gleiche. Notwendige Massnahmen, die zu einer unvermeidlichen Verteuerung der Produktion führen, werden ausgeschlossen. Das genügt aber nicht! „Probleme können nicht mit der Denkweise, die sie verursacht haben, gelöst werden“, stellte vor über 70 Jahren schon Albert Einstein fest.

Wer soll die Mehrkosten bezahlen ?

Der Gedanke drängt sich auf, sich dorthin zu wenden, wo letztlich die Gewinne verblieben sind: bei den privaten und institutionellen Kapitalgebern. Dass diese Gewinne bisher ausschliesslich hierher geleitet werden, ist strukturell bedingt und gesetzlich, damit auch gesellschaftlich, legitimiert. Verantwortlich für den Ausschluss der übrigen Anspruchsgruppen (Belegschaft, Lieferanten, Kunden, Gesellschaft, Natur und unsere zukünftigen Generationen) von der Teilhabe am wirtschaftlichen Nutzen sind also wir selber. Jeder und jede von uns als Individuum und natürlich gemeinsam als Kollektiv.

Durch Einsicht in diese Zusammenhänge und basierend auf der Erkenntnis, dass gemeinsam erwirtschafteter Nutzen auch einer gemeinsamen Verwendung zugeführt werden sollte, kann gehandelt werden. Die Förderung dieses Handelns ist die Aufgabe, die sich die „fairplay-Stiftung für eine zukunftsfähige Wirtschaft“ gestellt hat.

Ein Lösungsvorschlag: Die fairplay-Stiftung

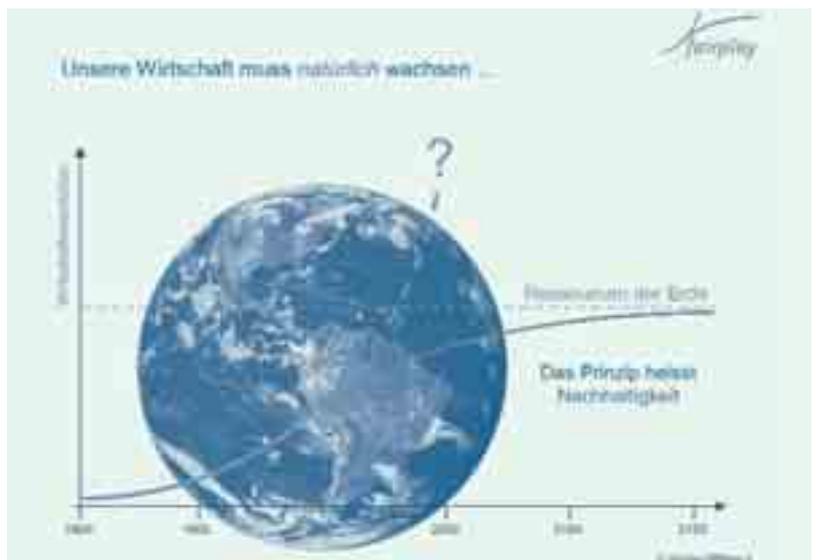
Im Jahre 2003 wurde die fairplay-Stiftung für eine zukunftsfähige Wirtschaft gegründet. Es ist vorerst eher eine Idee als eine konventionelle Stiftung, denn sie wurde ohne nennenswertes Stiftungskapital errichtet.

Die heute bestehenden Stiftungen können in zwei Gruppen eingeteilt werden:

Stiftungen, welche der Fortsetzung und Förderung einer bestimmten Aufgabe innerhalb der heute gegebenen Voraussetzungen und Wirtschaftsnormen dienen.

Stiftungen, die der Reparatur von entstandenen Schäden und der Linderung der dadurch hervorgerufenen Not dienen. Diese Schäden und Nöte sind sehr oft auch Folgen der heute in der Wirtschaft geltenden Voraussetzungen und Normen.

Die fairplay-Stiftung hat sich ein grundsätzlich anderes Ziel gestellt:



Entwicklung neuer Voraussetzungen und Wirtschaftsnormen mit dem Ziel, aus der heutigen Wirtschaft allmählich eine generationengerechte und zukunftsfähige Wirtschaft entstehen zu lassen, welche ohne Substanzverzehr an natürlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen dem Wohle der gesamten menschlichen Gesellschaft dient. Es geht um die Gestaltung unserer Zukunft!

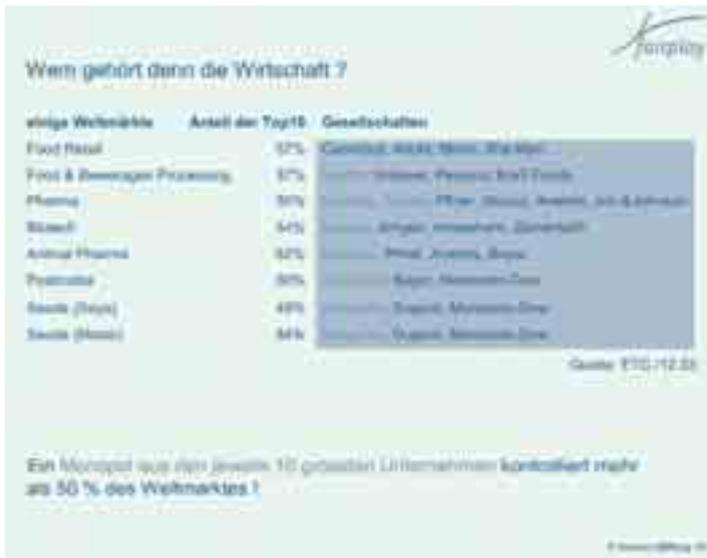
Zu diesem Zweck müssen drei Aufgaben bewältigt werden:

- das Bewusstsein für Zukunfts-fähigkeit wecken,

- die Ursachen der heutigen Nicht-Zukunftsfähigkeit ermitteln,
- diese Ursachen beheben.

Kapitalismus der Dienstleistung

Die zukunftsfähige Wirtschaft ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Sie kostet Geld, welches das heutige Wirtschaftssystem nicht zur Verfügung stellt. Der Umgang mit Geld muss deshalb geändert werden. Geld muss im Dienste der Gesellschaft etwas ermöglichen, das allen zugute kommt, sonst wirkt es nur als Mittel der Ausbeutung der Natur und der grossen Mehrheit der Menschen. **Die zukunftsfähige Wirtschaft wird aus einem Kapitalismus der Dienstleistung erwachsen, welcher nach und nach den heutigen Kapitalismus der Ausbeutung ersetzt.** Die Betonung liegt auf dem „nach und nach“; es geht nicht darum, das System von oben her zu ändern, sondern die Einsicht einer Minderheit zu nutzen, um schrittweise die Wirtschaft zukunftsfähig zu gestalten.



Geld kann mehr als nur Geld vermehren!

Die fairplay-Stiftung hat den Charakter einer BürgerInnen-Stiftung. Sie will Menschen ansprechen, welche die Mängel des heutigen Kapitaleinsatz erkannt haben und ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem verwirklichen möchten. Die Stiftung bietet darum Alternativen zur bisherigen Kapitalanlage an. Die Rendite von Spenden oder Darlehen ist nicht einfach weiteres Geld, sondern Lebensqualität auch für kommende Generationen. Der fairplay-Stiftung wurde der staatlich anerkannte Status der Gemeinnützigkeit zugesprochen. Beiträge sind steuerlich abzugsberechtigt.



INWO und fairplay

Grundsätzlich ist das Ziel dasselbe: eine zukunftsfähige Wirtschaft !

INWO wendet sich an alle Menschen und versucht durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit das Bewusstsein für Schwachstellen in der heutigen Geld- und Bodenordnung zu stärken. Die heute wahrgenommenen Problem-bereiche (Arbeitslosigkeit, Abbau des Service Publik, Umwelterstörung, zunehmende Ungleichheit, zunehmende Monopolisierung, Verschuldung, Kriege, Hunger) werden zum grossen Teil als Symptome der im kapitalistischen Fundament verborgenen Konstruktionsfehler analysiert. Sie möchte eine zukunftsfähige Gesellschaft und will Anstösse geben wie dafür die Wirtschaft umgestaltet werden sollte.

fairplay wendet sich an die Menschen, welche aus der gewonnenen Einsicht in die unlösbaren Probleme unserer heutigen Wirtschaft praktisch handeln möchten. Sie bietet Geldgebern und Unternehmen Wege an, wie heute schon gehandelt werden kann.

Weitere Informationen über die Möglichkeiten, die fairplay-Stiftung und ihre Förderprojekte zu unterstützen, sind unter folgender Adresse erhältlich:

fairplay-Stiftung, Schwengistrasse 12, CH-4438 Langenbruck, Tel.: +41 (0)62 387 31 35, Fax: +41 (0)62 390 16 40, e-Mail: info@fairplay-stiftung.ch, homepage: www.fairplay-stiftung.ch, Bankverbindung: Freie Gemeinschaftsbank BCL, 4001 Basel, PC-Konto 40 - 963-0, Bankkonto 400.551.1 (bitte auf Überweisungen Vermerk INWO anbringen)

Autor: Pierre Fornallaz, Prof. em., dipl. Ing. ETH, Gotthardstr. 89, 4054 Basel, Tel: 061 301 77 21, E-mail: pierre.fornallaz@emeritus.ethz.ch



Pierre Fornallaz ist Diplomingenieur mit 20-jähriger Industriepaxis, emeritierter Professor der Eidg. Technischen Hochschule Zürich und Mitgründer des Zentrums für Angepasste Technologie und Sozialökologie in Langenbruck (CH), das sich seit über 20 Jahren mit der Verwirklichung einer nachhaltigen Wirtschaft befasst.

Aspekte der Logo-Ökonomie - Ein logotherapeutischer Streifzug durch die Welt der Ökonopsyche

In durchwegs wertvollen Beiträgen befassen sich Psychologie und die verschiedensten psychotherapeutischen Richtungen mit psychosozialen, wie auch psychoökonomischen Fragen. Vorwiegend geht es aber dabei um die Entwicklung von Konzepten, nach denen geschaffene Umstände psychisch ertragbar gemacht werden können.

Ein weites Feld für Publikationen und Therapien bietet der Komplex „Ängste“. Ob es sich um die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Mobbing, vor Kriegen, vor dem zunehmenden Wettbewerbsdruck, vor neuem Geld, vor Umweltschäden, Gesundheitsrisiken oder vor Kernkraftwerken, vor Verarmung in der Pension, oder vor Verkehrsunfällen handelt, stets wird die mit den Ängsten einhergehende Symptomatik, von Depressionen, über Tics und Persönlichkeitsstörungen, bis hin zu Suchtverhalten, zu lindern versucht. Das ist gut so und kann gar nicht hoch genug bewertet werden.

Dennoch greift diese therapeutische Selbstbeschränkung zu kurz. In der Logotherapie – und de facto trifft das auch auf alle anderen Therapieformen zu – konzentriert sich die Arbeit mit konkret Leidenden auf die Überwindung der Sinnbarrieren. Darunter sind all jene inneren und äußeren Hindernisse zu verstehen, die uns in einer vermeintlichen Ausweglosigkeit unserer Situation festzuhalten scheinen. In der Therapie lernt man also, trotz der Barrieren die Fähigkeiten zur persönlichen Sinnfindung zu entwickeln bzw. zu schärfen. Für das Zustandekommen und die Zusammensetzung der Sinnbarrieren selbst, fühlen sich Therapeuten jedoch kaum zuständig. Ich vergleiche das gerne mit einem Rohrbruch (siehe Abbildung). Was nämlich getan wird, ist das Aufspüren der wirksamsten Technik des Aufwischens. Und diese

das „Loch im Rohr“! Wir sollten also nicht nur lernen mit den Barrieren leben und den Blick darüber hinaus heben zu können, sondern wir sollten auch lernen, die Notwendigkeit dieser Barrieren in Zweifel zu ziehen.

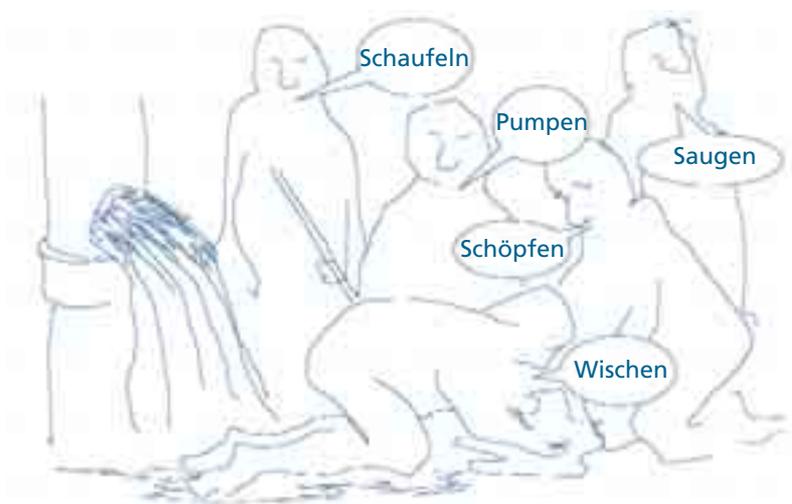
Hier genau beginnt Prävention!

Ganz konkret: Den Umgang mit Armut – ob selbst erleidend, mitleidend, oder als leidender Voyeur, ja selbst als Armutsverursacher – können wir vielleicht erlernen.

Müssen wir uns denn aber nicht auch fragen, ob Armut überhaupt sein muß? Ist die historische Erkenntnis, daß es immer schon Armut gab, ein ausreichendes Argument für deren Unverrückbarkeit?

Ich behaupte, daß die Spielregeln, nach denen unser Geld entsteht und nach denen es umläuft, nicht nur die Existenz von Armut zementieren, sondern auch eine extreme Verstärkung und Ausbreitung psychischer Leidenszustände bewirken. Wie ich noch zeigen werde, sind diese Spielregeln, die weder naturgegeben und schon gar nicht gottgewollt sind, grundsätzlich unerfüllbar. Die Schere zwischen stillschweigender Akzeptierung unerfüllbarer Regeln aber, und der krampfhaften Aufrechterhaltung des Anscheins ihrer segenspendenden Erfüllung, kann als Abbild der Zerrissenheit unserer Seele gesehen werden. Es ist nicht das Geld, und auch nicht der Mangel an Geld, sondern es sind die Regeln des Geldes, die oftmals ein lebensabträgliches Wollen und Tun von uns erpressen. Unser einziges und zugleich untaugliches Coping scheint wieder einmal die Verdrängung zu sein. „Wir interessieren uns nicht für die Ökonomie“, sagen wir, und überspringen damit unser eigenes Handeln, denn wir sind ja im System drinnen und tragen mit zur Aufrechterhaltung der Regeln – die wir lieber gar nicht kennen wollen – bei. Uns läßt sich dann wohl auch kein Vorwurf wegen der weiteren Auswirkungen der Geldregeln machen; wir wußten das ja alles nicht.

Wenn ich von einer Logo-Ökonomie spreche, so meine ich jene, einer transzendenten Sinnorientierung (Logos = der Sinn) entsprechende Ökonomie, die wohl keinesfalls auf die eher primitive Geldmehrung um jeden Preis ausgerichtet sein dürfte. Freilich kann ich an dieser Stelle kein vollständiges Bild einer Logo-Ökonomie skizzieren, aber ich möchte mit diesem Beitrag einige Impulse zur Weckung weitergehenden Interesses liefern. Dazu gehört die Aufklärung und Richtigestellung über einige liebgewonnene Irrtümer. Die Wahrheit mag manche zunächst verwundern, schmerzen, oder gar in Verzweiflung stürzen, doch brauchen wir denn nicht gerade die Wahrheit, um unsere Einstellungen dementsprechend verändern und auch in neues Handeln überführen zu können? Für unser derzeitiges System gilt:



Das Loch im Rohr

Techniken werden zweifellos immer wirksamer. Da kommt es dann freilich auch zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verfechtern der unterschiedlichen Techniken, so wie sich das auch im immer noch anhaltenden Richtungsstreit der Psychotherapien äußert (durchaus vergleichbar zu unterschiedlichen politischen Modellen). Was dabei gemeinsam übersehen wird, ist

Geld *entsteht* nicht durch Arbeit. Durch Arbeit ziehen wir bloß bereits geschaffenes Geld an uns.

Geld *entsteht* ausschließlich durch einen Akt der Verschuldung (Kredit).

Schulden und Guthaben müssen klarerweise stets gleich hoch sein.

Da Kreditgeld mit einer Zinsforderung verknüpft ist, die Zinsen jedoch nicht zugleich mit dem Kredit erschaffen werden, müssen die Zinsforderungen durch ständige Kreditausweitung aufgebracht werden (Banken wollen auch die Zinsen als Geld zurück und nicht in Form von Produkten).

Daraus ergibt sich: Schulden und Guthaben müssen immer ansteigen.

Das bedingt zugleich den (Geld-)Wachstumszwang mit allen damit zusammenhängenden Problemen, wie Arbeitslosigkeit, Entwicklungsland-problematik, Wettbewerbsdruck (Mobbing, Aggressivität, Rivalität, bis hin zu Kriegen), Umweltzerstörung, u.s.w.

Schulden können nicht durch verstärkte Arbeitsleistung abgetragen werden, wenn Gläubiger nicht bereit sind, ihre Guthaben aufzulösen.

Es können niemals alle ihre Schulden samt Zinsen zurückzahlen, ebenso, wie wir nicht alle Kredit bekommen und an der Börse gewinnen können, um den Kredit zurückzuzahlen.

Immer mehr Menschen müssen immer länger zu immer schlechteren Bedingungen arbeiten, um die Zinsforderungen des Kapitals erfüllen zu können (Zu besseren Bedingungen ist „das Kapital“ – dahinter stehen Menschen! – nicht bereit, Forderungen aufzugeben). Einer Entschuldung des Staates, muß eine mindestens gleich hohe Zunahme der Privatverschuldung entsprechen, weil die Gesamtverschuldung stets anwachsen muß (das läuft ja derzeit gerade mit den diversen Sparpaketen quer durch Europa ab).

Sparen auf der einen Seite heißt ja, Vorenthalten von Einkommensmöglichkeiten auf der anderen. Gespart wird dabei nichts.

Wenn es heißt, die Euro-Umstellung hätte 0,5-1,0% des BNP (Bruttonationalprodukt) gekostet, dann bedeutet das ja, daß die Einführung des Euro das BNP in diesem Ausmaß erhöht (Könnte das vielleicht der Hauptgrund für die überstürzt erzwungene Einführung des Euro gewesen sein? Für „die Wirtschaft“ kam es jedenfalls gerade zur rechten Zeit)

Sparguthaben bei der Bank sind kein Geld, auch wenn wir sie als solches zu akzeptieren gelernt haben, sondern es sind (eingefrorene) Forderungen auf Geld gegenüber der Bank.

Banken benötigen unser Ersparnis nur zum geringen

Teil als Berechtigung für die Vergabe von Krediten, doch werben sie dennoch um unsere Spargroschen, um unsere Forderungen auf Geld zu binden. Die dadurch erfolgende Räumung des umlauffähigen Geldmarktes erleichtert wieder die Vergabe von Krediten.

Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen, doch soll dies vorerst zum Anspornen zu interessierter Nachdenklichkeit genügen.

Auch Sie können also zu einer gerechteren Welt beitragen, indem Sie die Problematik in Ihrem Umfeld thematisieren und indem Sie sich an einer Logo-Ökonomie orientieren, in der der Gewinn in der Verwirklichung von Werten erkannt wird.



Foto: visipix.com | Raefle, Ronald, Berne

© G.Hoppenberger (Text gekürzt)

Vollständiger Text und weitere vertiefende Bibliographie auf Anfrage: g.hoppenberger@newsclub.at
Tel./Fax: 02235 / 42074



Dr. Günther Hoppenberger, promovierter Chemiker, in der zweiten Lebenshälfte Psychotherapeut-Mediator mit dem Spezialgebiet „sozioökonomische Verstärkungsursachen psychischer Leidenszustände“.

Empfohlene Literatur:
Helmut Creutz; Das Geldsyndrom
Bernard A. Lietaer; Das Geld der Zukunft
Margrit Kennedy; Geld ohne Zinsen und Inflation

Auf einem Bild, was Angst macht: Krankheit, Krieg, Zerstörung, Einsamkeit

Mitgliederversammlung

In der Tagungsstätte brodelte es von Ideen und Engagement. Kaum ein Sitzplatz war frei. Das Etappenziel von 500 Mitgliedern wurde übertroffen. Die Mitgliederversammlung vom 07. bis 09. Mai in Wuppertal war ein voller Erfolg.

80 Mitglieder und Besucher konnte die INWO in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte begrüßen. Am Samstag wurde zunächst über den Begriff Fairconomy, Regiogeld-Projekte und die Zukunft der „r-evolution“ diskutiert. Am Nachmittag und Abend standen unter anderem Vorträge von Helmut Creutz und Prof. Wolfgang Berger auf dem Programm. Helmut Creutz stellte sein Konzept für ein neues Steuersystem vor. Prof. Berger sprach im Saal des Tagungshauses über den Konstruktionsfehler des Kapitalismus. Daneben gab es jede Menge Zeit für Diskussionen und das Kennenlernen der vielen neuen, jungen Mitglieder.

Bei der Mitgliederversammlung am Sonntag konnte der Vorstand eine positive Bilanz ziehen. Das Ziel, zur Mitgliederversammlung 500 Mitglieder zu haben, wurde mit 514 sogar übertroffen. Mit den neuen Internetseiten stieg das Interesse an der INWO deutlich an.

Die INWO hat neue Ansprechpartner und Regionalgruppen hinzugewonnen. Das bedeutet entsprechend mehr Arbeit für Geschäftsstelle, Vorstand und Versand. Im kommenden Jahr gilt es deshalb, Strukturen zu schaffen, die die gesteigerte Nachfrage und das Mitgliederaufkommen bewältigen und die Arbeit der Aktiven vor Ort koordinieren und unterstützen können.

Alex Woitas, 2. Vorsitzender, stellte sein Amt zur Verfügung, um sich auf das Berliner Regiogeld-Projekt zu konzentrieren. Beisitzer Bernhard Thomas trat aus beruflichen Gründen zurück. Zum 2. Vorsitzenden wurde Jens Hakenes gewählt. Neuer Beisitzer ist Leopold Wonneberger.

Vorstand und Aktive haben sich ein neues, ehrgeiziges Ziel gesteckt: Bis zur nächsten Mitgliederversammlung soll die INWO 1000 Mitglieder zählen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Unterstüt-



Buffet: Wie immer, inklusive bei INWO-Tagungen: beste Verpflegung

zung aller gefragt. Sei es durch das Werben neuer Mitglieder, eine Spende oder die aktive Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der INWO. Das Engagement und die Mitarbeit unserer Mitglieder sind gefragt!

Arbeitsgruppen der INWO

Die Arbeitsgruppen der INWO verständigen sich zunächst per Internet und Telefon. Ein erstes Treffen ist für den Spätsommer geplant. Wer mitarbeiten will, schreibt einfach eine Email oder meldet sich telefonisch bei Klaus Popp (Di.-Fr., 9-11 Uhr, 0211 304105).

AG Internet (Internet@INWO.de)

Die AG Internet ist verantwortlich für die Online-Aktivitäten der INWO: von den Internetseiten, über Newsletter bis hin zur Foren-Betreuung.

AG Materialgestaltung (Material@INWO.de)

Die AG Materialgestaltung entwirft und überarbeitet die Materialien der INWO: Bierdeckel, Flyer, Fairconomy-Banner und vieles mehr.

AG Regionalgruppen (Regional@INWO.de)

Die AG Regionalgruppen ist Anlaufstelle für alle, die Ansprechpartner werden oder Regionalgruppen gründen möchten. Sie verknüpft die Regionalgruppen und Ansprechpartner der INWO vor Ort miteinander und sorgt für den Austausch von Erfahrungen.

AG Zeitschrift (Zeitschrift@INWO.de)

Die AG Zeitschrift kümmert sich um die „r-evolution“, die gemeinsame Zeitschrift der INWO in Deutschland, Schweiz und Österreich. Sie organisiert die Arbeit des deutschen Redaktionsteams. Gefragt sind unter anderem Redakteure für Texte und Fotos.

Die **AG Fundraising** (Fördermittel und Spenden) und die **AG Jugendprojekte** suchen noch einen Leiter und Mitmacher (Email: Mitmacher@INWO.de)!



Rahmenprogramm mit Vorträgen und Diskussionen, Helmut Creutz (Autor von „Das Geldsyndrom“) bei seinem Vortrag zum Steuersystem



Meinungsaustausch unterm Logo, Zeit gab es am 8. und 9. Mai 2004 in der Tagungsstätte

Der Vorstand der INWO D:

- 1. **Vorsitzender:** Prof. Dr. Thomas Huth
- 2. **Vorsitzender:** Jens Hakenes
- Kassierer:** Hannes Eichinger
- Beisitzerin:** Alwine Schreiber-Martens
- Beisitzer:** Leopold Wonneberger

Neue Vorstandsmitglieder:

Jens Hakenes, 2. Vorsitzender

Ich bin 25 Jahre alt, studiere Journalistik und Geschichte an der Universität Leipzig und arbeite als Radio-Journalist und Webdesigner in Sachsen-Anhalt und Nordhessen.



Auf einer Reise durch Neuseeland bin ich erstmals auf die Geldproblematik aufmerksam geworden. Nach einigen Jahren politischer Arbeit war ich auf der Suche nach neuen Lösungsmöglichkeiten, da die herkömmlichen Rezepte offensichtlich versagt haben. Bei der INWO wurde ich fündig. Nach meiner Rückkehr bin ich Mitglied geworden und habe begonnen, vor allem an den Internetseiten zu arbeiten.

Als 2. Vorsitzender (seit 2004) möchte ich die Organisation und Kommunikation der INWO weiter verbessern. Mit klaren Strukturen und vielen aktiven Mitgliedern können wir noch erfolgreicher auf die Fehler im Geldsystem aufmerksam machen. Mit der FAIRCONOMY können wir Lösungen für viele drängende Probleme unserer Zeit aufzeigen. Das Internet, unsere Zeitschrift und die vielen jungen Mitglieder bieten dafür jede Menge Potential.

Was Greenpeace für die Umwelt und Foodwatch für Ernährung sind, soll die INWO für Wirtschaft & Währung, die Grundlagen unseres Lebens und Arbeitens, werden.

Email: Jens.Hakenes@INWO.de

Leopold Wonneberger, Beisitzer

Ich bin 26 Jahre alt, Single, und studiere Volkswirtschaft an der FU Berlin.



Auf die Ideen der Geld- und Bodenreform stieß ich durch einen Vortrag bei der evangelischen Jugend Berlin. Anfang 2000 rief ich mit Freunden die Berliner Initiative Neutrales Geld BING ins Leben und trat in die INWO ein. Außerdem bin ich aktiv bei Attac und im universitären Umfeld, zum Beispiel bei den kritischen WirtschaftswissenschaftlerInnen. Ich habe einige Erfahrung mit Gruppen und politischer Basisarbeit.

Meine Arbeit für die INWO sehe ich als Herausforderung zur besseren Verbreitung und Durchsetzung freiwirtschaftlicher Ideen. Als Mitglied des Vorstands (seit 2004) möchte ich aktiv an der Weiterentwicklung des Vereins mitwirken und über strategische Fragen nachdenken.

Die INWO ist für mich die Basisorganisation, die geld- und bodenreformerische Anliegen am Besten bündeln und als weltanschaulich neutraler Verein diese Anliegen gut vertreten kann. In der außerparlamentarischen Arbeit und vor allem in der Vernetzung und Kooperation mit anderen „verwandten“ Organisationen wie etwa dem Regionetzwerk sehe ich ein großes Potential für die Zukunft.

Neben der deutlichen Steigerung der Mitgliederzahlen liegt mir vor allem die Einbeziehung jüngerer Leute am Herzen. Zusätzlich zur klassischen Bildungsarbeit sollten wir verstärkt an die Jugendkultur anknüpfen und durch kreative Aktionen auf uns aufmerksam machen. Die Neugründung bzw. der Ausbau unserer Regionalgruppen ist ein weiterer wichtiger Schritt hinein in die gesellschaftliche Diskussion und Veränderung.

Email: Leopold.Wonneberger@INWO.de

„Geld alle? - Geld für alle?“

Mit einem ausklappbaren Banner haben Aktivisten der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) Anfang April in Berlin für Aufsehen gesorgt. Bei den Demos gegen Sozialabbau in Köln, Stuttgart und der Bundeshauptstadt verteilten sie insgesamt 15.000 Flyer, um für eine FAIRCONOMY zu werben - eine sozial gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Tags darauf vermeldeten die Internetseiten einen neuen Rekord: erstmals etwa 4800 Seitenabrufe an einem Tag!
www.FAIRCONOMY.de



INWO vor Ort

In den vergangenen Monaten hat die INWO viele neue Ansprechpartner gewonnen. In zahlreichen Städten und Regionen haben sich neue Regionalgruppen gegründet, die vor Ort für die INWO aktiv sind.

Wenn Sie mitmachen wollen, schreiben Sie einfach eine Email. Anfragen per Post oder

Telefon richten Sie bitte an die Geschäftsstelle der INWO. Dort können Sie sich auch melden, wenn Sie eine Lücke auf der Deutschlandkarte füllen wollen, indem Sie Ansprechpartner werden oder eine Regionalgruppe gründen.

INWO-Geschäftsstelle

Klaus Popp
Blasiusstraße 63
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 304105 (Di.-Fr. 9-11 Uhr)

Emailadressen von regionalen Ansprechpartnern

Aachen@INWO.de	Halle@INWO.de
Hannover@INWO.de	Koeln@INWO.de
Muenchen@INWO.de	Muenster@INWO.de
Oldenburg@INWO.de	Eifel@INWO.de
Franken@INWO.de	Ostbayern@INWO.de
Rheinland@INWO.de	Thuringen@INWO.de



Regionalgruppen der INWO D

Berlin

Berliner Initiative Neutrales Geld (BING)
Email: Berlin@INWO.de
Treffen: jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Auskunft zum Ort per Email an Berlin@INWO.de

Chemnitz

Email: Chemnitz@INWO.de
Treffen: jeden dritten Montag im Monat um 19 Uhr, Cafe „METICA“/Gewerkschaftshaus, Jägerstraße 5-7

Dresden

AG NWO (Natürliche Wirtschaftsordnung)
Email: Dresden@INWO.de
Treffen: jeden Mittwoch um 18.30 Uhr, Umweltzentrum (Büro der Grünen Liga), Schützengasse 18

Düsseldorf

Email: Duesseldorf@INWO.de
Treffen: jeden ersten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Cafe Modigliani, Wissmannstraße 6 (am Friedensplätzchen)

Frankfurt/Main

Email: Frankfurt@INWO.de
Treffen: jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Indefinite im Sandweg 64

Karlsruhe

Email: Karlsruhe@INWO.de
Treffen: jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19 Uhr, Karlsruhe-Grünwettersbach, Details per Email an Karlsruhe@INWO.de

Leipzig

INWO-Regional und Hochschulgruppe
Email: Leipzig@INWO.de
Treffen: jeden zweiten Mittwoch um 19 Uhr (14-tägig, gerade Kalenderwochen), Hauptgebäude der Universität am Augustusplatz, 2. Stock, Raum 2-26

Wuppertal

Email: Wuppertal@INWO.de
Treffen: jeden zweiten Dienstag im Monat um 20 Uhr, Landhaus Dreyer, Vogelsangstraße 159 (Uellendahl)

Nordhessen

Freiwirtschaftliche Initiative Nordhessen (FIN)
Email: Nordhessen@INWO.de
Treffen: jeden ersten Samstag im Monat um 15.30 Uhr, Stadthalle Melsungen



In dieser Rubrik beantwortet Helmut Creutz LeserInnenfragen zum Thema Geld. Creutz, Autor des Standardwerks „Das Geldsyndrom“, befasst sich seit 20 Jahren mit Analysen unseres Geld- und Wirtschaftssystems. Schicken Sie Ihre Frage per Postkarte oder E-Mail an die Deutschland-Redaktion dieser Zeitschrift (Stichwort: „LeserInnenfrage“)

Sie fragen - wir antworten

1. Frage:

Eine entscheidende Aussage der Freiwirtschaft besagt, dass die Liquiditätsprämie des Geldes, von Gesell als Urzins bezeichnet, bei drei bis vier Prozent liegt. Auf welchen Grundlagen basiert diese Theorie? Außerdem: Wenn sich die Kapitalmarktzinsen langfristig an den Leitzins anpassen, müssten diese dann nicht auch ohne Umlaufsicherung bei den z. Zt. niedrigen Zinsen sinken?

Frage über E-Mail

Antwort:

Die Höhe der Liquiditätsprämie und damit auch der Umlaufsicherungsgebühr hat keine feste oder genau berechenbare Größe. Sie geht vielmehr von der Erfahrung aus, dass bei einer absinkenden Zinshöhe irgendwann die Vorliebe für liquide Geldhaltung einsetzt, was wiederum von konjunkturellen Gegebenheiten ebenso abhängt wie von der Höhe der Inflation. Bei einer Inflation nahe Null wird die Spanne eher bei zwei bis drei als bei drei bis vier Prozent liegen, Werte, von denen Gesell und Keynes in etwa ausgegangen sind. Die Umlaufsicherungsgebühr sollte also so hoch sein, dass das Gros der gehaltenen Einkommensüberschüsse auch bei sinkenden Zinsen weiterhin den Banken überlassen wird, aber nicht so hoch, dass die Marktverhältnisse in die andere Richtung verzerrt wird. Das heißt, die endgültige Höhe der Geldhaltegebühr wird sich wohl ähnlich in der Praxis einspielen müssen, wie die optimale Höhe von Strafzetteln, mit denen die Blockierung des Straßenverkehrs auf ein erträgliches Maß abgesenkt wird.

Was die Leitzinsen der Notenbanken anbetrifft, so haben diese zwar mit geringen Verzögerungen Auswirkungen auf die kurzfristigen Zinsen, aber nur bedingt auf die Zinsen am Kapitalmarkt. Im übrigen werden die Zinseingriffe der No-

tenbanken in den Markt überflüssig, wenn durch die Umlaufsicherung die herausgegebene Geldmenge mit der nachfragenden weitgehend identisch wird.

2. Frage:

In einem Infoblatt der INWO habe ich gelesen, dass die tägliche Zinsbelastung in Deutschland ca. 1.100 Mio Euro beträgt. Das sind jährlich ca. 400 Mrd. Das macht bei einem angenommenen jährlichen Zinssatz von 5% eine Gesamtverschuldung von 8 Billionen Euro. Da die Staatsverschuldung 1,3 Billionen beträgt, bleibt für die privaten Schulden 6,7 Billionen Euro. - Stimmt das?

Roland Wenke

Antwort:

Laut Sonderveröffentlichung 4 der Deutschen Bundesbank, lag die Gesamtverschuldung 2001 bei 6.145 Mrd Euro. Davon entfielen auf den Staat 1.245 Mrd, auf die Unternehmen („Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“) 3.644 Mrd und die Privathaushalte (einschl. Personengesellschaften) 1.254 Mrd Euro. Die veröffentlichten Bankzinsenerträge, die in etwa mit den Schuldenzinslasten gleich zu setzen sind, betragen lt. Bundesbank 391 Mrd Euro, lt. Stat. Bundesamt 407 Mrd. Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Zinssatz von 6,1 bzw. 6,3 Prozent. Zu diesen Schuldenzinsen kommen allerdings noch die Zinsen für das schuldenfreie Sachkapital („Eigenkapital“) hinzu, die jedoch nicht statistisch ausgewiesen werden. Auf Grund der gesamten zu verzinsenden Vermögenswerte, die bei 9 Billionen Euro liegen, dürften also die gesamten Zinslasten um 30 bis 50 Prozent über den oben genannten schuldenbezogenen Sätzen liegen.

3. Frage:

Wie kann im Zusammenhang mit der Umlaufsicherung die Geldmenge zurück geben bzw. verringert werden? Die Banken sind doch weiterhin gezwungen, den Geldbedarf der Kunden zu bedienen. Somit muss auch die Notenbank die Geschäftsbanken bedienen, fragen diese Bargeld nach. Wie also können die Notenbanken das umlaufende Geld 'willens' reduzieren?

Andreas Erath

Antwort:

Wenn die Geldhaltung durch eine Gebühr belastet wird, dann brauchen die Notenbanken selbst gar nichts für die Reduzierung der Geldmenge zu unternehmen. Sie wird durch die Geldhalter, die den Geldhaltekosten entgehen bzw. diese minimieren wollen „von alleine“ reduziert! Konkret: Die Wirtschaftsteilnehmer bauen ihre Bargeldbestände auf eine für sie sinnvolle Größenordnung ab und zahlen alles übrige bei den Banken ein! Diese wiederum werden sehr schnell das auch für sie überschüssige Geld an die Notenbanken zurückzahlen, um ihre Kredite und damit die von ihnen zu erwirtschaftenden Zinsen zu reduzieren. Bei einem wachsenden Geldbedarf, zum Beispiel im Zuge wirtschaftlicher Entwicklungsschübe, werden die Kunden möglicherweise auch wieder einmal mehr Geld bei den Banken nachfragen und diese wiederum bei den Notenbanken. Aber die Notenbanken brauchen sich keine Sorge mehr zu machen, dass daraus „übermorgen“ eine Inflation entstehen könnte, da die Wirtschaftsteilnehmer auf Grund der Gebühren an einer gleichbleibend knappen Geldhaltung interessiert sein werden.

Unsere Leserinnen und

Leserbeitrag zu r-evolution
Nr. 21, S.24 „Geldreformum-
setzung wie?“
(Mögliche Wege zur Umset-
zung der Geldreform: Ant-
worten zu Fragen, die immer
wieder gestellt werden)

Sehr geehrte Redaktion,

42 die aufgeführten 2 theoretischen Wege weisen beide keinen praktikierbaren Umsetzungsweg auf, um die bestehenden Macht und Entscheidungsstrukturen wirkungsvoll zu transformieren. Erst, wenn solch ein Konzept seitens der NWO und kooperierenden Organisationen entwickelt wird, kann wirksam eine Veränderung zur Menschlichkeit des bestehenden Wirtschaftssystems gestaltet werden..

Klar ist, daß solch ein Konzept nur in genau vorgeplanten Stufen-Schritten zu planen ist. Darauf zu warten, dass ein politischer Mehrheitsbeschluss irgendwann als notwendig in den Gesetzgebungsebenen ohne zwingenden Fakt erkennbar wird, dürfte Illusion bleiben.

Solch ein Konzept müsste so ausgerichtet sein, dass automatisch immer mehr Menschen zwingend angezogen werden - bis überhaupt eine politische Wirksamkeit resultiert. Ich sehe dazu nur einen praktikierbaren Weg, will man nicht nur auf das Zusammenbrechen des Wirtschaftssystemes und resultierenden Krieg warten:

Es wird eine das Volk eindeutig schädigende Tatsache bewiesen und ein kompetentes Gremium gebildet, welches über eine Verfassungsklage den Gesetzgeber zur Abwendung des Volksschadens vom Verfassungsgericht verurteilen läßt. Diese Aktion wird in erster Stufe so verbreitet, dass dem Gremium von immer mehr Menschen ein Mandat erteilt wird, unter Aufruf zu freiwilligen Spenden für

die Rechtskosten und unter überzeugender Darstellung, dass es Lösungen zur Abwendung des Volksschadens gibt (vom Mandatsgeber abrufbar).

Da solch ein Mandat außer einer Unterschrift nichts kostet, aber alle Menschen vor Schaden schützen wird, dürfte die Mitmachbegeisterung überwältigend sein. Über den Fortgang der Aktion wäre laufend zu berichten (in den internen Zeitschriften und durch öffentliche Darstellung in den Medien, sobald diese aufmerksam werden).

Vorher wäre bei der Konzeptentwicklung zu klären, ob der Klageweg auf BRD- bzw. Europaebene am wirkungsvollsten betreibbar ist. Auch der wirksamste und erfolgversprechendste Volksschädigungsfakt wäre gewissenhaft auszuleuchten (z.B. Geldwertstabilität, Staatsverschuldung (durch Mißwirtschaft wegen fehlender Kontrolle), Arbeitsplatzvernichtung oder anderes).

Die Leserschaft möchte ich aufrufen, der Redaktion mitzuteilen, welcher Volksschädigungsfakt am aussichtsreichsten sein dürfte und welche kompetenten Personen dem Mandatsgremium angehören könnten.

Franz-Josef Cramer, Holzwickede

Sehr geehrter Herr Lustenberger,

Uster, 10.6.04

heute habe ich Ihre Zeitschrift mit dem Fragebogen erhalten. Gestatten Sie mir, der Rücksendung noch einige Gedanken beizufügen.

Einer mit Jahrgang 29 sollte zwar besser schweigen und sich auf sein Ende vorbereiten, zumal er ja nichts mehr zur Lö-

sung der anstehenden Problemen beitragen kann und mit seinen utopischen Vorstellungen hoffnungslos im Abseits steht. Die „r-evolution“ habe ich stets mit Interesse und Gewinn gelesen. Oft liess ich zwei bis drei Nummern zusammenkommen, um sie dann in Ruhe studieren zu können. Es hatte nach meinem Dafürhalten immer sehr gute und instruktive Artikel. Oft aber haben mich gewisse Ausführungen nicht überzeugen können, vor allem das Zusammenspiel von „Freiheit“ und „Kapitalismus“ finde ich sehr problematisch. Nun ja, was hat man unter „Freiheit“ eigentlich zu verstehen? Gemeint ist ja doch die unbehinderte Möglichkeit, andere Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und ihnen die elementarste Würde zu rauben. Da dürfte auch die mir eigentlich sympathische „Freiwirtschaft“ nicht allzuviel daran ändern. In meinen Augen ist es zentral und entscheidend wichtig, dass Geld nicht gebortet werden kann und dass der Zins und ähnliche Einrichtungen (Dividenden etc.) [Der Boden gehört allen Menschen gleichermaßen] vollständig abgeschafft werden.

Dann aber kommt bald einmal die Frage des Eigentums – und die Frage der Macht. Hier müsste vielleicht schon noch etwas tiefer und weiter nachgedacht werden. Das würde aber tatsächlich zu einer tiefgreifenden „Revolution“ führen. Und ob die von der Mehrheit herbeigewünscht wird, wage ich förmlich zu bezweifeln. Je länger je mehr will es mir scheinen, dass der „Mensch“ die gewaltigste, gefährlichste und fürchterlichste Fehlkonstruktion der Natur ist und er eigentlich dauernd intensiv mit der Zerstörung und Vernichtung seiner Welt und seiner eigenen Art beschäftigt ist.

Nun würde ich es ausserordentlich bedauern, wenn die Zeitschrift „r-evolution“ den Namen ändern oder gar zu Gunsten eines Produktes eingehen sollte. „Humonde“ sagt ganz und gar nichts aus, und unter einer human Welt und

Leser melden sich zu Wort

Wirtschaft kann ich mir recht wenig vorstellen – zu allgemein und schwammig sind diese Gummibegriffe: ein Blabla. Die Artikel und ihre Titel sprechen mich gar nicht an, das Bildmaterial ist zu übergewichtig und meistens nichtssagend. Da schätze ich die Bebilderung der „r-evolution“ weit mehr, vor allem die sehr eindrücklichen Grafiken haben es mir angetan (z.B. Nr. 21, S. 7,8 und 9). Auch die zahlreichen Buchbesprechungen

las ich immer mit grossem Gewinn. Auch habe ich die Erweiterung auf Deutschland und Österreich wohltuend empfunden – es kamen einige wegweisende Beiträge vor allem von deutschen Freunden. Noch wesentlich blöder dünkt mich „Fairconomy“ – diese Veranglisierung aller Wörter ist wirklich der Gipfel des beute grassierenden Blödsinns. Es gibt gute, deutsche Wörter. Und: Was heisst schon „fair“? Wieder ein solcher Gummibegriff.

„Gerechtigkeit“ ist schon etwas anderes, zumal die Wirtschaft eine schon wichtige Sache ist, aber es gibt viel zentralere und umfassendere menschliche Tätigkeiten und Bedürfnisse. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen und ist eigentlich von sehr untergeordneter Bedeutung. Kurz soviel zur Sache.

Konrad Sturzenegger, Uster

43

Buch-Besprechungen

Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer



„Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand.“ von Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer Riemann, München 2004. 302 S., 18.- Euro

Wer immer noch an die Segnungen der Globalisierung glaubt, wird mit diesem Buch nichts anfangen können. Ansonsten aber ist es wirklich ein „Buch für alle“: für die, die zwar mit dem Begriff „Regionalwährungen“ noch gar

nichts anfangen können, aber bereits spüren, dass die Politik mit ihrem Stumpfsinns-Mantra „Wachstum, Wachstum“ der Krisen nicht Herr wird; und genauso für diejenigen, die in Anbetracht der immer dreisteren Enteignung öffentlichen Wohlstands schon zur Selbsthilfe geschritten sind (oder gerade schreiten) und bereits Erfahrungen mit Komplementärwährungen haben.

Die beiden Autoren verfügen über sehr unterschiedliche berufliche Erfahrungen: Margrit Kennedy kommt als Professorin für ressourcensparendes Bauen aus der ökologischen Ecke, hat aber mit „Geld ohne Zinsen und Inflation“ ein in viele Sprachen übersetztes Buch geschrieben, das für viele Laien das Ende des ökonomischen Analfabetismus einleitete. Bernard Lietaer hingegen hat eine klassische Bankerkarriere hinter sich, die ihn hoch hinauf führte - und dann steil hinab. Er hat diesen Absturz nicht nur heil überstanden, sondern wurde

quasi vom Saulus zum Paulus, der in mehreren Büchern das Thema Geld und seine vielfältige Bedeutung reflektierte und nicht-destruktive Modelle entwickelte. Beide Autoren verbindet die Fähigkeit, die Dinge auf den Punkt zu bringen.

Das Buch gibt zunächst einen Einblick in die Defizite unserer nationalen Währungen und belegt die Notwendigkeit einer Ergänzung (= Komplementierung) durch regionale Währungen. Es erklärt anhand vieler Praxisbeispiele und theoretischer Untersuchungen, wie ein solches „Regio-Geld“ beschaffen sein sollte und im Anschluss auch, wie Interessierte es in ihrer Region einführen können. Auch die Kombination mit anderen Systemen, z.B. den Tauschringen, wird besprochen. Am Beispiel Japan, wo die Vielfalt derzeit am größten ist, werden die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten von Komplementärwährungen aufgezeigt. Und schließlich geht es um die Chan-

cen, in der EU den Euro durch möglichst viele regionale Währungen zu ergänzen. Im Anhang werden dann noch rechtliche Aspekte behandelt, denn natürlich steht zu befürchten, dass – speziell in Deutschland – mit dem Erfolg auch Probleme auftauchen könnten. Dass bisher von offizieller Seite noch keine Reaktion kam, zeigt ja nur, wie gering die Verbreitung komplementärer Geldsysteme bisher ist. In manchen Ländern werden Regiogeld-Initiativen hingegen sogar von kommunaler Seite gefördert.

Fazit: Regionalwährungen sind sicher eines der Rettungsboote, mit denen man sich vom Sog der untergehenden Titanic etwas entfernen kann. Wer nach einem solchen Boot sucht, findet hier ein sehr brauchbares Kursbuch.

Volker Freystedt

Neues von alten Bekannten...

von Peter Wynands

Die 5. der 22 Unterhaltungen

Du, Ollisson ja Stanislaus ...

Also spinnen die alle, die dieses ständige Wirtschaftswachstum wollen.

Schwer zu sagen, Stan. Jedenfalls wissen sie, dass unsere Wirtschaft ohne ein ausgleichendes Anwachsen der tatsächlich geleisteten Arbeit nicht lange Überleben kann.

Und was genau soll die zusätzliche Arbeit ausgleichen? Das automatische Anwachsen der Geldguthaben und anderen Vermögen durch die selbstverständliche Verzinsung; sie diktiert die Vorgabe.

Aber Olli! Warum soll diese Verzinsung denn selbstverständlich sein?

Tja; ... stell Dir vor, Du hättest 1000 Euro auf der Bank. Dafür wolltest Du wahrscheinlich Zinsen haben ... oder etwa nicht?

Aber selbstverständlich, Olli!

Alles klar, Stan? Es glauben nämlich fast alle, dass Vermögen einen Anspruch auf müheloses Einkommen mit sich bringt. - Nehmen wir jetzt einmal an, die hübsche Blumenhändlerin von neulich würde sich 1000 Euro bei Deiner Bank leihen. ... Ihr könntet übrigens dieselben Scheine ausgezahlt werden, die Du eingezahlt hast.

Das wäre schön, Olli! Wenn sie etwas von mir bei sich tragen würde, dann wäre ich ganz glücklich.

In diesem Falle verstehe ich das doppelt gut, mein Lieber, denn sie würde Deine Zinsen erwirtschaften müssen.

Was, Olli?!

Ja was glaubst Du denn? Etwa, dass Deine Bank die Zinsen für Herrn Stanislaus frisch druckt, wenn er sie abholen geht?

Nicht?

Nein, das tut sie nicht, Stan.

Sie läßt sich von der Hübschen zum Beispiel 5 Euro Zinsen pro Monat bezahlen, behält 2 davon für sich, und gibt Dir die übrigen 3 Euro.

Dann muß die Schöne ja für meine Zinsen mehr Blumen verkaufen!

Stan, auch eine besonders hübsche Blumenhändlerin kann sich nicht beliebig viel neue Kunden zaubern. - Üblicherweise macht sie einfach die Blumen etwas teurer, um das Geld herbeizuschaffen. Der Kunde bezahlt

am Ende die Zeche, ... diese Zinsen.

Aber ich weiß doch noch gar nicht, ob ich sie heiraten will., Olli.

Das sagt ja auch keiner. Nur - um bei diesem kleinen Beispiel zu bleiben - solange Du Zinsen haben willst, wird die Wirtschaft desjenigen, der sich Dein Geld leiht, gezwungen sein, zu wachsen; ... zwangsläufiges Wirtschaftswachstum bei der Schönen, verstehst Du?

Du, Olli, wenn sie meine Freundin wird, dann leihe ich ihr das Geld umsonst.

Mein Freund, Du könntest es ruhig einmal umgekehrt versuchen.

44



Die 6. der 22 Unterhaltungen

Du, Ollisson? - ja Stanislaus ...

Wahrscheinlich bekomme ich die Arbeitsstelle! Sieht alles ganz gut aus, bloß dieser Chef, der scheint ein bißchen verrückt zu sein.

Wie kommst Du denn darauf, Stan?

Der Job läuft nur für ein halbes Jahr. Zuerst hat er mir einen Cent pro Woche - einen einzigen Cent angeboten! In der zweiten Woche sollte ich 2 Cent bekommen, in der dritten 4 Cent, der vierten Woche dann 8 Cent und so weiter.

Und - Du hast hoffentlich angenommen.

Ich bin doch nicht doof Ich habe natürlich strikt abgelehnt!

Na, da wird sich dieser Chef aber gefreut haben. Was hat er gesagt?

Ha Olli, gefreut? Klein beigegeben hat er, und mir mit einem Seufzer 1000 Euro pro Woche zugesagt! Ein halbes Jahr, 26 Wochen ... 26 000 Euro -für ein halbes Jahr, Olli!

Oh, Stan, 8 Cent für die 4. Woche - rechne das doch mal bitte weiter!

Aber gerne, Olli: das macht 16 Cent für die fünfte, 32 Cent für die sechste Woche - Momentchen - 15. Woche: 164 Euro ... 20. Woche: 5243 ... und für die 26. Woche 335544 Euro.

Stan, kannst Du diese 26 Wochenlöhne auch noch zusammenrechnen?

Kein Problem ... das sind rund 671000 Euro.

Na, was sagst Du jetzt?

Olli, Olliie ... wie konnte das nur passieren ... ich meine, ein läppischer Cent für eine ganze Woche harte Arbeit, und dann sowas!

Ach, komm mein Freund, ärgere Dich nicht. 26000 Euro sind ja auch ein Grund zur Freude. Und ab jetzt weißt Du außerdem Bescheid, falls Du es –wieder einmal mit solch einem exponentiellen Wachstumsprozess zu tun bekommen solltest.

Einem bitte was, Olli?

Entschuldige, Du kannst es auch ein zuerst lange Zeit geringes, aber letztlich explosionsartiges Wachstum nennen.

Ja ... kann man denn auch anders wachsen?

Natürlich, Stan, natürlich ... wie ein Baum oder ein Mensch zum Beispiel: anfangs ziemlich schnell, dann langsamer, und wenn eine gewisse Größe erreicht ist, hört das Wachstum ganz auf.

Schade.

Oh nein, das ist nicht schade, sondern gut so. Oder wolltest Du etwa gerne vier bis fünf Meter groß sein? Beim Äpfel pflücken wäre es ein Vorteil Olli, das mußt Du zugeben.

Ach Stan, ... ich wünsche, ich könnte so gut rechnen wie Du.

Wochenlohn-Rechnung aus: „Das Geld – Syndrom“ von Helmut Creutz / ISBN 3 - 929 741- 31- 8

Die 7. der 22 Unterhaltungen

Du, Ollisson ?

ja Stanislaus ...

Nehmen wir an, ich hätte eine Milliarde Euro und würde sie nicht ausgeben - für Yachten, Schlösser und Gärtner - sondern zur Bank bringen.

Ungern, aber rede nur weiter.

Für ein solches Sümmchen konnte ein Milliardär in den letzten Jahrzehnten mindestens 6 % Zinsen kassieren.

Das heißt, er durfte sich jeden Monat satte 5 Millionen Euro Zinsen von der Bank abholen.

Stan, Du redest dauernd von Zahlen, die ich nicht kapiere ... Millionen, Milliarden und demnächst fängst Du wohlmöglich noch mit Billionen an!

Hör' doch auf. Für mich ist das alles einfach nur unvorstellbar viel.

Aber Olli, das ist doch ganz einfach: wenn Du eine Million Euro zählst, ich meine einen Haufen Ein-Euro Münzen, acht Stunden am Tag und je Sekunde eine, dann brauchst Du dazu nur 35 Tage. Um eine Milliarde Euro zu zählen, brauchst Du aber schon etwas länger, nämlich 95 Jahre. Wenn Du Ferien machen, und an den Wochenenden und Feiertagen frei haben möchtest, dann werden es 144 Jahre.

Stan ... bitte!

Falls Du eine Billion zählen willst - immer noch 28 800 Münzen pro Tag - dann dauert das ... nein. rate mal.

Stan ! ... also gut: 9500 Jahre.

Falsch , Olli, 95 000 Jahre - ohne Ferien und so versteht sich, sonst mußt Du ...

... habe verstanden: 144 000 Jahre lang zählen. Aber jetzt sag mal, Stan: geht's noch?

Olli, das ist alles richtig! - Weißt Du, die Zahlen sind ja nicht wie die Menschen. Bei denen weiß man nie genau, ob sie lange genug durchhalten, um eine Milliarde, Münze für Münze zu zählen, oder ob sie einfach so aufhören und sonstwo hingehen.

Doch Stan, doch, ... in diesem Falle schon.

Anregung - Helmut Creutz: „Das Geld - Syndrom“ / 6. Auflage, ISBN 3 - 929 741- 31- 8



46

LAND	DATUM/ ZEIT	ORT	ART DER VERANSTALTUNG	TITEL / THEMA	DETAILS BEI NR
D	22.09	FH Kehl	Vortrag	Herrschaft des Geldes	1)
D	24- 26.09	Wuppertal	Vortrag/ Seminar	Das Ende der Zinswirtschaft	2)
D	29.09	FH Kehl	Vortrag	Damit Geld dient und nicht regiert.	1)
D	06.10	FH Kehl	Vortrag	Welche Chancen eröffnen Regionalwährungen?	1)
D	13.10	FH Kehl	Vortrag/ Streitgespräch	Öffentliche Verschuldung- verantwortbar, vermeidbar, systemisch!	1)
D	20.10	FH Kehl	Vortrag	Bürgerhaushalt-Beteiligung an Finanzfragen	1)
D	27.10	FH Kehl	Vortrag	Bürgerschaftliches Engagement	1)
D	10.11	FH Kehl	Vortrag	Leihgemeinschaften-ohne Moos nix los	1)
D	12- 14.11	Hofgeismar/Kassel	Tagung	Gerechtigkeit in der Wirtschaft- Quadratur des Kreises?	3)
D	12- 14.11	Trier	Seminar	Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung	4)
CH	02.09	Kraftwerk 1 Zürich	Treffen	Talent-Treff (www.talent.ch)	6)
CH	19.08	Karl der Grosse Zürich	Treffen	INWO-Treff	5)
CH	31.08	Balzi/ Basel	Treffen	Talent-Treff (www.talent.ch)	7)
CH	16.09	Karl der Grosse Zürich	Treffen	INWO-Treff	5)
CH	2.10	Kraftwerk 1 Zürich	Treffen	Talent-Treff	6)
CH	21.10	Karl der Grosse Zürich	Treffen	INWO-Treff	5)
CH	18.11	Karl der Grosse Zürich	Treffen	INWO-Treff	5)

Agenda im Netz

unter www.inwo.de / www.inwo.ch / www.talent.ch
Regelmäßige Veranstaltungen siehe auch Regionalteil Seite 40

- 1)** Was: 10 Jahre FORUM ZEITFRAGEN: Sind wir zukunftsfähig?
 Wann und wo: Öffentliche Vortragsreihe jeweils mittwochs um 18.00 – 19.30 Uhr in der Aula der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Kehl
 Referent(en): 22.09.04 Die irrationale Herrschaft des Geldes über Arbeit, Mensch und Natur, Heiko Kastner, Meppen
 29.09.04 Damit Geld dient und nicht regiert, Prof. Dr. habil. Dirk Lühr, Mannheim
 06.10.04 Welche Chancen eröffnen Regionalwährungen? Dr. Hugo Godschalk, Frankfurt
 13.10.04 Öffentliche Verschuldung – verantwortbar, vermeidbar, systembedingt? Prof. Dr. Jörg Meuthen, Prof. Dr. R. Geitmann, Kehl, Vortrag und Streitgespräch
 20.10.04 Bürgerhaushalt – Beteiligung der Bürger/innen an Finanzfragen, BM Gerhard Dietz, Rheinstetten
 27.10.04 Bürgerschaftliches Engagement – am Beispiel der Gemeinde Eichstetten, BM Gerhard Kiechle, Eichstetten
 10.11.04 Leihgemeinschaften – ohne Moos nix los, Lothar Baumelt, Moringen
 Veranstalter: FORUM ZEITFRAGEN der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Kehl in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Hanauerland Kehl
 Kontakt und Info: Tel.: 07851/894159 (Geitmann), www.fh-kehl.de/agenda21
- 2)** Das Ende der Zinswirtschaft
 Grundlagen und Perspektiven einer zukunftsweisenden Wirtschaftsordnung
 Freitag, 24. bis Sonntag, 26. September 2004
 Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal-Neviiges
 Geld- und Bodenreformen - nicht ausreichende, aber unbedingt notwendige Entwicklungen für wachstumsneutrale, sozial ausgewogene und nach innen und außen friedliche Gesellschaften. Ein Einsteigerseminar über Ideen und Perspektiven der „fairconomy“.
 Behandelt werden die Theorie, die Geschichte und die Strukturen der Geldreform Bewegung. Darüber hinaus werden aktuelle Entwicklungen und Projekte vorgestellt. Nach seinem Vortrag steht Helmut Creutz für eine ausführliche Diskussion zur Verfügung.
 Vorträge am Samstag ab 9.30 Uhr:
 • Klaus Popp: Von der Freiwirtschaft zur „fairconomy“
 • Helmut Creutz: „Ökonomie ohne Kollaps“
 Das Seminar ist so gestaltet, dass es als Tagesveranstaltung sowie als Wochenendseminar (für mehr Hintergrundinformationen) genutzt werden kann.
- 3)** Was: CGW/SG-Tagung in und mit der Evang. Akademie Hofgeismar
 Wochenendtagung zusammen mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (SG) in und mit der Evangelischen Akademie Hofgeismar zum Thema „Gerechtigkeit in der Wirtschaft - ein frommer Wunsch? Probleme der Sozialgestaltung in der Marktwirtschaft“
 Wann und wo: 12.-14. Nov. 2004 in der Evang. Akademie Hofgeismar
 Referent(en): Prof. Dr. Stefan Panter, Pfarrer Dr. Jochen Gerlach, Prof. Dr. Gerhard Senft, Prof. Dr. Dirk Lühr, Prof. Dr. Felix Eckardt und Prof. Dr. Thomas Ruster
 Veranstalter: CGW/SG
 Kontakt und Info: CGW/SG
 Was: CGW-Mitgliederversammlung
 Wann und wo: 4.-6. März 2005 in Bad Boll
 Kontakt und Info: www.cgw.de
- 4)** Das Ringen um eine soziale Geldordnung. Das Geld ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Mitgestaltung. Also muss das Geld verändert werden. Hier geht es ums wie und wo.
 Referenten: Prof. Margrit Kennedy, Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe, Prof. Harald Spehl, u.a.
 Veranstalter: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.
 Veranstaltungsort: Universität Trier, Universitätsring 15, 54286 Trier, Gebäude A
 Themen:
 • Vom Protest zur Sozialgestaltung: Die aktuelle Bedeutung der Geldfrage für den zivilgesellschaftlichen Dialog
 • Notwendigkeit und Richtung der Neugestaltung des Geldwesens: Wie kann Geld allen dienen? Möglichkeiten und Grenzen regionaler Geldschöpfung
- 5)** INWO-Treff Zürich: Jeden dritten Donnerstag im Monat. Ort: Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (neben Grossmünster), 3 Min von Tramhaltestelle „Helmhaus“ (Linie 4 oder 15) www.inwo.ch
- 6)** Talent-Treff Zürich: An jedem 2. Tag des Monats. Ort: Kraftwerk 1, Dachterrasse Haus B1, 4. Stock, Hardturmstrasse 261, 8005 Zürich, Haltestelle Bernoullihäuser (Tram 4) Information: Hans Leuenberger, Tel. 01 261 08 78 www.talent.ch
- 7)** Talent-Treff Basel: Jeden letzten Dienstag im Monat. Ort: Baizli, Bärenfelsstrasse 36, 4057 Basel. 18.30h Essen, 19.30h Sitzung, 20.30h Grundlegendiskussion. Information: Ursula Dold - Tel. 061 331 89 32. Birgit Wasser Tel. 061 332 02 65, E-Mail: birgit.wasser@mydiar.ch
- Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien
 • „Verändern statt Warten auf Veränderung“ – Praktische Ansätze für einen neuen Umgang mit der Geldfrage
 • Die Neuordnung der Finanz- und Kapitalmärkte – eine Schlüsselfrage für die globale Entwicklung
 • Geldynamik und Sozialgestaltung – die Abhängigkeit der Geldordnung vom sozialen Verständnis und Wollen der Menschen
 Informationen:
 Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.
 Haußmannstraße 44 a
 70188 Stuttgart
 Telefon 0711 2368950
 Telefax 0711 2360218
 institut@sozialimpulse.de

Redaktion
INWO Schweiz
Redaktion r-evolution
Marco Lustenberger
Dr. Hans-Peter Studer
Postfach
CH-5001 Aarau
E-Mail: contact@inwo.ch
auch für Abo-Bestellungen Schweiz
PC-30-1771-2

INWO Deutschland
Redaktion r-evolution
Wera Wendnagel (V.i.S.d.P)
Max-Bockstr. 55
D-60320 Frankfurt
E-mail: INWO-D@T-Online.de
Abo Deutschland: versand@INWO.de
D-Konto: 604 786-607
Postbank Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60

INWO Österreich
Redaktion r-evolution
Staudingergasse 11
1200 Wien
E-mail: frat-hifa-inwo@netway.at
Österreichische Postsparkasse, BLZ 600 00
PSK 745 83 01

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.

Für unverlangte Manuskripte etc. wird
keine Haftung übernommen.

**Einsendeschluss für die Nr. 24 ist der
31. Oktober 2004**

Auflage
3.000 Exemplare

Layout
Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand
Druckhaus Klingenfuss GmbH, Münster

Herausgeberin
INWO International
Sektion Deutschland
INWO e.V.
Max-Bock-Str. 55
60320 Frankfurt/M.

ISSN 1660-1653

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (sFr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gesteuerungskosten betragen bei der aktuellen Auflagenhöhe sFr 50.-, was als Richtwert für den „Durchschnittsabonnenten“ gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufrundungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus.
- zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Österreich werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular.

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Österreich spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus.
- zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Deutschland werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

Weil es für alle einfacher ist und Bankgebühren spart, erteile ich der INWO hiermit eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann.

Bank

Kto.nr.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

BLZ

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Deutschland spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit 85
Rappen
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Schweiz
Postfach

5001 Aarau

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,51 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Österreich
Staudingergasse 11

1200 Wien

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,45 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Deutschland
Sambach 180

96178 Pommersfelden

„Arbeit ist das
halbe Leben!“



Aber die Arbeit hat
sich verändert.



Vincent van Gogh (1853-1890):
Der Maler auf dem Weg zu seiner Arbeit